GEORG LESSNAU, M.A.

# Planungs- und Organisationsprobleme des Bildungswesens in der Volksrepublik Polen unter besonderer Berücksichtigung der Ausbildung und Weiterbildung der Lehrer im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland

1975

Soziologie

# Planungs- und Organisationsprobleme des Bildungswesens in der Volksrepublik Polen unter besonderer Berücksichtigung der Ausbildung und Weiterbildung der Lehrer im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster

vorgelegt von
GEORG LESSNAU, M.A.
aus Danzig 1975

---

Münster, 1976

UNIV. LEIDEN BIBL.

Tag der mündlichen Prüfung: 20. 6. 1975

Dekan: Prof. Dr. Budde

Referent: Prof. Dr. Krymanski

Korreferent: Prof. Dr. Wienold

D 6

Der Verfasser hat vielen Personen für die Förderung dieser Arbeit zu danken, insbesondere Herrn Prof. Dr. Krymanski, Herrn Dr. Rohodzinski und Herrn Dr. Sawicki, für ihr immer bereites Zuhören und für wichtige Anregungen und Hinweise über die entsprechende Literatur in der Volksrepublik Polen.

Inhaltsverzeichnis


I Vorwort S. 1

II Die sozioökonomischen und politischen Rahmenbedingungen des Bildungswesens und der Bildungsplanung in der VR Polen S. 3

1. Die sozioökonomische Struktur in Vorkriegspolen
2. Kurze Darstellung der sozioökonomischen und politischen Entwicklung in der VR Polen bis 1970 einschließlich (1971)
3. Perspektivplanung der "entwickelten" sozialistischen Gesellschaft nach 1970

III Perspektivplanung eines Teilsystems der polnischen Gesellschaft - Planung Organisation des Bildungswesens in der VR Polen S. 21

1. Bildungsrapport der Bildungskommission von 1973
2. Diskussion über diesen Bildungsrapport
3. Neue Reform des Bildungswesens von Oktober 1973
4. Kurzer Vergleich dieser Reformen mit den Vorschlägen der OECD-Kommission

IV Bildungskonzeptionen, Pläne, Forderungen und Beschlüsse in bezug auf die Ausbildungs- und Weiterbildungsstruktur der Lehrer und Ausbilder in der VR Polen und der BRD S. 36

1. Die Ausgangsbedingungen
   a) Ausbildungsstruktur der Lehrer
   b) Lehrerversorgung
   c) ökonomische und soziale Situation der Lehrer
2. Reformpläne und Konzeptionen
3. Beschlüsse der Politischen Gremien und Entwürfe der Ministerialbürokratie in bezug auf die Reformvorhaben
4. Ausbildung und Weiterbildung der Ausbilder

V Chancen der Realisierung der Reformpläne in der BRD und in der VR Polen auf dem Hintergrund des Postulates nach "Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit" und der Notwendigkeit der Erhöhung der Qualifikation der Arbeitskraft S. 74

Fachzeitschriften und Materialien
(Bundesrepublik Deutschland) S. 128
Fachzeitschriften und Materialien
(VR Polen) S. 129
Literaturverzeichnis (VR Polen) S. 13o
Literaturverzeichnis (Bundesrepublik Deutschland) S. 133

## I Vorwort

Von einer modernen rationalen Bildungsplanung muß verlangt werden, daß sie vor allem drei Grundvoraussetzungen erfüllt: sie muß eine langfristige Zeitperspektive besitzen, das Bildungswesen als ein zusammenhängendes System begreifen und den vielfältigen Verflechtungen von Bildungswesen, Wirtschaft und Gesellschaft gerecht werden.1) Mit anderen Worten müßte ein Planungsprozeß aus folgenden Teilaufgaben bestehen:

a) Zielbestimmung
b) Analyse des bestehenden Zustands
c) Entwurf eines Programms
d) Verabschiedung des Programms durch politische Gremien
e) Programmdurchführung

"Bildungsplanung ist wie jede andere Planung ein Mittel der Sozialgestaltung. Sie ist jedoch in einem weiteren Sinne als jede andere Planung Gesellschaftsplanung."2) "Bildungsplanung verlangt daher Reflektion nicht nur über die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen, sondern auch über die entstehenden."3) Die notwendige Voraussetzung ist eine gesellschaftliche Theorie, die sich auch mit den Durchsetzungschancen von Planungen in einer jeweils bestimmten gesellschaftlichen Lage und im Hinblick auf die gegebenen und auch die zukünftigen sozioökonomischen Verhältnisse befaßt."4)

In der vorliegenden Arbeit wird nicht angestrebt eine gesellschaftliche Theorie, die sich mit Durchsetzungschancen von Planungen in einer jeweils bestimmten gesellschaftlichen Lage befaßt, zu entwickeln. Vielmehr soll der Versuch unternommen werden, die Entwicklungsphasen im Planungsprozeß am Beispiel der Planung

---

1) Hasso von Reckum "Einführung in die Soziologie der Erziehung" Freiburg/Wien 1970,S.254
2) Stef.Jensen "Bildungsplanung als Systemtheorie" Bielefeld 1970,S.104
3) Elke Möller "Quantitative und qualitative Aspekte der Bildungsplanung in der BRD" aus "Gesellschaftliche Planung" Stuttg.,73,S.343
4) Ebd.

der Struktur des Bildungswesens, insbesondere der Lehrerausbildungs-Struktur, in zwei verschiedenen gesellschaftspolitischen Systemen darzustellen und zu analysieren.

Da jeder Planungsprozeß ein dynamischer und komplexer Vorgang ist, kommt es darauf an, die jeweiligen Phasen (Entwicklung der Konzeptionen - Entwürfe der Ministerialbürokratien - Verabschiedung der Programme durch die politischen Gremien- Programmdurchführung) darzustellen und die in den jeweiligen Phasen entstehenden Schwierigkeiten und Widerstände zu analysieren. Die Entwürfe der Ministerialverwaltungen und die verabschiedeten Reformvorschläge werden in dieser Arbeit nur im Hinblick auf die Strukturen des Bildungswesens - nicht dessen Inhalte - behandelt.

In der Schlußanalyse wird außerdem eine Beurteilung der Ergebnisse der Bildungsplanung in beiden Ländern vorgenommen. Diese Beurteilung soll ausgehen von den Zielvorstellungen der jeweiligen in beiden Gesellschaftssysteme, in denen der Anspruch auf eine weitgehende Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit und die Bestrebung nach einer Erhöhung der Qualifikation der Gesamtarbeitskraft formuliert werden, Postulate sowohl einer westlichen, sich als demokratisch definierenden Gesellschaftsordnung als auch einer östlichen, ihrem Verständnis nach sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Alle in der polnischen Sprache veröffentlichten Beiträge wurden vom Verfasser übersetzt.

## II Die sozioökonomischen und politischen Rahmenbedingungen des Bildungswesens und der Bildungsplanung in der VR Polen

Es ist wohl unbestritten, daß die Struktur des Bildungswesens von dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand und den politischen Rahmenbedingungen einer Gesellschaft abhängt. Daher ist es für die Analyse der Planungs- und Organisationsprobleme des Bildungswesens in der VR Polen unerläßlich, eine kurze Darstellung der politischen und ökonomischen Ausgangsbedingungen vorzunehmen.

Der Stand der Industrialisierung vor dem zweiten Weltkrieg kann unter anderem an der Struktur der Beschäftigten in Vorkriegspolen abgelesen werden. Mit diesem Thema hat sich eingehend Zarnowski beschäftigt. Aus seinem Buch "Die gesellschaftliche Struktur der Intelligenz in Polen in den Jahren 1918 - 1939" wählten wir eine Tabelle, die einige Schlüsse über die gesellschaftliche Struktur und den Stand der Produktivkräfte vor dem Zweiten Weltkrieg in Polen erlauben.

| Wirtschaftszweige | 1921 (in %) | 1931 (in %) |
|---|---|---|
| Landwirtschaft | 75,2 | 65,2 |
| Gärtnereien und Forsten | o,3 | o,6 |
| Industrie | 9,2 | 16,7 |
| Handel und Versicherungen | 3,8 | 5,4 |
| Verkehr und Transport | 1,8 | 2,3 |
| Öffentl. Dienste u. Kirche | 1,5 | 2,o |
| Schulwesen | o,8 | 1,3 |
| Gesundheitsdienst | o,6 | o,5 |
| Andere Berufe | 6,8 | 6,o |
| zusammen: | 1oo,o | 1oo,o [1)] |

Wie wir aus dieser Zusammenstellung entnehmen können, spielte der primäre Sektor (die Landwirtschaft) die dominierende Rolle in der polnischen Wirtschaft und war demnach die entscheidende Quelle

1) Zarnowski, Spolenczna struktura inteligencji w polsce 1918-1939. ("Die gesellschaftliche Struktur der Intelligenz in Polen in den Jahren 1918-1939".) Warschau, 1964, S.141

des Unterhalts der Gesellschaft in Vorkriegspolen. In der Wirtschaft Vorkriegspolens waren ca. 7o % der Beschäftigten im primären Sektor tätig und der Übergang zu den anderen Sektoren (wie wir aus der Tabelle entnehmen können) verlief verhältnismäßig langsam.

Die Wiederspiegelung dieser Beschäftigungsstruktur war die Struktur des Volkseinkommens. Der primäre Sektor produzierte 35 %, der sekundäre 45 % und der tertiäre 2o % 2), was für die geringere Arbeitsproduktivität der polnischen Landwirtschaft spricht.3)

Auch im europäischen Vergleich der sozioökonomischen Entwicklung gehörte Polen zu den unterentwickelten Ländern Europas.4) Zusammenfassend kann behauptet werden, daß der Stand der Produktivkräfte in Vorkriegspolen niedrig war.

Vorkriegspolens Erbe und die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges waren sehr ungünstige Ausgangsbedingungen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in Nachkriegspolen. Nicht aufgrund der Widersprüche zwischen den entwickelten Produktivkräften und den zurückgebliebenen Produktionsverhältnissen und der damit verbundenen Machtergreifung durch eine bewußte Arbeiterklasse sind die Kommunisten im Nachkriegspolen an die Macht gekommen, sondern aufgrund der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, insbesondere durch

---

2) Zienkowski "Dochod narodowy Polski 1937-6o" (Das Volkseinkommen Polens 1937-196o) Warschau 1963,S.312

3) Das Niveau der Arbeitsproduktivität wurde auch noch durch die massenhafte Arbeitlosigkeit in der Landwirtschaft gedrückt. Die sogenannte Agrarüberbevölkerung betrug nach Schätzungen 3-5 Millionen Menschen. Diese Menschen sind nicht in die Städte übergesiedelt, weil sie dort nicht mit der Aufnahme der Arbeit rechnen konnten. Auf dem Hintergrund der schwachen Entwicklung der Industrie und des Dienstleistungsbereichs entwickelte sich auch der Urbarnisierungsprozeß langsam. Die Stadtbevölkerung wuchs in den Jahren 1921-1938 von 24,6 % nur auf 3o %.

"Politika gospodarcza PRL" (Die Wirtschaftspolitik in der VR Polen) Warschau 1972,S.1o

4) Zarnowski,Spolczna struktura inteligencji w polsce 1918-1939. (Die gesellschaftliche Struktur der Intelligenz in Polen in den Jahren 1918-1939) Warschau,1964,S.145 / Siehe Anlage 1

die Erweiterung der sowjetischen Einflußsphäre in Europa. Die Ausgangsbedingungen waren außerdem noch durch den Mangel an qualifizierten Fachkräften und dem Fehlen einer breiteren Schicht qualifizierter Parteikarder gekennzeichnet 4a). Angesichts dieser Ausgangssituation ergaben sich für die neuen Machtträger im Hinblick auf den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zwangsläufig schwierige Aufgaben. Zu den wichtigsten gehörten unseres Erachtens:

1. Sicherung der Macht durch die Arbeiterklasse
2. Industrialisierung des Landes
3. Umfassender Ausbau des Bildungswesens
4. Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins und der gesellschaftpolitischen Aktivität insbesondere bei der Jugend
5. Entwicklung der Prinzipien der sozialistischen Demokratie.

Zwei dieser Aufgaben wollen wir etwas näher untersuchen, und zwar die Industrialisierung des Landes und den umfassenden Ausbau des Bildungswesens, wobei nicht besonders unterstrichen werden muß, daß diese zwei Aufgaben in einer engen Beziehung (Abhängigkeit) zueinander stehen. Wie schon erwähnt, war die Ausgangsposition der polnischen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg denkbar ungünstig. Dennoch ist es gelungen, schon zum Ende des ersten Dreijahresplanes, d.h. 1949, das Produktionsniveau sowohl der Industrie als auch der Landwirtschaft über den Stand der Vorkriegsproduktion zu bringen.5) Das weitere Tempo der Entwicklung der polnischen Industrie nach 1950 kann aus folgenden Zahlen herausgelesen werden.

---

4a) A.Rajkiewicz "Ekonomia Ksztatcenia" (Bildungsökonomie) W-wa 1970,S.135
5) J.Tomascewski "Zmiana Geografi" (Veränderung der Geografie) "Politika" Nr. 28 1974

Dynamik der industriellen Produktion und des Volkseinkommens in den Jahren 1950-1970:

| Jahr | industrielle Produktion | | Volkseinkommen | |
|---|---|---|---|---|
| | 1950 = 100 | 1960 = 100 | 1950 = 100 | 1960 = 100 |
| 1950 | 100 | | 100 | |
| 1955 | 183,8 | | 151 | |
| 1960 | 272,8 | 100 | 208 | 100 |
| 1965 | 422,6 | 154,9 | 280 | 135 |
| 1970 | 614,8 | 225,4 | 374 | 180 |

6)

Hauptquelle des Unterhalts außerhalb der Landwirtschaft

1950 - 52,9 %
1960 - 61,6 %
1970 - 70,2 % 7)

Auch die Zahlen über die Berufstätigkeit der Bevölkerung in der Industrie bestätigen das.

1950 - 18,8 %
1960 - 23,3 % 8)

Die Dynamik der Beschäftigung in der Industrie kommt durch folgende Zahlen noch deutlicher zum Ausdruck:

Als Indikator für die Beschäftigung im Jahre 1960 wird hundert festgesetzt

1965 - 116,4 1970 - 137,5 1972 - 146,5 9)

Auch im Vergleich mit den anderen sozialistischen Ländern Osteuropas

6) "Politika Gospodarcza PRL wybrane Problemy" (Die Wirtschaftspolitik VRP ausgewählte Probleme) Warschau 1972, S.20
7) Statistisches Jahrb. 1973, Tab. 13, S.27
8) Bildungsökonomie, Warschau 1970, S.160
9) Statistisches Jahrb. 1973, Tab. 11, S.87

schneidet die VR Polen in bezug auf die Dynamik der industriellen Produktion nicht ungünstig ab.

Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in ausgewählten sozialistischen Ländern in den Jahren 1950 und 1965

| Land | Anteil der Industrie am Nationaleinkommen 1950 | 1965 |
|---|---|---|
| Bulgarien | 36,8 % | 45,0 % |
| Rumänien | 43,4 % | 48,1 % |
| Polen | 37,0 % | 53,5 % |
| Ungarn | 48,3 % | 58,0 % |
| UDSSR | 57,5 % | 53,7 % |
| Tschechoslowakei | 62,5 % | 66,3 % |
| DDR | 55,8 % | 64,4 % |

10)

Der Anteil der Beschäftigten in der industriellen Produktion kann aber nicht immer als Maßstab für den Grad des industriellen und wirtschaftlichen Entwicklungsstandes einer Gesellschaft herangezogen werden. In hochindustrialisierten Ländern führt der technische Fortschritt zur Abnahme der unmittelbar an den Produktionsprozessen beteiligten Arbeitskräften; der Dienstleitungssektor wächst dagegen im Zuge der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte. Bezogen auf den Entwicklungsstand in Vorkriegspolen und unmittelbar nach dem Kriege muß jedoch die oben dargestellte Entwicklung als Fortschritt gelten.

Es ist wohl unbestritten, daß der Faktor "Arbeit" in den sozialistischen Gesellschaften der eigentliche Motor für die sozioökonomische Entwicklung dieser Gesellschaft ist.

Wenn dem so ist, sind wohl "Qualifikation der Arbeitskraft" und Einstellung der Werktätigen zur Arbeit sehr wichtige Faktoren für die weitere Entwicklung der VR Polen.

---

10) Michal Butkiewcz, Wiktor Rutkowski "Ekonomika Ksztalcenie" (Bildungsökonomie)
Warschau 1970,S.108

Zbigniew Sufin hat in seiner Untersuchung "Die Arbeit als gesellschaftlicher Wert" 11) eine Allgemeine Hierarchie der Aspekte von Arbeit und menschlichem Zusammenleben aufgestellt. Die Befragten durften drei Eigenschaften nennen.

| Stadtbevölkerung | Prozent |
|---|---|
| 1. Ehrlichkeit | 46,3 |
| 2. Kampf um das Recht | 22,8 |
| 3. Gutes Zusammenleben mit anderen | 21,8 |
| 4. Erfüllung der auferlegten Pflichten | 2o,9 |
| 5. Durchsetzungsvermögen | 19,9 |
| 6. Hilfsbereitschaft | 19,5 |
| 7. Bescheidenheit | 18,2 |
| 8. Das intellektuelle Niveau | 16,6 |
| 9. Genauigkeit in der Arbeit | 15,8 |
| 1o. Einfallsreichtum in der Arbeit | 15,8 |
| 11. Führungsfähigkeiten | 14,9 |

11) Zbigniew Sufin, Untersuchung aus dem Jahre 1963, herausgegeben vom Institut für öffentliche Meinung in Warschau

| Landbevölkerung | Prozent |
|---|---|
| 1. Ehrlichkeit | 51,3 |
| 2. Kampf um das Recht | 22,8 |
| 3. Gutes Zusammenleben mit anderen | 26,7 |
| 4. Erfüllung der auferlegten Pflichten | 18,4 |
| 5. Durchsetzungsvermögen | 23,5 |
| 6. Hilfsbereitschaft | 21,2 |
| 7. Bescheidenheit | 22,7 |
| 8. Das intellektuelle Niveau | 13,3 |
| 9. Genauigkeit in der Arbeit | 14,8 |
| 1o. Einfallsreichtum in der Arbeit | 12,5 |
| 11. Führungsfähigkeiten | 1o,5 |

Was kann aus diesen Ergebnissen der Befragung von Sofin herausgelesen werden? Obwohl man mit Interpretationen der Zahlen recht vorsichtig sein sollte, lassen die Ergebnisse der Studie einige Schlüsse zu. Die Eigenschaften wie: Erfüllung der auferlegten Pflichten, Genauigkeit in der Arbeit, Einfallsreichtum in der Arbeit, also instrumentale Kategorien der Arbeit, werden nicht nur von den Landbewohnern, sondern auch von den Stadtbewohnern seltener im Vergleich zu den anderen Eigenschaften als Tugenden angesehen. Das bedeütet, daß die instrumentalen Kategorien der Arbeit im Bewußtsein der polnischen Bevölkerung nicht ausreichend verhaftet waren.11a)

Während des zweiten Weltkrieges sind ungefähr 3o % Lehrer umgekommen und 6o % der Schulanlagen wurden zerstört.12)

Im Schuljahr 1946/47 fehlten ca. 13.ooo Lehrer, wobei unter den 66.6oo Lehrern 18 % über keine entsprechende Qualifikation verfügten.

---

11a) Auf dieses Problem kommen wir nach der Darstellung der Entwicklung im Bildungssektor auf den nächsten Seiten zurück.

12) Zalozenia i Tezy Raportu o Stanie Oswiaty (Bildungsrapport) Warschau, 1973 S.25/26

Die Zahl der Analphabeten wurde auf 3 Mill. geschätzt. Auch die Hochschulen und wissenschaftlichen Institute nahmen großen Schaden. 13) Angesichts dieser Tatsachen gehört der Wiederaufbau des Bildungs- und Erziehungssystems und seine dynamische Entwicklung zweifellos zu den großen Errungenschaften der VR Polen, die den Fortschritt im Bereich der Wirtschaft und Nationalkultur simulieren.14) Über die zahlenmäßigen Errungenschaften des polnischen Schulwesens zeugen sehr hohe Indexe der Ausbildung! 25 % der Bevölkerung befindet sich in einer systematischen Ausbildung, die Lehrerzahl, die an den Tagesschulen beschäftigt sind, erhöhte sich von 66.6oo im Jahre 1946 auf 211.5oo im Jahre 197o.

Die Zahl derer, die in der Forschung und Lehre tätig sind, erhöhte sich von 8.3oo im Jahre 1947/48 auf 31.3oo im Jahre 197o/71. In den Jahren 195o-197o wurden 63.7oo neue Schulklassen gebaut (Volksschulen) und weitere 14.2oo (Gymnasien und Berufsschulen). In dieser Zeit erhöhte sich auch erheblich die Zahl der Hochschulen und zwar von 32 (Vorkriegspolen) auf 82 im Jahre 197o und die Zahl der Studenten erhöhte sich fast um das 6-fache.15) Die dynamische Entwicklung im Ausbildungssektor zeigen noch folgende Statistiken und Illustrationen:

Der Prozentuale Anteil der Jugend im Alter von 15-17 Jahren, der sich im Ausbildungsprozeß befindet:

195o -- 4o,7 %
1955 -- 43,9 %
196o -- 65,o %
1965 -- 73,o %
197o/71- 87,o %
1972/73- 87,o %

16)

---

13) Ebd.
14) Ebd.
15) Ebd.
16) Statistisches Jahrb. 1973,Tab.1,S.222

Absolventen der Hochschulen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1960 | - 22.400 | 1969/70 | - 47.100 |
| 1965/66 | - 26.800 | 1971/72 | - 55.100 |

17)

Siehe Anlagen 2 u. 3 18)
und siehe Anlage 4 19)

Auch im Vergleich mit anderen sozialistischen Ländern schneidet die VR Polen im Bildungsbereich zufriedenstellend ab.

Zuwachs an Absolventen der Hochschulen und der Technika (Höhere Fachschulen) im Verhältnis zum Beschäftigungszuwachs im Jahre 1965:

1950 = 100

| Land | Indikator des Zuwachses |
|---|---|
| DDR | 2,03 |
| CSR | 1,62 |
| Jugoslawien | 1,37 |
| Polen | 1,14 |
| Rumänien | 1,14 |
| UDSSR | 1,10 |
| Ungarn | 1,09 |
| Bulgarien | 0,90 |

20)

Aufgrund dieser Zahlen ist eine dynamische Entwicklung in beiden Sektoren (Industrie und Bildung) festzustellen. Diese Feststellung bezieht sich allerdings nur auf die quantitative Entwicklung in diesen Sektoren; denn wenn wir uns die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Industrie in den Jahren 1950/70 anschauen

17) Ebd., Tab.11,S.230
18) F.Bielecki "Ekonomiczno Spleczne Aspekty Ksztalcnia" (Sozioökonomische Gesichtspunkte der Ausbildung) Warschau 1968, S.128
19) Josef Polturzycki "Rozwoj i Problemy szkolnictwa dla Doroslych w Polsce ludowej" (Die Entwicklung u. Probleme des Schulwesens für Erwachsene in der VR Polen) W'Schau,72,Tab.60 S.288
20) "Ekonomika Ksztalcenia" (Bildungsökonomie) Warschau 1970,Tab.17,S.127

| | 1950-55 | 1956-60 | 1961-65 | 1966-70 |
|---|---|---|---|---|
| Zuwachs an Nettosozialprodukt in der Industrie | 13,2 | 8,1 | 7,5 | 6,7 |
| Zuwachs der Beschäftigten in der Industrie | 9,9 | 2,2 | 3,2 | 3,8 |
| Arbeitsproduktivitätszuwachs | 3,3 | 5,9 | 4,3 | 2,9 |
| Der jahresdurchschnittliche Anteil des Arbeitsproduktivitätszuwachses an dem Produktionszuwachs | 25,0 | 72,8 | 57,3 | 43,0 |

21)

dann kann festgestellt werden, daß sie einen unregelmäßigen Entwicklungsverlauf aufweist. Der relativ hohe Arbeitsproduktivitätszuwachs in dem Zeitabschnitt 1956/60, und dann ein eindeutiges Sinken des Zuwachses - Ende der sechziger Jahre sogar unter den Stand von 1955 - sind die charakteristischen Merkmale dieses Verlaufs.

Die nicht befriedigende Einstellung der Werktätigen zu den instrumentalen Kategorien der Arbeit einerseits (siehe Untersuchung von Sofin) und die qualitativ unzureichende Ausbildung an den Berufsschulen, Mittelschulen und Hochschulen 22), andererseits (trotz der unbestreitbaren Fortschritte, insbesondere quantitativer Art) haben zu dieser Entwicklung geführt. In Anbetracht der Entwicklung zwischen 1956 und 1960 können dies jedoch nicht die einzigen Ursachen gewesen sein. Die entsprechende Motivation der Werktätigen in der sogenannten Erneuerungsphase (nach dem Machtwechsel im Oktober 1956) spielte vermutlich eine nicht unwesentliche Rolle für den erheblichen Arbeitsproduktivitätszuwachs in der Periode bis 1960. Die Politik nach 1960 vermochte anscheinend aber nicht mehr die Werktätigen ähnlich zu motivieren.

Die Entwicklung der Industrie und der Ausbau des Bildungswesens haben zweifelsohne zu einigen wesentlichen Wandlungen der gesellschaftlichen Struktur in der VR Polen insbesondere nach 1965 geführt.

21) polityka gospodarcza, PRL, wybrane problemy (Die Wirtschaftspolitik in der VR Polen) Warschau 1972, Tab.5, S.28
22) Bildungsrapport, Warschau 1973, S.34-35

Zu diesen Wandlungen gehören nach Wiatr folgende Phänomene: "Die Arbeiterklasse, die zahlenmäßig stark gestiegen ist, und die sich zum größten Teil aus ehemaliger Landbevölkerung rekrutierte, für die der Wechsel von der Landwirtschaft zur Industrie zunächst einen gesellschaftlichen Aufstieg bedeutete, gewann erst in den sechziger Jahren Merkmale einer neuen industriellen Arbeiterklasse." 23)

"Der zahlenmäßig gewaltige Zuwachs der Intelligenz der in der VR Polen ausgebildet wurde, überwiegt gewaltig. Angesichts des gesellschaftlichen Aufstiegs dieser Intelligenz hat sich auch ihr Charakter geändert, was sich insbesondere in stärkerer Verbindung dieser Intelligenz mit der Arbeiterklasse ausdrückt."24)

Die neue industrielle Arbeiterklasse hat aber stärkeres Selbstbewußtsein entwickelt und neue Ansprüche gestellt wie z. B.: Erhöhung ihres Lebensstandards und Verbesserung ihrer Arbeitsbedingung.

Angesichts der verfehlten Wirtschaftspolitik der damaligen Parteiführung und ihrer Berater, die den vorhandenen Produktionszuwachs falsch interpretierten oder interpretieren wollten 25) war es jedoch nicht möglich, die erhöhten materiellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse zu befriedigen. Es standen also die Notwendigkeit, diese Bedürfnisse zu befriedigen (die aufgrund des Strukturwandels der Gesellschaft entstanden sind), und die geringen Möglichkeiten der Volkswirtschaft, (teilweise aufgrund einer verfehlten Wirtschaftspolitik) 26) gegenüber. Die geringen Möglichkeiten der Volkswirtschaft in den Jahren 1966/7o gehen eindeutig aus den Zahlen in der Tabelle - siehe Fußnote 21,S.15 - hervor. Der Zuwachs der Beschäftigten in der Industrie wuchs in den Jahren 1966 - 197o (er betrug 3,8 %) gegenüber den Jahren 1961 - 1965 (3,2 %) und 1956/6o (2,2 %) eindeutig. Gleichzeitig sank aber der Zuwachs des Nettosozialpro-

---

23) J.Wiatr:"Die sozialistische Demokratie der neuen Gesellschaft" Kultura Nr.1, 1972
24) Ebd.
25) Der ständige Zufluß von neuen Arbeitskräften vom Land (s.S.12) trug zwar zur Erhöhung der globalen industriellen Produktion bei, gleichzeitig aber lieferte er Möglichkeiten einer Fehlinterpretation, und zwar den Produktionszuwachs als Erfolg zu verbuchen, ohne den Zuwachs der Arbeitskräfte entscheidend zu berücksichtigen.
26) Das ist eine Annahme, die wir nicht eindeutig beweisen können.

duktes in der Industrie von 8,1 % in den Jahren 1956/6o auf 7,5 % in den Jahren 1961/65 und auf 6,7 % in den Jahren 1966/7o. Dementsprechend ist dann auch der Arbeitsproduktivitätszuwachs gesunken. (Siehe dieselbe Tabelle) Angesichts dieser Situation traf die Parteiführung im Spätherbst 197o Maßnahmen zur Sarnierung der Volkswirtschaft, die im großen und ganzen auf die Einführung eines neuen Prämiensystems (um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen) und Erhöhung der Preise für die Grundnahrungsmittel (bei gleichzeitiger Senkung der Preise für einige Industrieerzeugnisse) hinausliefen. Diese Maßnahmen waren der Auslöser für einen gesellschaftlichen Konflikt, der seinen Ausdruck in den Dezemberunruhen 197o fand. Es würde wohl den Rahmen dieser Arbeit sprengen, als auch unsere Möglichkeiten übersteigen, eine genaue Analyse dieser Unruhen vorzunehmen. Abschließend kann nur festgestellt werden, daß die Unfähigkeit der damaligen Parteiführung, diesen Konflikt zu lösen, 27) zu ihrer Ablösung auf den 7. Plenum des ZK der Partei im Dezember 197o führte. Die Scheu und die Unfähigkeit, eine kristische Bestandsaufnahme der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft als Voraussetzung für die Perspektivplanung der weiteren Entwicklung dieser Gesellschaft vorzunehmen, war wohl die Ursache für die falsche Einschätzung der politisch-ökonomischen und gesellschaftspolitischen Situation des Landes durch die Parteiführung.

W. Brus meint zurecht in seiner Analyse 27a) über die politische Ökonomie des Sozialismus in Polem im Jahre 1968, daß der Begriff "Gesellschaftstheorie der wirtschaftlichen Rationalität" immer noch eher Postulat als Realität sei. In weiteren Ausführungen bezüglich dieses Problems schreibt Brus: "Die Veränderung dieser Lage hängt von vielen Faktoren ab, u.a. von der Einstellung, vom gesellschaftlichen Engagement und der Reflexionskraft der Ökonomen selbst.

---

27) Nach Wiatr war das eine Unfähigkeit, die nicht antagonistischen Widersprüche von den antagonistischen zu unterscheiden. Unter antagonistischen Widersprüchen sind bei Wiatr die zu verstehen, die unter den Bedingungen des Klassenkampfes entstehen; die nicht antagonistischen dagegen als die, die als Resultat der Wandlungen von gesellschaftl. Strukturen im Prozeß des Aufbaus des Sozialismus auftreten. "Die sozialistische Demokratie i.d. neuen Gesellschaft "Kultura" Nr. 1, 1972

27a) W.Brus, "Wirtschaftsplanung für ein Konzept der politischen Ökonomie",Ffm 1972

Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die Vorbedingung für die Entfaltung der politischen Ökonomie des Sozialismus als Gesellschfts theorie des rationalen Wirtschaftsprinzips ein politisches Klima ist, in dem die kritische Analyse der Realität und die selbstständig Ermittlung von Lösungen als wünschenswert gilt und nicht als Verstoß gegen die Generallinie."27b)

Ein neues politisches Klima entsteht aber nicht von ungefähr, - es ist ein Ergebnis von gesellschaftspolitischen Konflikten und hängt insbesondere davon ab, ob die politische Führung imstande und gewill ist, entsprechende Konsequenzen daraus zu ziehen. Im weiteren Verlau dieser Arbeit wäre also zu fragen, ob die neue Parteiführung dazu geeignet war, nach den Dezemberunruhen 197o dieses "neue politische Klima" zu schaffen, wieweit dieses sich auf die Reflexionskraft der Sozialwissenschaftler, auf deren kritische Analyse der Realität und ihrer selbstständigen Ermittlung von Lösungen ausgewirkt haben könnt

Das 7. Plenum der polnischen Arbeiterpartei leitete auf seiner Sitzung im Dezember 197o die nächste Phase des Entwicklungsprozesses des sozialistischen Systems ein. "Die angestauten Schwierigkeiten und Fehler in der gesellschaftlich-ökonomischen Politik wurden am Ende des Jahres 197o zur Grundlage eines scharfen gesellschaftlichen Konflikts. Die dramatische und gefährliche Entwicklung dieses Konflikts wurde durch die Entscheidungen des 7. und 8. Plenums des ZK unterbrochen, die gemäß den Erfordernissen der politischen Lage Änderung im Politbüro und im Sekretatiat des ZK sowie unumgängliche Korrekturen in der Politik der Partei und des Staates durchführten." 28)

"Die Verwirklichung der Beschlüsse des 7. und 8. Plenums sicherte der Partei die Unterstützung der Arbeiterklasse und der überwiegende Mehrheit des Volkes und hatte eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung, eine wesentliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen, die Festigung des Volksstaates und der

---

27b) Ebd.,S.121,122
28) "Für die weitere Entwicklung der VR Polen", VI. Parteitag der Polnischen Vereinten Arbeiterpartei, 6.-11.Dez.1971 (Dokumente) Warschau,1972,S.9/1o

sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen zur Folge."29)

Unter Berücksichtigung der objektiven Erfordernisse und des von den Parteimitgliedern und der gesamten Bevölkerung allgemein geäußerten Wunsches, hat das ZK den Beschluß über die vorfristige Einberufung des 6. Parteitages der Polnischen Vereinten Arbeiterpartei gefaßt, um auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen und der Analyse der Bedürfnisse des Landes ein langfristiges Programm der Entwicklung der Wirtschaft, Kultur und der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen in Polen zu entwerfen." 3o)

Der 6. Parteitag der polnischen vereinigten Arbeiterpartei fand vom 6. bis zum 11. Dez. 1971 in Warschau statt. Auf diesem Parteitag wurde unter anderem über die Funktion und Rolle der Wissenschaft in einer sozialistischen Gesellschaft diskutiert. Welchen Stellenwert der Wissenschaft zugeteilt wurde, geht aus den Parteidokumenten hervor. "Die Wissenschaft soll eine der Hauptfaktoren sein, die das Antlitz unseres Landes gestalten. Ihre Entwicklung muß den heutigen und künftigen Bedürfnissen der sozialistischen Gesellschaft im Bereich der Wirtschaft, Kultur, Volksbildung und den Lebensbedingungen des Menschen entsprechen."31)

"Der Anteil der Wissenschaft an der Gestaltung des Programms der sozialistischen Veränderungen der Gesellschaft muß erhöht werden. Dazu ist es erforderlich, breit zugeschnittene Forschungen unter Beteiligung verschiedener Bereiche der Gesellschaft und Naturwissenschaften aufzunehmen. Die Ergebnisse dieser Forschungen sollen für die Entscheidungen im Bereiche der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik ausgenutzt werden."32)

"Edward Gierek setzte sich für eine aktive Beteiligung der Wissenschaftler nicht nur in der Realisierung der Parteibeschlüsse, sondern auch in der Konkretisierung des gesellschaftsökonomischen

---

29) Ebd.
3o) Ebd.,S.11
31) Ebd.,S.358
32) Ebd.,S.359

Entwicklungsprogramms und im Aufzeigen der Wege seiner Verwirklichung."33)

Soweit einige Ausschnitte aus den Dokumenten zu diesem Thema.

Inwieweit sind aber die oben zitierten Forderungen in die Wirklichkeit umgesetzt worden?

Ende Juni 1973 fand in Warschau der 2. Kongreß der Polnischen Wissenschaft statt. Im Zusammenhang mit unserem Thema ist es wichtig, aus den, während des Kongresses gehaltenen Referaten einige Reflektionen über die Perspektivplanung der "entwickelten sozialistischen Gesellschaft"34) in Polen anzuführen.

"Der Aufbau von Grundlagen einer hochentwickelten sozialistischen Gesellschaft verlangt bis 1990 die Erreichung folgender Ziele:

a) Sicherung eines hohen Wohlstandes für die Allgemeinheit
b) Intensive Förderung der Bereiche Ausbildung, Wissenschaft und Kultur, die für die Entwicklung unseres Landes für wesentlich zu erachten sind.
c) Umgestaltung der Gesellschaftsstruktur - entsprechend der Anfor-

---

33) J.Kaczmarek, II Kongreß nauki polskiej, Perspektywy rozwoju nauki polskiej (Entwicklungsperspektiven der polnischen Wissenschaft) Referat, das während des 2. Kongresses der Polnischen Wissenschaft im Juni 1973 im Plenum gehalten wurde. Materialien S.4/5

34) Szczepanski versucht diesen Begriff folgendermaßen zu umschreiben: "Es ist sicher, daß eine sozialistische Gesellschaft während einer politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Tätigkeit entsteht. Es lassen sich nicht alle Prozesse, die in der Gesellschaft spontan verlaufen, z. B. ein wichtiger Teil des Bereichs der Mikrostruktur, planen. Die prinzipiellen Merkmale des zukünftigen entwickelten sozialistischen Systems dagegen, insbesondere die wirtschaftliche Struktur, die Organisation des Staates und seiner Institutionen, das politische und das Rechtssystem, die Organisation und das Funktionieren der sozialistischen Betriebe, die Organisation und Funktionsfähigkeit des Bildungssystems, im großen Maße auch die Gesellschaftsstruktur, also die grundsätzlichen Merkmale der Basis und des institutionalisierten Überbaues können geplant und entsprechend des Planens realisiert werden."
II Kongress der polnischen Wissenschaft, Juni 1973, Referat "Nauka a Spoleczny Rozwoj Kraju" (Wissenschaft und gesellschaftliche Entwicklung des Landes)

derungen eines höheren Entwicklungsstandes des Sozialismus.
d) Erhöhung der Arbeitsproduktivität und funktionale Verbesserung unseres sozio-ökonomischen Systems."35)

Konkurrieren die oben genannten Ziele nicht miteinander? Besteht im Hinblick auf das erste Ziel; Sicherung des Wohlstandes für die Allgemeinheit, nicht die Gefahr der Dominanz der ökonomischen Ebene über die der politischen? Die Gefahr der ökonomischen Dominanz wird durchaus erkannt. Den interdisziplinären Forschungen, insbesondere aber den Sozialwissenschaften, wird die Aufgabe zugeteilt, Mittel, Formen und Wege zu finden und zu entwickeln, die dieser Gefahr wirksam entgegenwirken würden. "Die natürliche Erweiterung der Forschung über die Veränderung der Gesellschaftsstrukturen hinaus sind die Forschungen über Konsummuster, private Bedürfnisse und Wertsysteme der polnischen Gesellschaft. Das ist ein ungemein wichtiges Feld der ideologischen Konfrontation zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Das sozialistische System bietet die Chance, die gesellschaftliche Veränderung so zu lenken, daß das zufriedenstellende Angebot an materiellen Gütern von einer harmonischen Entwicklung des Menschen begleitet ist, die durch Bildung, allgemeinen Zutritt zu kulturellen Gütern und aktiver Beteiligung am Kulturleben zu erreichen ist.

Das Ziel der Forschungen, durchgeführt von Ökonomen, Soziologen, Psychologen und Vertretern der Wissenschaft, von Literatur und Kunst ist die Schaffung theoretischer Grundlagen für die Gestaltung einer breit angelegten Gesellschafts- und Kulturpolitik, die zur Verwirklichung dieser Chance beitragen würde."36) "Das Wesen des entwickelten sozialistischen Systems wird sich unter anderem auch darin beweisen, ob der private Wohlstand mit dem Reichtum des geistigen Lebens in Anklang gebracht werden kann. Die Forschung der Sozialwis-

---

35) J.Kaczmarek, II. Kongreß nauki polskiej, Perspektywy rozwoju nauki polskiej, (Entwicklungsperspektiven der Polnischen Wissenschaft) Referat, das während des II. Kongresses der Polnischen Wissenschaft im Juni 1973 in Plenum gehalten wurde. Materialien S. 4/5

36) Kaczmarek "Perspektywy Rozwoju Nauki Polskiej" (Die Entwicklungsperspektiven der polnischen Wissenschaft) Referat, das während des zweiten Kongresses der Polnischen Wissenschaft im Plenum 1973 gehalten wurde. Warschau, Materialien S. 37

senschaften und der Geisteswissenschaften sollte zur Erarbeitung eines solchen Modells der Befriedigung von Bedürfnissen beitragen in dem Sinne, daß die zugänglichen kulturellen Güter auch Waren des primären Bedarfs werden würden."37)

Ein rationales Modell des Konsums, das die Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehung und die Herrschaft der Ware über den Menschen vermeiden will, entsteht erst dann, wenn das System der ökonomischen Entscheidungen im Makrobereich mit dem System der Entscheidungen in Haushalten in Anklang gebracht wird, und wenn das ökonomische Wert- und Motivationssystem der Bürger in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Wirtschaftspolitik des Staates gebracht wird und umgekehrt. Schon diese kurzen Bemerkungen weisen auf die Interdependenz und Komplexität der gesellschaftlichen Prozesse und Phänomene hin, die unter sich schnell wandelnden Bedingungen gesteuert werden müssen, um so die aufgestellten Ziele erreichen zu können."38)

"Die Theorie der sozialistischen Gesellschaft muß in ihrem Wesen eine Theorie der Entwicklung dieser Gesellschaft sein; unter der Voraussetzung, daß die Entwicklung dieser Gesellschaft geplant und gesteuert ist, kann sie auch eine Theorie vom Aufbau der sozialistischen Gesellschaft genannt werden."39)

Es ist nicht zu leugnen, daß der Begriff "Gesellschaftstheorie der wirtschaftlichen Rationalität" in der letzten Zeit in der Volksrepublik Polen nicht nur ein Postulat blieb, sondern ein Stück Realität wurde. Darüberhinaus ist festzustellen, daß die Gesellschaftsplanung auf dem Wege ist, "eine Formbestimmung einer zielstrebigen planenden Gesellschaft"4o) zu werden. Diese Entwicklung

---

37) J.Szczepanski "Nauka a spoleczny rozwoj kraju" (Wissenschaft und die gesellschaftl. Entwicklung des Landes) Referat, Warschau, Juni 1973, II. Kongr.d.Polnischen Wissensch .,Seite 82
38) Ebd.,Materialien S.66
39) J.Wiatr "Marksistowska teoria rozwoju spolecznego",(Marxistische Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung) Warschau 1973, S.556
4o) Essner, Naschhold, Väth, "Gesellschaftsplanung in kapitalistischen und sozialistischen Systemen", Gütersloh 1972,S.18

wäre aber unserer Meinung nach nicht möglich gewesen, (mindestens was das Tempo der Entwicklung angeht) ohne den Ausbruch des gesellschaftspolitischen Konflikts im Winter 197o und dessen späterer Lösung. Durch diese Konfliktlösung wurde eine Demokratisierung des Entscheidungsprozesses eingeleitet.

Daraus erklärt sich auch die Notwendigkeit im ersten Teil dieses Kapitels die sozioökonomische Entwicklung bis 1971 darzustellen, und die Ursachen des gesellschaftspolitischen Konflikts in Ansätzen zu analysieren.

Wir müssen verzichten auf die o. g. Probleme näher einzugehen, um im Rahmen unseres Arbeitsthemas zu bleiben. Es sollte nur der Versuch unternommen werden, die neuesten Tendenzen in der Gesellschaftsplanung in der VR Polen aufzuzeigen, um dann zu untersuchen, inwieweit diese Tendenzen ihren Niederschlag in der Bildungspolitik, Bildungsplanung und in der konkreten Organisation der Struktur des Schulwesens, insbesondere im Bereich der Lehrerausbildung, finden.

## III Perspektivplanung eines Teilsystems der polnischen Gesellschaft
## - Planung und Organisation des Bildungswesens in der VR Polen -

Wie in anderen sozialistischen Ländern wurde auch in der VR Polen der Bildungspolitik und der Entwicklung des Bildungswesens große Bedeutung beigemessen. Einen eindeutigen Vorrang erhielt die Bildungspolitik jedoch erst nach dem 8. Plenum des ZK im Februar 1971. Eine der ersten Entscheidungen, die die Partei im Jahre 1971 in diesem Bereich gefällt hat, war die Berufung eines Expertenkomitees für die Erarbeitung eines Rapports über den Zustand des Bildungswesens in der VR Polen. Dem,Komitee wurden zwei grundsätzliche Aufgaben aufgetragen:

1. Erstellung einer Analyse des bestehenden Bildungs- und Ausbildungssystems, Ausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen dieses Systems.
2. Entwicklung von Aufgaben und Strukturen eines zukünftigen Bildungs- und Ausbildungssystems auf dem Hintergrund des gesellschaftlichen, technischen und sozio-kulturellen Wandels.1)

Nach zwei Jahren Arbeit stellte die Kommission die Ergebnisse ihrer Arbeit in einem sogenannten Bildungsrapport im Febuar 1973 zur Diskussion vor. Bevor wir uns mit den Ergebnissen der Diskussion und den bildungspolitischen Beschlüssen, die anschliessend an die Diskussion vor der Partei und dem polnischen Parlament gefaßt wurden, befassen, wollen wir kurz das bisherige Schulwesen und die Reformvorschläge der Kommission darstellen.

Die letzte Schulreform, die die einheitliche achtjährige Volksschule und das vierjährige Lizeum eingeführt hat, wurde in der VR Polen 1961 durchgeführt.2) Der Eintritt in die Schule beginnt mit dem 7. Lebensjahr. Die erste Selektion von den primären in die sekundäre

---

1) J.Kuberski "Aktualne problemy politiki oswiatowej" (Aktuelle Probleme der Bildungspolitik) Warschau 1973,S.14
2) K.Trzebiatowski, "Organizacja skolnictwa w PL" (Die Organisation des Schulwesens in VR Polen), Warschau 1972. Erläuterungen: Die einheitliche Volksschule bestand in Polen schon 1961. Die Einführung des achten Schuljahres erfolgte ab 1966/67.

Schulen findet nach Beendigung der Volksschule statt. Leider ist es uns nicht gelungen, eine schriftliche Fixierung der Aufnahmekriterien in die höheren Schulen zu erhalten.

Außer dem Besuch des Lizeums bietet das polnische Schulwesen nach Abschluß der Volksschule in zahlreichen Arten der Berufsschulen ausreichende Möglichkeiten der Weiterbildung. In Polen gibt es drei Typen von Berufsschulen:

1. Grundberufsschulen zur Ausbildung der Schüler zu qualifizierten Arbeitern.
2. Technika - eine Art von Fachoberschulen.
   Dauer 5 Jahre.
3. Staatliche Ergänzungsschulen verschiedener Richtungen: Diese Schulen vermitteln eine berufliche Ausbildung für Absolventen der Lizeen, die nicht auf eine Hochschule aufgenommen wurden. Die Ausbildung an diesen Schulen dauert in der Regel 2 Jahre.

Folgende Illustrationen sollen diese Ausführungen ergänzen.3) Siehe Anlage 5,6,7 und 8.

Die Voraussetzung für eine Bewerbung um einen Studienplatz an den Hochschulen ist der erfolgreiche Abschluß eines Lizeums oder Technikums. Die Aufnahme entscheidet sich nach folgenden Kriterien:

a) "Sicherstellung eines solchen klassen- und moralpolitischen Bildes der Studentenschaft, daß die Heranbildung einer "Volksintelligenz" gewährleistet würde.
b) Die Auswahl der Studienfächer durch die Abiturienten sollten insofern gelenkt werden, als man einerseits das Interesse und die Neigung des angehenden Studenten, andererseits aber auch den Wirtschaftsplan und die Struktur der Wirtschaft berücksichtigt.
c) Die Kandidaten sollen gewissenhaft nach ihren Fähigkeiten und ihrem Wissen beurteilt werden."4)

---

3) "Statistisches Jahrbuch der Schulen", in den Jahren 1944/45 bis 1966/67,S.18,282,41o und Bildungsrapport letzte Seite.
4) J.Szczepanski, "Soziologizcne problemy wyzszego wykrztalcenia", (Soziologische Fragen der Hochschuldbildung) S.18

Die Dauer eines Studiums dauert in der Regel je nach Fachrichtung 4 bis 6 Jahre. Nicht nur an den technischen Hochschulen und an der naturwissenschaftlichen Fakultät, sondern auch an der philosophisch und sozialwissenschaftlichen Fakultät ist das Studium streng reglementiert, das heißt, daß während des Studiums dem Studenten zahlreiche Prüfungen abverlangt werden.

Genauer gesagt, muß jeder Student am Ende jedes Semesters eine Zwischenprüfung bestehen, um das Semester angerechnet zu bekommen.

Einen beträchtlichen Teil im polnischen Schulwesen nehmen die Abendschulen und das Fernstudium ein. Die Illustrationen (siehe Anlage 6 und 7) zeigen eindeutig, wie groß der Anteil im Verhältnis zu den normalen Schulen und Hochschulen ist. Eine ständige Zunahme dieses Anteils ist im Laufe der sechziger Jahre nicht zu übersehen. Diese Lehranstalten sind hauptsächlich für die Berufstätigen bestimmt.

Wie wird diese Struktur und dieses System von der Expertenkommission beurteilt? "Wenn wir über das Funktionieren des Schulsystems sprechen, drängen sich folgende Fragen auf: ob die bestehende Organisationsstruktur hinsichtlich der gestellten Ziele und Aufgaben funktionsfähig ist, ob das Schulsystem über Mittel, Möglichkeiten und angemessene Methoden verfügt, um die verfolgten Erziehungsziele zu erreichen, bzw. wenn ja, in welchem Maße werden diese Ziele realisiert? Trotz großer Errungenschaften unseres Schulsystems müssen wir feststellen, daß wir noch immer ernste Mängel in der Ausbildung unserer Bevölkerung feststellen müssen, die nach wie vor ein Hindernis für eine schnelle und effektive Modernisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens bilden."5) Auf der Basis der Bevölkerungszählung von 1970 (11 Mill. Arbeiter und Bauern) hatten wir ca. 800.000 Einwohner mit höherer Bildung und 1,2 Mill. mit einer Berufsschulfachbildung. Das ist ziemlich wenig. Nur mit Hilfe einer größeren Zahl gut ausgebildeter Werktätiger kann ein hohes Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung erzielt werden. Bei den Beschäftigten in der staatlichen Wirtschaft waren 1970 16,4 % (1,4 Mill.) ohn

---

5) Zalozenia i tezy raportu o stanie oswiaty (Hypothesen und Thesen des Rapports über den Zustand des Bildungswesens in VR Polen), S.33

Volksschulabschluß und noch ca. 4oo.ooo Halb- oder Vollanalphabeten. Die meisten ohne Berufsausbildung arbeiten aber in der Landwirtschaf

Diese Zahlen zeigen, daß der Bereich der Erwachsenenbildung weiterhin ausgebaut werden muß.

Es ist auch eine Tatsache, daß ein großer Teil der Berufstätigen mit höherer bzw. akademischer Ausbildung über verhältnismäßig geringeres Wissen aus dem Bereich der Arbeitsorganisation und Menschenführung verfügen. Hoch ist auch der porzentuale Anteil an Jugendlichen, die ihre Ausbildung abbrechen. In höheren Schulen waren es 1967/68 43,1 %, im Jahre 197o/71 immerhin noch 33 %. An den Hochschulen brechen ungefähr 3o % ihr Studium ab. Noch etwas muß betont werden: Die höheren Schulen wie die Volksschulen repräsentieren ein sehr unterschiedliches Niveau in ihrer Ausbildung und Erziehung. Das führt dazu, daß die Absolventen der Schulen, an denen sowohl die Qualifikation der Lehrerschaft als auch die Ausrüstung mit Lernhilfsmitteln viel zu wünschen übrig läßt, während des Studiums viel größere Schwierigkeiten haben als Schüler aus anderen Schulen.

Wenn man darüber hinaus noch feststellen muß, daß folgende Erscheinungen wie: Konformität, unangemessenes Verhältnis zur Arbeit und zum Gemeineigentum, geringes sozialistisches Bewußtsein bei einem und nicht unerheblichen Teil der Schüler und Studenten ein zweifelhafter Unterricht in der Staatsbürgerkunde 5a) keine Seltenheit sind, dann fällt die Beurteilung über das Funktionieren des heutigen Schulwesens und deren Ergebnisse nicht zufriedenstellend aus.

Angesichts dieser Situation, unter anderem auch aufgrund des überladenen Unterrichtsstoffes, entsteht eine paradoxe Situation, daß die Schule, die dem Schüler immer mehr Wissen vermitteln möchte, in Wirklichkeit immer weniger vermittelt.

Man kommt auch zu unerfreulichen Ergebnissen, wenn man das bestehende Schulsystem unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Effektivität

---

5a) "Es ist nämlich eine Tatsache, daß das bestehende Schulsystem unter anderem kein befriedigendes Wissen über das realistische Funktionieren unseres Staates vermittelt. Es besteht eine falsche Konzeption des Faches "Staatsbürgerkunde"" Ebd.S.36

beurteilt. Allgemein ausgedrückt, weisen die Ergebnisse der Bestandsaufnahme darauf hin, daß die Höhe der Mittel, die zur Zeit für das Schulwesen ausgegeben werden, viel bessere didaktische und erzieherische Ergebnisse bringen würden, wenn neue Ausbildungsgänge und -programme entwickelt worden wären und das Ausbildungsniveau der Lehrer höher wäre. Unter diesen Bedingungen muß das System reformiert werden, wobei die Richtung der Reform sich an der Behebung der bisherigen Fehler zu orientieren hätte."6)

Auf der Seite 14 meinten wir, daß Voraussetzungen für die Planung und Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft eine schonungslose Analyse des bestehenden Zustandes wäre. Anhand des oben angeführten Beispiels der Bewertung des bestehenden Schulsystems in der VR Polen durch das Expertenkomitee, kann festgestellt werden, daß eine kritische Bestandsaufnahme in diesem Falle geleistet wurde.

Aufgrund dieser kritischen Analyse schlug das Expertenkomitee vier Alternativen vor.7) (siehe Anlage 9 - 12)

"Das realistische Vorgehen und die richtige Einschätzung der zur Verfügung stehenden Mittel und des Personals, zwangen uns vorzuschlagen, die Veränderung des Schulwesens in zwei Etappen vorzunehmen. Die erste vordringliche Etappe sollte in diesem Jahrzehnt durchgeführt werden, (bis 1980), mit dem Ziel, das Lern- und Lehrniveau so auszugleichen, und die Arbeitseffektivität des Schulwesens, - insbesondere des auf dem Lande -, so zu erhöhen, daß man zu der zweiten Etappe der langfristigen Veränderungen in den Jahren 1981 - 1990 (deren volle Auswirkungen die Wirtschaft und Gesellschaft vor allem gegen Ende dieses Jahrhunderts zu spüren bekommt) übergehen kann."8) Unabhängig von den grundsätzlichen Entscheidungen über das zukünftige Modell des Bildungswesens ist es unbestritten, einige vordringliche Reformen durchzuführen, die als Voraussetzung für die zukünftigen Veränderungen des Schulwesens anzusehen sind. Zu diesen gehören unter anderem:

---

6) Ebd.,S.34 und S.35
7) Ebd.,S.106,107-110
8) Ebd.,S.85

1. Erweiterung des Vorschulnetzes insbesondere auf dem Lande,
2. Veränderung im Ausbildungs- und Weiterbildungssystem der Lehrer,
3. Ausbau der didaktischen Center und bessere Ausrüstungen der Schulen und Hochschulen,
4. Ausbau der Sonderschulen,
5. Ausbau der Berufsberatung,
6. grundsätzliche Revision des bestehenden Systems der Stipendienvergabe.9)

"Die Erhöhung der Effektivität des Schulwesens setzt sowohl höhere finanzielle Mittel für den Schulbau, Ausrüstung der Schulen und Ausbildung der Lehrer, wie eine Erneuerung der Lerninhalte und Lehrmethoden voraus. Die Effektivität des Schulwesens wird darin gemessen, in welchem Grade es imstande ist, die Bedürfnisse der nationalen Wirtschaft an qualifizierten Arbeitskräften zu befriedigen und zu der Entwicklung der Gesellschaft und Kultur beizutragen. Die Struktur des Schulsystems ist ein sehr wichtiger Faktor dieser Effektivität. Die Mehrheit der Mitglieder des Komitees ist überzeugt, daß das Modell II B die besten Ergebnisse im Bereich der Bildung und Ausbildung sichert und gleichzeitig den Ansprüchen nach sozialistischer Demokratie und gesellschaftliche Integration am meisten genügten. Außerdem läßt sich dieses Modell relativ am billigsten realisieren. Im Laufe der Jahre ist aber die Einführung des Modells II A anzustreben."1o)

Die vorgeschlagene Variante des Expertenkomitees sieht im wesentlichen folgende Struktur des Bildungswesens vor:

1. Vorschulerziehung - 3 Jahre
2. Volksmittelschule (Grundklassen) - 3 Jahre
3. Volksmittelschule (differenzierte Ausbildung - 8 Jahre
4. Berufsausbildung - nach Beendigung der Volksmittelschule - 1 Jahr
5. Fachhochschule - 2 bis 3 Jahre
6. Akademisches Studium - 4 bis 5 Jahre
7. Wissenschaftstheoretisches Studium - 1 1/2 bis 2 Jahre 11)

---

9) Ebd.,S.86
1o) Ebd.,S.1o5
11) Ebd.,S.111

Die Arbeit des Expertenkomitees wurde im Februar 1973 abgeschlossen und ihre Ergebnisse und Vorschläge im März desselben Jahres veröffentlicht. Kurz danach entwickelte sich eine rege Diskussion in Fachkreisen und in den Massenmedien über die Vorschläge des Expertenkomitees. Einige Beispiele dieser Diskussion führen wir im folgenden an: "Der vorbereitete Bildungsrapport über den Zustand des Bildungswesens ist eine repräsentative Untersuchung, die ein Ergebnis vielfältiger Analysen von Wissenschaftlern, Lehrern und gesellschaftspolitisch tätigen Bürgern darstellt. Die Berufung eines solchen Komitees ist ein Beispiel für die Bedeutung, welche die Partei und die Regierung dem Bildungswesen im Hinblick auf die weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes beimißt."12)

"Es muß betont werden, daß der Bildungsrapport nicht nur Vorschläge zur Verbesserung des Schulwesens beinhaltet, sondern auch zur Verbesserung des ganzen Bildungswesens. Das Komitee fordert nämlich die Schaffung eines koordinierten Bildungs- und Erziehungssystems, das die Familie, Vorschule, Schule, Jugendorganisationen, Betriebe und Gewerkschaften, Militär, wissenschaftliche Institute, Funk, Fernsehen, Presse und die Freizeitorganisationen umfassen sollte."13)

Das neue Modell des sozialistischen Bildungswesens sollte eine zeitgenössische Schule konzipieren, die auf den wissenschaftlichen Prinzipien des Marxismus-Lenismus basiert und den Ansprüchen unseres sozialistischen Staates entspricht.

An dieser Konzeption arbeitete das Expertenkomitee, das zur Ausarbeitung des Rapports über den Zustand des Bildungswesens in der VR Polen berufen wurde. Dies ist die Konzeption einer einheitlichen Mittelschule."14)

Wir beginnen also einen Abschnitt, in dem zum ersten Mal in der Geschichte des polnischen Bildungswesens eine ganz junge Generation

---

12) "Trybuna Ludu" vom 22.3.1973
13) "Zyciie Warszawy" vom 22.3.1973
14) J.Kuberski "Aktualne problemy politiki oswiatowej" (Die aktuellen Probleme der Bildungspolitik) Warschau 1973,S.7

die Möglichkeit erhält, eine mittlere Ausbildung zu erreichen. Das ist ein Vorhaben von großer kultureller und zivilisatorischer Bedeutung."15) Anschließend bringen wir noch einige Bemerkungen und Reflektionen des Vorsitzenden des Expertenkomitees, Prof. Szczepanski, die er während eines Interviews in der "Literarischen Monatszeitschrift" gemacht hat. Auf die Frage des Interviewers, ob das Komitee überhaupt imstande gewesen sei, die Frage nach dem Zustand des Bildungswesens in Polen verbindlich zu beantworten, erwiderte Szczepanski"Ja und nein. Die Antwort auf diese Frage kannten wir schon vorher; der Zustand des Bildungswesen in der VR Polen ist nicht befriedigend. Um das festzustellen oder sogar zu dokumentieren, lohnte es nicht, ein Expertenkomitee zu berufen. Wir haben uns zwei präzise Fragen gestellt. Erstens: Kann auf der Basis des bestehenden Schulsystems eine allgemeinverbindliche Mittelschule eingeführt werden? und zweitens: Ist das bestehende Schul- und Bildungssystem fähig, den Bürgern eine Ausbildung zu vermitteln, die erlauben würde, in den nächsten Jahrzehnten die Entwicklung des Landes eminent zu beschleunigen, also daraufhin zu befähigen, was wir den "Aufbau des zweiten Polens" nennen?"16)

Im weiteren Verlauf des Interviews wurde Szczepanski unter anderem nach dem Begriff des Bildungswesens und nach möglichen Widerständen gegen eine grundsätzliche Reform des Bildungswesens gefragt. Zum Begriff des Bildungswesens sagte Szczepanski: "Das Bildungssystem ist eng mit dem Leben der Gesellschaft verzahnt und im Rapport wiesen wir auf diese Verflechtung und die Notwendigkeit, diese weiter zu erforschen, häufig hin. Sie umfaßt: Die Familie, Vorschule, Schule, Betriebe und alle gesellschaftspolitischen Organisationen, die mit dem Bildungswesen mittelbar zu tun haben. Wir stellen fest, daß die Verbindung der Schule mit dem Leben der Gesellschaft wachsen wird, daß die Rolle der Erziehung außerhalb der Schule und die Rolle des Arbeitsplatzes im Erziehungsprozeß größer wird. Nur die Schule zu reformieren, bringt nicht viel. Das ganze System muß koordiniert und reformiert werden."17)

---

15) Ebd.,S.6
16) "Miesiencznik Literacki" (Der Literarische Monat) Warschau,Mai 1973
17) Ebd.

Auf die Frage nach den möglichen Widerständen meinte Szczepanski, es werde Widerstände geben. In Polen gäbe es starke Gruppen, die im Bildungswesen tätig sind und sich vor radikalen Veränderungen im System fürchten.18) Dieses Interview zeigt, wie offen und kritisch in der VR Polen über den bestehenden Zustand des Bildungswesens und der Gesellschaft und über die Notwendigkeit, diesen Zustand radikal zu reformieren, diskutiert wird.

Nach 8 Monaten reger Diskussion beschloß am 13. Oktober 1973 das polnische Parlament die neue Bildungsreform.19)

Wir wollen die wesentlichen Punkte der Strukturreform kurz darstellen.

Das neue Bildungssystem wird auf einer allgemeinen einheitlichen 1o-jährigen Mittelschule basieren. Es soll auch in bezug auf das Programm sowohl in der Stadt als auch auf dem Landes einheitlich sein.2o)

Das neue Schulsystem wurde folgendermaßen strukturiert:

1. bis 3. Schuljahr - Primarstufe
4. bis 1o. Schuljahr - Sekundarstufe 1 + 2

Für die Jugend, die die allgemeine einheitliche 1o-jährige Mittelschule nicht beendet, werden Schulklassen gegründet, die diese Jugend für den Beruf vorbereiten soll.

Auf dem Unterbau der allgemeinen einheitlichen 1o-jährigen Mittelschule fußt das postsekundäre Schulwesen. Die Ausbildung an den Berufsschulen wird differieren und ein halbes bis zweieinhalb Jahre dauern. Gleichzeitig wird die Weiterbildung ausgebaut und institutionalisiert.

Was die Hochschule angeht, so soll sie folgenden Absolventen der Volks-Mittelschule offenstehen:

---

18) Ebd.
19) Trybuna Ludu vom 14.1. 1973
2o) Fast 5o % der Bevölkerung wohnte 197o in der VR Polen noch auf dem Lande. "Kleines Statistisches Jahrbuch 1973",S.16

a) Den besonders Begabten, die sich in zentralen Wettbewerben, (in sogenannten Schülerolympiaden) hervorgetan haben, - unmittelbar nach Abschluß der Volks-Mittelschule.
b) Absolventen einer anschließend besuchten 2jährigen Spezialschule und
c) Berufsschulabsolventen, die sich im Beruf einige Jahre gut bewährt haben.21)

Das bedeutet, daß das traditionelle Abitur abgeschafft wird. Die Reform zeichnet sowohl eine Vereinfachung, als auch eine Differenzierung aus, d.h., die "allgemeine Ausbildung" wird für den größten Teil der Jugend verlängert, andererseits die Berufsausbildung und die Ausbildung im akademischen Bereich aber verkürzt, allerdings bei gleichzeitiger Einführung des Kontaktstudiums und Änderung der Bildungsinhalte. Eindeutigkeit, Klarheit und dennoch Differenzierung sind die hervorstechenden Merkmale dieser grundsätzlichen Bildungsreform.

Abgesehen davon verdient der Entscheidungsprozeß herausgestellt zu werden. Die Partei, die Regierung und das polnische Parlament entschieden sich für ein Modell, das aus einer Mischung der vorgeschlagenen Varianten II B und II A zusammengesetzt wurde. Das bedeutet, daß die politischen Gremien zum größten Teil den Empfehlungen der Mehrheit der Bildungskommission gefolgt sind. (Wie wir uns erinnern, hat die Mehrheit der Kommission die Annahme der Variante II B empfohlen, mit der Anmerkung, im Laufe der Zeit sei die Einführung des Modells II A anzustreben.) Auf den vorangegangenen Seiten haben wir einige Diskussionsbeiträge über den Bildungsrapport angeführt. Obwohl aus den angeführten Diskussionsbeiträgen überwiegend Zustimmung für die Vorschläge der Kommission herauszulesen ist, war die Verabschiedung dieser Vorschläge nicht als selbstverständlich anzusehen.

In einem Beitrag "Diskussion und Reform" 22) wies Szczepanski zurecht auf zwei grundsätzliche Gefahren hin, die während der Diskussion

---

21) "Tribuna Ludu" vom 14.1o.1973
22) Szczepanski: "Dyskusja a Reforma" (Diskussion und die Reform) Zeitschrift "Politika",27,1973

über den Rapport herauskristallisiert wurden. Die erste Gefahr erkannte Szczepanski in der Tatsache, daß in den Diskussionen die Überlegung über die Einzelheiten der Reform sehr häufig in den Vordergrund rückten. Er wirft den "Spezialisten für konkrete Angelegenheiten" Illusion und Utopie vor, wenn sie annehmen, daß eine Regelung und eine wesentliche Verbesserung eines Teilsystems, ohne Lösung der grundsätzlichen Fragen möglich wäre.

Die zweite Gefahr bestand nach Szczepanski darin, daß die Diskussion überwiegend von Interessengruppen bestritten wurde, von Leuten, die besonders an bestimmten Lösungen interessiert sind, die ihre bisherige Stellung, Interessen und Prestige nicht tangieren. Daß angesichts dieser Gefahren, die unabhängig von einem gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen System auftreten, die Reform dennoch im Sinne der Kommission verabschiedet wurde, spricht für die augenblickliche Parteiführung, die den Anspruch, die Beschlüse des Parteitages in die Tat umzusetzen, und die aufgestellten gesellschaftspolitischen Postulate zu verwirklichen, ernst nimmt.23)

Darüber hinaus fällt in bezug auf den Entscheidungsprozeß noch die kurze Zeit zwischen Entwicklung von Vorschlägen, Konzeptionen und Empfehlungen einerseits und den bildungspolitischen Beschlüssen andererseits auf. Aufgrund dieser Tatsache kann angenommen werden, daß der demokratische Zentralismus als Form der Herrschaftsausübung in einem ambivalenten Verhältnis zu eigenen möglichen Auswirkungen steht. Er kann sowohl zur Verengung der Entscheidungsstrukturen und dadurch zum Bremsen der sozio-ökonomischen Entwicklung führen, (wie die Entwicklung in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in Polen

---

23) Auf dem letzten Parteitag der Vereinten Polnischen Arbeiterpartei nahm die Diskussion über die Rolle und Funktion der Wissenschaft in einer sozialistischen Gesellschaft breiteren Raum ein. Es soll nur an folgende Beiträge erinnert werden: "Der Anteil der Wissenschaft an der Gestaltung des Programms der sozialistischen Veränderungen der Gesellschaft muß erhöht werden, die Ergebnisse von Forschungen sollen bei Entscheidungen im Bereich der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik genutzt werden. E.Gierek setzte sich für eine aktive Beteiligung der Wissenschaftler nicht nur in der Realisierung der Parteibeschlüsse sondern auch in der Konkretisierung des gesellschaftsökonomischen Entwicklungsprogramms und im Aufzeigen der Wege seiner Verwirklichung ein."
Siehe Fußnote 29 und 3o, Kapitel II

zeigt), als auch unter ganz bestimmten Umständen zur Dynamisierung der Entwicklung, d.h., zu schnellen Entscheidungen in bezug auf die notwendig gewordenen und von der Wissenschaft und der Fachwelt geforderten Veränderungen führen, ablesbar am Entscheidungsprozeß hinsichtlich der Bildungsreform.

Die Realisierungschancen dieser grundsätzlichen Bildungsreform werden wir im letzten Kapitel auszuloten versuchen.

Abschließend wollen wir die verabschiedete Bildungsreform auf dem Hintergrund einiger Vorschläge des OECD-Rapports ("Ausbildung und Praxis im periodischen Wechsel") bewerten. Der Rapport des OECD geht von der Notwendigkeit aus, die bestehenden Bildungssysteme radikal zu verändern. "Ausbildung und Praxis im periodischen Wechsel" ist eine umfassende Bildungsstrategie für den gesamten Bereich der auf die Pflichtschul- bzw. Grundbildungsphase folgenden Ausbildung und Weiterbildung. Ihr wesentliches Charakteristikum ist die Streuung der Ausbildung über die gesamte Lebensdauer des Individuums, und zwar im periodischen Wechsel, d.h. alternierend mit anderen Formen der Aktivität - hauptsächlich mit Berufsarbeit, aber auch mit Freizeit und Ruhestand.

Diese Definition eines auf dem Wechsel von Ausbildung und Praxis beruhenden Bildungssystems enthält zwei wesentliche Elemente:
a) Sie zeigt eine Alternative zum herkömmlichen System, das die gesamte schulische, sowie alle Vollzeit-Ausbildung auf die Jugend (das heißt: auf den Lebensabschnitt zwischen dem vollendeten fünften, sechsten oder siebenten Lebensjahr und dem Eintritt in das Berufsleben) konzentriert, und sieht eine Streuung der sich an die Pflichtschulzeit anschließenden weiteren Ausbildung über das gesamte Leben des einzelnen vor. Damit akzeptiert sie das Prinzip lebenslangen Lernens.
b) Sie bietet einen Rahmen an, innerhalb dessen die Organisation lebenslangen Lernens durchführbar ist: Ein Alternieren und eine ständige aktive Wechselbeziehung zwischen Ausbildung als strukturierter Lernsituation und anderen sozialen Aktivitäten, bei denen beiläufige Lernprozesse stattfinden.
Wie immer ein solcher Wechsel im einzelnen stattfinden und beschaffen

sein mag: sein wesentliches Charakteristikum ist die Kontinuität des Lernens während des gesamten Lebens, wobei eine gegenseitige Befruchtung und Bereicherung zwischen der in den Ausbildungsphasen gewonnenen strukturierten Lernerfahrung und der unstrukturierten Lernerfahrung aus anderen Bereichen sozialer Aktivität stattfindet." 24)

Das reformierte Bildungswesen in der VR Polen entspricht auf jeden Fall zum nicht unerheblichen Teil den oben angeführten Vorschlägen der OECD-Kommission. Nehmen wir als Beispiel den möglichen Weg eines Absolventen der "einheitlichen Volksmittelschule": Er besucht anschließend zwei Jahre die Berufsschule - danach geht er in den Beruf und übt ihn drei bis fünf Jahre aus, um sich dann an der Hochschule zu bewerben. Er wird angenommen und verläßt nach 4 bis 5 Jahren die Hochschule mit einem neuen Abschluß. Im Laufe der Ausübung seines neuen Berufes wird ihm aufgrund der Institutionalisierung der Weiterbildung die Möglichkeit gegeben, weiter sein Wissen zu erneuern und zu erweitern, um seine beruflichen Erfahrungen zu reflektieren. Dieses Beispiel zeigt, daß mindestens einem Teil der jungen Menschen die Möglichkeit gegeben wird, aufgrund der neuen Bildungsreform Ausbildung und Praxis im periodischen Wechsel zu vollziehen.

In dem Rapport der OECD-Kommission nimmt auch der Faktor Chancengleichheit einen breiten Raum ein. In diesem Rapport wird unterschieden zwischen der Chancengleichheit innerhalb der einzelnen Generation und der Chancengleichheit zwischen den jeweiligen Generationen. "Gering sind die Chancen, daß es dem derzeitigen institutionalisierten Bildungssystem gelingt, in absehbarer Zukunft Bildungschancengleichheit zwischen den einzelnen Sozialgruppen zu beseitigen oder auch nennenswert abzubauen. Auf breiter Ebene wird eine Gleichheitspolitik gefordert, die weit systematischer als dies heute der Fall ist, auf Ausgleich abzielenden Strategien hohen Vorrang gewährt. Doch um zu dauerhaften Ergebnissen zu gelangen, ist wahrscheinlich eine tiefgreifende Erneuerung des Bildungswesens erforderlich - eine Erneuerung, die sowohl die Art und Weise der Bildungserfahrungen erfassen muß, als auch die Beziehungen zwischen Schule und Gesell-

---

24) betrifft: "Erziehung" März 1974,S.17

schaft....25)

Ähnliche Gedanken sind auch vom Verfasser des Bildungsrapports (Februar 1973) in der VR Polen geäußert worden. Diese Gedanken prägten auch zum größten Teil die verabschiedete Struktur des Bildungswesens (Oktober 1973). Demnach kann also behauptet werden, daß die verabschiedete Struktur des Bildungswesens in der VR Polen zum Abbau der noch vorhandenen Chancenungleichheit 25a) beitragen wird, (die grundsätzliche Erneuerung der Bildungsinhalte und der Leistungskriterien ist von den Verfassern des Bildungsrapports in der VR Polen auch dringend empfohlen worden) insbesondere durch die Einführung der einheitlichen Sekundarstufe als Basisausbildung für alle Jugendlichen und durch die Struktur und Vielfalt des postsekundären Bereiches. "Was die Chanchengleichheit zwischen den Generationen anbelangt, so wurde das Bildungsgefälle wegen der rapiden Expansion schulicher Möglichkeiten in jüngster Vergangenheit immer größer."26) In Anbetracht des Ausbildungsniveaus der mittleren und älteren Generation in VR Polen (S.24) einerseits und im Hinblick auf die Auswirkungen der verabschiedeten Schulreform andererseits, könnte sich diese Problematik in der VR Polen noch verschärfen, wenn nicht gleichzeitig der Erwachsenenbildungsbereich entsprechend weiter ausgebaut und verbessert wird.

Es ist wohl unbestritten, daß die Struktur der Lehrerausbildung und ihre Weiterbildungsmöglichkeiten über das Gelingen oder Nichtgelingen einer Bildungsreform von entscheidener Bedeutung ist. "Der Lehrer ist eine zentrale Gestalt in jedem Bildungswesen. Seine Arbeit entscheidet über die Lerninhalteund Erziehungsinhalte wie über die Arbeitsergebnisse in der Schule. Der Erfolg der angestrebten Reform hängt im wesentlichen Maße von seinen Kenntnissen, Fähigkeiten, moralischen Eigenschaften und seiner pädagogischen Begabung ab. "In der neuen Schule müssen demnach Lehrer arbeiten, die über

---

25) betrifft "Erziehung" März 1974,

25a) Die Kriterien zum Begriff "soziale Chancengleichheit werden im letzten Kapitel angeführt und das neue Bildungssystem in der VR Polen daran gemessen.

26) Im Bildungsrapport der OECD wird gesprochen vom "Gefällen nach rückwärts", betrifft "Erziehung" März 1974,S.21

hohe berufliche, politische und ethische Qualifikationen verfügen."27) "Die Ausbildung und Weiterbildung der Lehrer hat eine enge Verbindung mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsstrategien unseres Landes und ist eine der Bedingungen für den beschleunigten gesellschaftlichen Fortschritt."28) Es ist unzureichend bekannt, daß in jedem Bildungssystem der Lehrer den wesentlichsten Faktor darstellt. Von seinem Wissen, seiner beruflichen Qualifikation, moralischen und idealistischen Werten hängen vor allem die Arbeitsergebnisse der Schule ab.

Wenn also das Niveau und die Effektivität dieser Arbeit gehoben und Lernziele und Struktur des Schulwesens reformiert werden sollen, dann muß mit einer entsprechenden Vorbereitung der Lehrerausbildung begonnen werden.29)

---

27) P.Jarosiewicz "Glos nauczycielski" (Stimme des Lehrers, Nr.43, 1973)
28) S.Krawcewicz "Ksztalcenie i doskonalenie nauczyciele - Problemy i tendencje" (Ausbildung und Weiterbildung der Lehrer - Probleme und Tendenzen) Warschau 1974,S.8
29) J.Kuberski "Aktualne problemy politiki oswiatowej" (Die aktuellen Probleme der Bildungspolitik) Warschau 1973,S.15/16

## IV Bildungskonzeptionen, Pläne, Forderungen und Beschlüsse in bezug auf die Ausbildungs- und Weiterbildungsstruktur der Lehrer und Ausbilder in der VR Polen und der BRD

Bevor die Bildungskonzeptionen, Pläne, Forderungen und Beschlüsse im Hinblick auf die Ausbildung-und Weiterbildungsstruktur der Lehrer und Ausbilder in beiden Ländern untersucht werden, müssen die Ausgangsbedingungen, d.h., die augenblickliche Ausbildungsstruktur, die Lehrerversorgung (Lehrerangebot und Lehrernachfrage) und die ökonomische und soziale Situation der Lehrer untersucht werden. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden uns nämlich für die Analyse der Konzeptionen und Pläne, insbesondere für die Analyse ihrer Realisierungschancen, nützlich sein.

In der ersten Periode des Bestehens der VR Polen bestanden in bezug auf die Ausbildungsstruktur der Lehrer zwei gegensätzliche Tendenzen:

1. Die schnelle Verwirklichung des Bestrebens von fortschrittlichen Bildungspolitikern, Lehrer aller Stufen an den Universitäten ausbilden zu lassen.
2. Die schnelle Behebung des Fehlens von einigen zehntausend Lehrern in dem neu entstandenen polnischen Staat.1)

Im Laufe der Zeit setzte sich die zweite Tendenz durch, die zu folgender Ausbildungsstruktur der Lehrer in der VR Polen führte:

a) Ausbildung auf der mittleren Ebene in sogenannten höheren Fachschulen (4 - 5 Jahre nach Beendigung der Volksschule) - für Erzieher und Volksschullehrer
b) Ausbildung auf der Ebene einer pädagogischen Hochschule (nach dem Abitur, Dauer 3 Jahre) - für Fachschullehrer und Gymnasiallehrer
c) Ausbildung auf der Ebene eines akademischen Studiums (nach dem Abitur mindestens 4 Jahre) - für Gymnasiallehrer und Fachlehrer der höheren Fachschulen2)

---

1) K.Trzebiatowski "Organisacja Szkolnictwa w P.L." (Organisation des Schulwesens der VR Polen), Warschau 1972,S.184
2) Ebd.

In der Übergangszeit wurden in den Volksschulen auch Lehrer ohne entsprechende berufliche Qualifikation angestellt.3)

In der zwieten Hälfte der fünfziger Jahre wurde darüberhinaus zügig mit dem Ausbau der Abend- und Fernstudien für Berufstätige begonnen, die in der Regel zwei bis drei Jahre dauerten.4)

Im Laufe der sechziger Jahre wurden in der Ausbildungsstruktur der Lehrer einige Reformen durchgeführt, aufgrund derer die Struktur . Ende der sechziger Jahre folgende Gestalt angenommen hat:

a) Ausbildung auf der mittleren Ebene - nur für Erzieher und Ausbilder
b) Ausbildung auf der Ebene einer pädagogischen Hochschule - für Volksschullehrer
c) Ausbildung auf der Ebene des akademischen Studiums - für Fachschullehrer und Gymnasiallehrer 5)

Bis in die sechziger Jahre hinein hatte also die Quantität den eindeutigen Vorrang vor der Qualität gehabt. Erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre gewann der Faktor Qualität in der Ausbildung der Lehrer an Bedeutung. Diese Entwicklung führte zu folgender Situation bezüglich des Lehrerangebots in der VR Polen: Von den 358.ooo berufstätigen Lehrern im Jahre 1971/72 hatten 19,3 % ein vollakademisches Studium, den Abschluß der pädagogischen Hochschule hatten 53,9 %, den Abschluß einer pädagogischen Fachschule 24,4 %, eine andere mittlere Ausbildung 2,1 %. Auf die Berufsschule bezogen: volles Hochschulstudium 3o,3 % der Lehrer, pädagogische Hochschule 29,3 % der Lehrer, mittlere pädagogische Ausbildung 28,6 %, ohne mittlere Ausbildung 11,8 % der Lehrer. Auf die Fachschulen bezogen: volles Hochschulstudium 78,7 %, pädagogische Hochschule 11,4 %, mittlere pädagogische Ausbildung 7,5 %, ohne mittlere Ausbildung 2,4 %. 6)

---

3) Ebd.S.187
4) Ebd.S.192
5) S.Krawcewicz "Zawod Nauczyciela" (Beruf des Lehrers) Warschau 197o,S.5o
6) J.Kuberski "Aktualne problemy oswiaty" (Die aktuellen Probleme des Bildungswesens) Warschau 1973,S.121/122

Im Schuljahr 73/74 unterrichteten in der VR Polen als hauptamtliche Lehrer:

a) an den Volksschulen 2o8.7oo Lehrer bei 778.6oo Schülern 7)
   (das ergibt eine Relation von ungefähr 23 Schülern pro Lehrer)
b) an den Gymnasien 25.2oo Lehrer bei 635.1oo Schülern
   (das ergibt eine Relation von 25,5 Schülern pro Lehrer)
c) an den Berufsschulen und Fachschulen 77.1oo Lehrer bei 1.922.1oo Schülern 9)
   (das ergibt eine Relation von ungefähr 25,5 Schülern pro Lehrer)

Charakteristisch für die Lehrerversorgung in der VR Polen sind also eine relativ günstige Schüler/Lehrerrelation an den Volksschulen, Berufsschulen, Fachschulen und eine unbefriedigende an den Gymnasien, wobei die Qualifikation vieler Lehrer an den Volksschulen und Berufsschulen nicht ausreichend ist.

Zu den augenblicklichen Weiterbildungsmöglichkeiten existiert die Untersuchung Marian Rajtars, unter dem Titel" Selbstbildung der Lehrer - Stand der Bedürfnisse". Da dieses Buch vergriffen war, war es nicht möglich, einen Einblick in die Untersuchung zu bekommen. Daher müssen wir uns darauf beschränken, aus der Besprechung dieses Buches zu zitieren. "Aufgrund einer genauen und eingehenden Analyse eines reichhaltigen empirischen Materials stellt der Verfasser den Stand der Weiterbildung (in Form der Selbstbildung) der Lehrer vielfältig dar. Er stellt fest, daß nur eine geringe Zahl von Lehrern fähig sind, sich selbst zu bilden und ehrgeizige Ziele in ihrem Beruf verfolgten. Neben dieser Avantgarde ist der überwiegende Teil der Lehrer jedoch unfähig, sich dementsprechend selbst weiterzubilden.

Aufgrund dieser Feststellung zieht der Autor den Schluß, daß der

---

7) Maly Rocznik Statystyczny (Kleines Statistisches Jahrbuch) Warschau 1974,S.24o
8) Ebd.
9) Ebd.,S.242 u.243

aktuelle Stand der Selbstweiterbildung nicht den bildungspolitischen und pädagogischen Erfordernissen unserer Gesellschaft genüge." 1o)

Als Ursachen dazu werden genannt:

1. Mängel des Lehrerausbildungssystems, das unfähig ist, die Absolventen auf eine Weiterbildung vorzubereiten.
2. Objektive Schwierigkeiten, die in der Ausübung des Lehrerberufes liegen. (Zeitmangel etc.)
3. Fehlerhafte Konzeptionen und unzureichende Arbeit der Weiterausbildungsinstitute.11)

Neben den o. g. Zahlen zur Schüler/Lehrersituation soll die Prognose der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 2.ooo angeführt werden:

Kinder und Jugend im Schulalter.

| Jahr | Alter: 7 - 14 | 15 - 17 |
|---|---|---|
| 197o | 5.o53 | 2.1o2 |
| 1975 | 4.228 | 1.97o |
| 198o | 4.128 | 1.591 |
| 1985 | 4.337 | 1.511 |
| 199o | 4.19o | 1.634 |
| 1995 | 3.85o | 1.587 |
| 2ooo | 3.588 | 1.447 12) |

Aus dieser Tabelle geht eindeutig eine ständige Abnahme, (abgesehen von Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 17 in den Jahren 199o - 95) der Schuljugend hervor. Es kommt in der VR Polen nicht so sehr darauf an, die Zahl der Lehrerabsolventen in den nächsten

---

1o) Nauczyciel i wychowaie (Lehrer u. Erziehung) Nr. 6,1972,S.1o8
11) Ebd.,S.1o8
12) J.Aleksinska "Prognozy rozwoju zatrudnienia i ksztalcenia w Polsce" (Prognosen im Hinblick auf die Entwicklung im Bereich der Beschäftigung und Ausbildung i. VR Polen) (Polen 2.ooo) Heft I 72,S.4o

Jahren zu steigern,13) sondern ihr Ausbildungsniveau erheblich zu erhöhen und die Qualifikation der berufstätigen Lehrer zu verbessern.

Für die Attraktivität des Lehrerberufes ist auch die ökonomische und die soziale Situation der Lehrer von Bedeutung. Die durchschnittliche Besoldungshöhe eines Lehrers in der VR Polen 14) betrug 1971 2.144 zl. 15) Das durchschnittliche Einkommen eines Beschäftigten im vergesellschaftlichten Bereich der Wirtschaft betrug in demselben Jahr 2.344 zl. 16) Das bedeutet, daß das durchschnittliche Einkommen eines Volksschullehrers ungefähr um 1o % niedriger war als das durchschnittliche Einkommen eines Beschäftigten in anderen Bereichen der Gesellschaft.

Angesichts dieser ökonomischen Situation der Lehrer in der VR Polen sollte es nicht überraschen, daß bis zu den Jahren 1968/69 146.ooo Lehrer ihren Beruf aufgegeben haben. Allein im Schuljahr 1968/69 waren es 19.5oo und 1969/7o 18.752 Lehrer.17) Außerdem gehen sehr viele Lehrer einer Nebenbeschäftigung als Nachhilfestundenlehrer nach.18) "Ein Lehrer, der seine ganze Freizeit, die für Erholung und Selbststudium bestimmt ist, für die Nachhilfestunden opfert, (für die Vergütung dieser Nachhilfestunden ist nicht selten ein "Fiat 112" oder ein Einfamilienhaus gekauft worden), wird zwangsläufig mit der Zeit ein schlechter Lehrer werden. Seine didaktische Arbeit leidet darunter. Das Wissen wird von ihm immer unbefriedigender vermittelt. Mit der Zeit stellen sich zwei unvorteilhafte Erscheinungen ein: wenn das Einkommen eines Lehrers aus dem Nachhilfestundenunterricht größer wird als durch sein Grundgehalt, ver-

---

13) Im Bereich der Hochschule sieht die Situation nach der grundsätzlichen Bildungsreform völlig anders aus. Die Zahl der Hochschullehrer und Assistenten muß in den nächsten Jahren wesentlich erhöht werden.
14) Die angeführte Höhe der Bezüge beinhaltet das durchschnittliche Einkommen aller Lehrer, d.h. an der Volksschule, Gymnasien und Berufsschulen
15) Maly Rocznik Statystyczny (Kl. Stat. Jahrb.74)
16) Ebd.
17) "Zycie Szkoly wyzszej" (Das Leben der Hochschule) Nr.3 u. 4 1973,S.72
18) J.Milewski "Zycie Literackie" (Das Literarische Leben) 15.4.1973

schiebt sich sein Hauptinteresse vom Schulunterricht auf die Nachhilfestunden. Das bedeutet, weniger Effektivität in der Schule, was wiederum die Nachfrage nach Nachhilfestunden steigen läßt".19)

Im Hinblick auf die anstehende grundsätzliche Reform des Bildungswesens verabschiedete am 27. April 1972 das polnische Parlament die Charta der Rechte und Pflichten der Lehrer.2o)

Innerhalb dieser Charta ist auch die Lehrerbesoldung neu geregelt worden. Die Grundbesoldung hängt von dem Ausbildungsgrad, von den Berufsjahren und der Stellung in der Schule ab; die Höhe der Zuschläge ist abhängig von der Funktion des Lehrers und seiner Arbeitsbedingungen und Arbeitsergebnisse. Die Erhöhung der Gehälter erfolgt in 5 Etappen. Die erste Etappe begann am 1. Mai 1972, die letzte am 1.9.1976.21) Nach der ersten Erhöhung betrug die Besoldung im Herbst 1972

| | | |
|---|---|---|
| a) | für die Volksschullehrer | 2.537 zl |
| b) | für die Gymnasiallehrer | 3.1o5 zl |
| c) | für die Berufsschul- u. Fachschullehrer | 3.2o2 zl 22) |

Das Durchschnittseinkommen dagegen betrug in demselben Jahr 2.5o4 zl 23) Demnach ist eine spürbare Verbesserung der ökonomischen Situation nicht zu übersehen. In den nächsten drei Jahren sollen die Lehrergehälter um weitere 25 % steigen, die allgemeinen Steigerungen der Einkommen nicht mitberechnet.

Um diese Zahlen vergleichbar zu machen, soll im folgenden auf die Situation in der BRD eingegangen werden. Die Ausbildungsstruktur der Lehrer in der BRD sieht im großen und ganzen heute noch folgendermaßen aus:

---

19) Ebd.
2o) Kalendarz Nauczycielski 72/73 (Lehrerkalender) S.418
21) Ebd.,S.427
22) Ebd.,S.467/68
23) Maly Rocznik Statystyczny 1974 (Kleines Statistisches Jahrbuch 1974) Warschau 1974,S.25o

Als Beispiel Land Nordrhein-Westfalen

| | |
|---|---|
| Volksschullehrer: | 6 Semester pädagogische Hochschule und 1 Jahr Vorbereitungsdienst am Bezirksseminar |
| Realschullehrer: | 6 Semester Universität, 18 Monate Vorbereitungsdienst am Bezirksseminar |
| Gymnasiallehrer: | 8 Semester Universität (gegebenfalls künstlerische Hochschule) 2 Jahre Vorbereitungsdienst am Bezirksseminar |
| Berufsschullehrer: | 8 Semester Universität oder Technische Hochschul mindestens 1 Jahr Praktikum oder praktische Berufsausbildung und 2 Jahre Vorbereitungsdienst am Bezirksseminar. |

24)

In anderen Bundesländern sieht die Struktur der Lehrerausbildung zur Zeit nicht wesentlich anders aus.

Was die ökonomische Situation der Lehrer in der BRD betrifft, so stellt sie sich im Jahre 1973 folgendermaßen dar:

| | |
|---|---|
| a) Volksschullehrer: | |
| Durchschnittseinkommen ca. (ohne Sonderzuschläge) | 2.28o,-- DM br. |
| b) Gymnasiallehrer und Berufsschullehrer (ohne Sonderzuschläge) | 2.6oo,-- DM br. |

25)

Was die anderen Arbeitnehmer betrifft, so kamen die 13,9 Mill. männlichen Arbeiter, Angestellte und Beamte auf ein Monatseinkommen

---

24) Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (gemeinsamer Geschäftsbericht 1966-68)S.V/25

25) Das Durchschnittseinkommen der Lehrer errechneten wir anhand der Grundgehaltssätze für 1973, die wir aus der Besoldungstabelle für Lehrer aller Schulformen für das Land NRW entnommen haben. Bei den Volksschullehrern nach Besoldungsgruppe 12a,8. Dienstleistungsstufe plus Ortszuschlag Ic. Bei den Gymnasial- und Berufsschullehrern haben wir das arithmetische Mittel zwischen A 13 u. A 14 plus 8, Dienstleistungsstufe und + Ortszuschlag Ic berechnet.

von 1.7oo,-- DM brutto. Für die 7,3 Mill. weiblichen Arbeitnehmer lautet der entsprechende Betrag 1.122,-- DM.26)

Das durchschnittliche Einkommen eines Arbeitnehmers betrug also im ersten halben Jahr 1973 ca. 1.5oo,-- DM brutto.27) Die ökonomische Situation der Lehrer in der Bundesrepublik Deutschland kann angesichts dieser Zahlen als befriedigend bezeichnet werden.

Die Lehrerversorgung in der BRD (Gesamtbestand und Gesamtbedarf an Lehrern) widerspiegeln folgende Zahlen:

| Jahr | Bestand | Bedarf | Differenz | Diff/Bedarf % |
|---|---|---|---|---|
| 1972 | 424.272 | 478.o51 | - 53.78o | 11,2 |
| 1973 | 444.511 | 5o5.1o8 | - 6o.597 | 12,o |
| 1974 | 465.594 | 531.633 | - 66.o84 | 12,4 |

28)

Der Stand der Lehrerversorgung an den Berufsschulen läßt sich aus folgenden Zahlen ablesen:

Der Berufsbildungsbericht des Senats der Freien und Hansastadt Hamburg 1972 beinhaltet unter anderem die Zahlen der vorhandenen Lehrerstellen:

| | | |
|---|---|---|
| 197o | 1.7o8 | Stellen für Lehrer |
| | 55 | Stellen für Lehrwerkmeister |
| 1971 | 1.17o | Stellen für Lehrer |
| | 56 | Stellen für Lehrwerkmeister |
| 1972 | 1.864 | Stellen für Lehrer |
| | 6o | Stellen für Lehrwerkmeister |

In den Stellen für 1972 sind die zur Erfüllung des Unterrichtssolls

---

26) Arno Poller "Zahlenspiegel zur Politik" 1974 Bonn/Stuttgart 1974,S.44/45
27) Errechnet aufgrund der Angaben s. Fußnote 25)
28) Wissenschaft und Erziehung Nr. 5, 1974,S.3: im vergangenen Schuljahr 1973/74 kamen z.B. in Baden-Württemberg an den Grund- und Hauptschulen 29,8 Schüler auf einen Lehrer. An den Realschulen 24,6 und an den Gymnasien 21,2.29)
29) Frankfurter Allgemeine,9.Juli 1974

von mindestens 8 Wochenstunden erforderlichen 21 Stellen und die 22 Stellen zur Erhöhung des Teilzeitunterrichtes auf 12 Wochenstunden enthalten.3o)

"Aufgrund der zur Verfügung stehenden Stellen und Mittel waren in den berufsbildenden Schulen tätig:

Tabelle I

| | hauptamtl. Lehrer | nebenberufl. Lehrer | Lehrwerkmeister |
|---|---|---|---|
| 15.5.7o | 1.444 | 76o | 49 |
| 15.5.71 | 1.441 | 1o67 | 53 |
| 15.4.72 | 1.479 | 1177 | 57 |

Die nur geringfügig gestiegenen Zahl der vollbeschäftigten Lehrer und die rasch gestiegenen Zahlen der nebenamtlichen, nebenberuflichen und teilzeitbeschäftigten Lehrer weisen auf die Schwierigkeiten der Lehrerversorgung hin."31) In der Antwort der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auf die große Anfrage der Fraktionen der SPD und FDP vom 1.12.1972 ist auf die Frage "Worin liegen die Gründe, daß die Mindestunterrichtszeiten oft nicht erreicht werden?"32) folgendes erwidert worden: "Der Grund für die Unterrichtskürzungen liegt im Lehrermangel begründet." Die absoluten und relativen Zahlen der Freien Stellen ist aus folgender Übersicht zu entnehmen:

Tabelle II

Freie Stellen an berufsbildenden Schulen in v. H. aller Stellen:

| | | |
|---|---|---|
| 1967 | 2.532 | 17,9 % |
| 1968 | 2.o9o | 14,6 % |
| 1969 | 1.968 | 14,6 % |
| 197o | 1.63o | 11,1 % |
| 1971 | 1.817 | 11,9 % 33) |

---

3o) Berufsbildungsbericht des Senats der Freien und Hansastadt Hamburg 1972,S.54
31) Ebd.,S.55
32) Antwort der Landesregierung von NRW vom 1.12.1972,Drucksache 7/2244,S.45
33) Ebd.

Durch den Mangel an Lehrern fielen 1972 im Bundesdurchschnitt 23 Prozent des gesetzlich auf acht bis zwölf Wochenstunden festgelegten Unterrichts in den beruflichen Schulen aus. In Nordrhein-Westfalen mußten die Lehrlinge auf 32 % des Berufsschulunterrichts verzichten, im Saarland auf 28,2 %. In Niedersachsen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz liegt das Defizit bei rund 25 %. Der niedrigste Ausfall mit 7,4 % ist in Schleswig-Holstein zu verzeichnen.34)

Anhand der vorhandenen Prognosen zeichnet sich jedoch ein Ausgleich des Lehrerbedarfs gegen Ende 1978 spätestens aber 1980 ab. Dieses ist auch eine Schlußfolgerung des Papiers "Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen zur Prognose des Lehrerangebots und des Lehrerbedarfs das die Bund-Länderkommission für die Bildungsplanung in ihrer Sitzung am 24.6.1974 verabschiedet hat.35)

Der Lehrerbestand und -bedarf in NRW ist aus den angeführten Illustrationen (siehe Anlage 13-16) ersichtlich.36)

Wenn jetzt ein Vergleich zwischen den beiden Ländern gezogen wird, dann kann festgestellt werden, daß die ökonomische Situation der Lehrer in der Bundesrepublik besser ist, als die ihrer Kollegen in der VR Polen und daß die Lehrer in der BRD in der Mehrzahl über ein höheres Ausbildungsniveau verfügen. Was die Lehrerversorgung angeht, so sieht sie unterschiedlich aus. An den Volksschulen und Berufsschulen ist sie in der VR Polen zur Zeit bedeutend besser; an den Gymnasien und Fachschulen dagegen geringfügig schlechter als in der BRD. Nachdem wir die Ausgangsbedingungen im Hinblick auf die Reform der Ausbildungsstruktur der Lehrer und ihrer Weiterbildungsmöglichkeiten in beiden Ländern untersucht haben, gehen wir zur Darstellung der vorhandenen Konzeptionen, Pläne und Beschlüsse in beiden Ländern über.

Im Hinblick auf das Zustandekommen der Reformen der Ausbildung und Weiterbildung von Lehrern kann wohl von drei Phasen gesprochen werden:

---

34) Frankfurter Rundschau 25.1o.1973, Statistik des BDA Köln
35) Wissenschaft und Erziehung, Nr.8, 1974, S.4
36) Halbzeitbericht des NRW-Programms 1975, Düsseldorf 1973, S.22,23,24,25

1. Phase der Entwicklung von Konzeptionen, Plänen, Vorschlägen und die Diskussion darüber.
2. Phase der Umsetzung dieser Konzeptionen, Pläne, Vorschläge in Ministerialentwürfe und politische Beschlüsse.
3. Phase der Verwirklichung dieser Beschlüsse.

Auf dem Hintergrund der allgemein anerkannten bildungspolitischen Zielvorstellungen, wie der Überwindung des Gegensatzes zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung, ließen sich die Lehrer in zwei Gruppen einteilen:

1. Lehrer für allgemeinbildende Schulen und Berufsschullehrer
2. Ausbilder

Zunächst führen wir einige Beispiele für die Konzeptionen, Pläne und Beschlüsse in bezug auf die erste Gruppe der Lehrer an.

"Lehrerbildung für den Primar- und Sekundarbereich: Zum Primar- und Sekundarbereich gehören heute Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Sonderschulen, Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen, Fachoberschulen, Fachschulen und höhere Fachschulen in singulären, kooperativen oder integrierenden Formen. Lehrer für diese Schulen müssen an wissenschaftlichen Hochschulen, die an der Forschung teilhaben, ausgebildet werden."37)

"Unbeschadet der allgemeinen Ausbildungselemente sind den unterschiedlichen Berufsaufgaben entsprechend Differenzierungen und Spezialisierung nach Schulstufen und Schularten bzw. Schulformen, nach Unterrichtsfächern und nach besonderen pädagogischen Funktionen notwendig. Immer vollzieht sich Lehrerausbildung in Ausbildung, in dem Beruf und Weiterbildung."38)

"Berufliche Weiterbildung, Lehrerausbildung darf nicht auf Studium und Berufseinführung beschränkt bleiben. Hinzukommen muß ständige Weiterbildung während der Berufspraxis. Künftig wird der Weiterbil -

37) Deutscher Bildungsrat, Empfehlung der Bildungskommission, Strukturplan für das Bildungswesen, S.227, Bonn 1970
38) Ebd., S.221

dung des Lehrers ein immer stärkeres Gewicht zukommen. Ohne Weiterbildung ist der Lehrer nicht in der Lage, mit der inhaltlichen und methodischen Entwicklung seiner Wissenschaft Schritt zu halten. Weiterbildung des Lehrers gehört somit zu seiner Berufsaufgabe. Sie muß in diese integriert werden und darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung des Lehrerberufs führen. Die Eröffnung von Möglichkeiten zur Weiterbildung wird die Anziehungskraft dieses Berufs erhöhen."39)

Im Juni 1973 tagte in Saarbrücken der Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen, der folgende Empfehlungen bezüglich der Ausbildung von Berufsschullehrern und ihrer Weiterbildung verabschiedete:

Grundkonzeption:

Zwischen den erforderlichen Reformen im Bereich von Schule, Berufsausbildung und beruflicher Weiterbildung und der Neuordnung der Lehrerbildung besteht ein enger Zusammenhang. Eine Erneuerung des Bildungswesens ist nur möglich, wenn die Frage der Lehrerausbildung mit Vorrang gelöst wird. Die Reform der Lehrerausbildung hat sich aufgrund einer Neubesinnung über die Aufgabe von Schule und Berufsausbildung in unserer Gesellschaft zu vollziehen. Eine reformierte Lehrerausbildung schafft erst die Voraussetzung für eine permanente, kritisch reflektierte Bildungsreform."4o)

Grundstruktur

"Die Ausbildung der Lehrer an beruflichen Schulen gliedert sich in drei Phasen:

Eine erste Phase, die die erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen, fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Studien umfaßt,

eine zweite Phase, die der theoretisch fundierten Einführung in die Praxis der Berufsausbildung in Schule und Betrieb dient,

eine dritte Phase, in der die Lehrerfort- und Weiterbildung durchge-

---

39) Ebd.,S.227
4o) Empfehlungen des Bundesverbandes der Lehrer an beruflichen Schulen. Tagung in Saarbrücken, Juni 1973

führt wird, die wegen des ständigen Wandels in Gesellschaft, Wirtschaft und Technik besonders notwendig ist."

Erste Phase - Studium an wissenschaftlichen Hochschulen

| | |
|---|---|
| Voraussetzungen: | Hochschulreife, betriebspraktische Ausbildung (z.T. auch während des Studiums ableistbar) |
| Studium: | |
| Dauer: | Mindestens 8 Semester (Anrechnungsmöglichkeiten für Absolventen der Fachhochschule) |

Zweite Phase - Berufseinführung im Studienseminar

| | |
|---|---|
| Voraussetzungen: | Erste Staatsprüfung für das Lehramt an beruflichen Schulen |
| Ausbildung: | |
| Dauer: | 18 Monate |
| Inhalt: | Theoretisch fundierte Einführung in die Praxis der Berufsausbildung |
| Abschluß: | Zweite Staatsprüfung |

Dritte Phase - Lehrerfort- und Weiterbildung

| | |
|---|---|
| Forderungen: | Sicherung des Qualifikationsniveaus als Lehrer des Sekundarbereiches II in berufs- und studienqualifizierenden Bildungsgängen durch Fortbildungsmaßnahmen in wissenschaftlichen Hochschulen. Studienangebot in Medienverbund, Aufbau regionaler Fortbildungssysteme, Praktika in Wirtschaft und Verwaltung. Weiterbildungsmöglichkeiten für den Erwerb von Zusatzqualifikationen.41) |

Die GEW hat zur Lehrerausbildung folgende Empfehlungen am 7.2.1970 beschlossen:

1. Die Ausbildung an der Universität umfaßt erziehungswissenschaftliche, fachwissenschaftliche, fachdidaktische, berufspraktische

---

41) Ebd.

Studien. Diese Elemente stehen nicht beziehungslos nebeneinander, sondern sind zu koordinieren und miteinander zu verschränken.

Dauer des Studiums:

Es umfaßt mindestens 8 Semester. Eine Unterschreitung dieser Mindestdauer ist für diejenigen, die nach dem Studium in der Schule oder einem anderen pädagogischen Bereich tätig sein wollen, sachlich nicht zu verantworten. Weder die soziale Gruppierung, noch das Lebensalter der Schüler begründen eine Senkung der Studienzeit unter die Mindestgrenze.

Fort- und Weiterbildung

Das Studium kann nur paradgmatisch aufgebaut und durchgeführt werden. Sein Abschluß bedeutet nicht mehr das Ende des Studierens. Das Studium legt die wissenschaftliche Grundlage und vermittelt die Fähigkeit zum eigenen wissenschaftlichen Weiterarbeiten.

Das Kontaktstudium

Da die Wissenschaft ständigem Wandel unterworfen ist, muß die Weiterbildung institutionell geregelt werden. Es bedarf einer periodischen Erneuerung des Wissens und des Kenntnisstandes auf allen Gebieten. Das Kontaktstudium ist deshalb unerläßlich für ein modernes Erziehungs- und Schulwesen. Erster Schritt zu einem allgemein verbindlichen Kontaktstudium ist die Beurlaubung jedes Lehrers nach jeweils sieben Jahren Berufspraxis für ein Jahr mit vollem Gehalt zum Studium an einer Universität.42)

In einer weiteren Konzeption wurden diese Empfehlungen im Oktober 1972 ergänzt. "An die Stelle der bisherigen Ausbildung für die Lehrerämter an Schulformen tritt die Ausbildung für das Lehramt an Schulen. (Dabei sind Schwerpunktbildungen nach Schulstufen, -fächern und pädagogischen Sonderaufgaben möglich). Die Befähigung zum Lehramt an Schulen wird erworben durch ein Studium von 8 Semestern an einer Gesamthochschule und durch einen Vorbereitungsdienst von 18 Monaten an einem Gesamtseminar. Zum Zwecke der Kooperation

---

42) Empfehlungen der GEW vom 7.2.197o

und langfristigen Integration dieser beiden Ausbildungsstätten ist generell die institutionelle Verklammerung zwischen beiden zu schaffen."43)

In den bildungspolitischen Thesen aus dem SPD-Entwurf eines ökonomischen politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973 - 1985 ist zu der Ausbildung und Weiterbildung der Lehrer folgendes zu lesen: "Ziel ist die Einführung von Lehrerämtern mit stufenbezogenem Schwerpunkt: Primarstufe, Sekundarstufe I, Sekundarstufe II, das Studium für alle Lehrämter erfolgt einheitlich an wissenschaftlichen Hochschulen. In sechs Semestern kann ein Grundlehramt und in acht Semestern ein erweitertes Lehramt erworben werden. An das Studium schließt sich ein 18-monatiger Vorbereitungsdienst an."44)

Und schließlich in den "Stuttgarter Leitlinien für eine liberale Bildungspolitik der FDP" lesen wir zu diesem Thema folgendes: "Alle Lehrer benötigen eine gleichwertige Ausbildung. In ihr sind Theorie und Praxis der Erziehung miteinander zu verbinden. Zusätzliche Qualifikationen führen zu einer erhöhten Besoldung."45)

Was die Konzeptionen und Vorschläge zur Ausbildungsreform der Lehrer in der VR Polen angeht, so bemerkte einer der besten Kenner der Materie Stanislaw Krawcewicz noch 197o in seinem Buch "Der Beruf des Lehrers" skeptisch: "viele Umstände weisen darauf hin, daß die Ausbildung der Lehrer noch über lange Zeitauf folgenden Ebenen stattfinden wird:

a) auf der Mittelebene (anschließend der Volksschule) für Erzieher und für Ausbilder in Berufsschulen,
b) auf der Ebene des Lehrerstudiums (ein Jahr nach dem Abitur),
c) auf der Ebene der pädagogischen Hochschule (drei Jahre nach dem Abitur)

---

43) Empfehlung der GEW vom Oktober 1972
44) SPD-Entwurf eines ökonomischen politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973-1985

d) auf der Ebene des Vollstudiums (mindestens ein 8-semestriges Studium).

Demnach würden weiterhin Lehrer mit unterschiedlichen Qualifikationen ausgebildet."46)

Wie gesagt, das war im Jahre 1970, also vor den Dezemberunruhen. Knapp zwei Jahre später schreibt Krawcewicz in einem Artikel "Permanente Ausbildung der Lehrer": "den pädagogischen Kräften muß es möglich sein,in regelmäßigen Abständen ihr Wissen und ihre Kenntnisse zu erneuern und zu erweitern; es muß ein ständiger Kontakt mit dem neuesten Stand der Sozialwissenschaften, Soziologie, Politik, Ökonomie, Psychologie gewährleistet sein...Das System der permanenten Ausbildung muß aber einen allgemeinen Charakter haben. In diesem System muß für jeden Lehrer unabhängig von seiner Funktion und Stellung Platz sein."47) "Die Ausbildung darf nicht auf irgendeiner Etappe stehenbleiben, sie muß während der ganzen pädagogischen Berufstätigkeit durchlaufen, synchron mit dem wissenschaftlichen Fortschritt und den Erfordernissen der Schule und der Erziehung. Demnach ist es eine Frage der Planung über die ganze Berufstätigkeit des Lehrers. Drei Etappen gehören dazu:

a) Vorbereitung zur Aufnahme der Berufstätigkeit

b) Referendarzeit

c) Selbständige Berufstätigkeit 48)

An einer anderen Stelle fährt er fort: "Der Ausgangspunkt für die Schaffung des Systems der permanenten Ausbildung von Lehrern in unserem Schulsystem, ist die Lösung von zwei grundsätzlichen Problemen: Dem Übergang der Lehrerausbildung unabhängig von Schulart und Ausbildungsstufe zu vollem akademischem Studium und Hebung der Qualifikation der schon im Beruf stehenden Lehrer.49)

---

46) S.Krawcewicz, Zawod Nauczyciela (Beruf des Lehrers) Warschau, 1970,S.50
47) S.Krawcewicz, "Ksztalcenie Permanentne Nauczyciele,(Permanente Ausbildung der Lehrer) Skriptum
48) Ebd.
49) Ebd.

In einem Referat, das während einer Parteikonferenz am 9. März 1972 gehalten wurde, meinte Wolczyk zum gleichen Thema: "Die Notwendigkeit, die Qualifikationen der Lehrer zu heben, ist die grundsätzliche Voraussetzung, ohne die jeder Umbau der Schule in eine effektive Schule, die ihre Absolventen mit vielseitigen Fähigkeiten ausstattet, die ihnen erlauben, das gesellschaftliche Leben und die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes mitzuprägen, scheitern muß."5o)

Auf derselben Konferenz wiederholte Krawcewicz in seinem Referat die Notwendigkeit eines Vollstudiums für alle Lehrer (es geht nicht daraus hervor, ob auch die Ausbilder gemeint waren), einer permanenten Weiterbildung der Lehrer und der pädagogischen Forschung.

Am 23. und 24. Oktober 1972 fand der letzte Kongreß des Polnischen Lehrerverbandes, (im Polnischen Gewerkschaftsbund eingegliedert, entspricht unserer GEW), in Warschau statt. In bezug auf die Lehrerausbildung und deren Weiterbildung sind folgende wichtige Beschlüsse gefaßt worden:"Über den Erfolg der gegenwärtigen und zukünftigen Reformschritte im Bildungs- und Erziehungsbereich werden erst gut vorbereitete und ausgebildete Lehrer entscheiden. Der Kongreß beauftragte den Vorstand, sich für die vollakademische Ausbildung aller Lehrer und Erzieher einzusetzen. Das ist eine der grundsätzlichen Bedingungen für die Qualifikationshebung und Prestigehebung des Lehrerberufes. Lehrerausbildung und -weiterbildung muß eine der wichtigsten Aufgaben der Hochschule werden. Im Hinblick auf eine bessere Vorbereitung der Lehrkräfte ist eine größere Berücksichtigung der pädagogischen Wissenschaften und dadurch eine Ermöglichung des pädagogischen Studiums auch auf den technischen, ökonomischen und Agrarhochschulen anzustreben.51)

Der elfte Kongreß des Verbandes der Polnischen Lehrer erkennt als besonders wesentlich für die Zukunft des Bildungswesens die Erhöhung

---

5o) Aufgaben der Institute für Didaktik auf dem Hintergrund der Beschlüsse des 6. Parteitages der Polnischen Arbeiterpartei, Krawcewicz, Referat, das auf der Konferenz der Partei am 9.3.197 gehalten wurde. Skriptum

51) "Skola zawodwa" (Berufsschule) Nr.4,S.2

der Qualifikation von berufstätigen Lehrern an. Die systematische Planung der Lehrerweiterbildung müßte durch entsprechende staatlichen Stellen gewährleistet werden. Eine der wichtigsten Aufgaben ist auch die Schaffung der entsprechenden Voraussetzungen und Arbeitsbedingungen, (z.B. Stundenreduzierung, Bildungsurlaub etc.) die dem größten Teil der berufstätigen Volksschullehrer die Erlangung der Magisterprüfung ermöglichen würden.52)

Die angeführten Erkenntnisse, Konzeptionen und Vorschläge können für die BRD und Polen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Sowohl in der BRD als auch in Polen ist man sich über die Bedeutung der Reform der Lehrerausbildung und über die Notwendigkeit der Weiterbildung in Fachkreisen einig.

So kann in bezug auf die Struktur der Lehrerausbildung, (z.B. volles akademisches Studium für alle, Überwindung der grundsätzlichen Unterschiede zwischen Lehrern und Berufsschullehrern, institutionalisierte Weiterbildungsmöglichkeiten und schließlich die gleichrangige Bewertung der verschiedenen Lehrerfunktionen), prinzipielle Übereinstimmung festgestellt werden.

Schon während einer internationalen Konferenz der OECD-Länder in Frankfurt am Main im Jahre 1962 wurden folgende Formen der Lehrerweiterbildung, insbesondere der Berufsschullehrer, empfohlen: Periodische Befreiung der Lehrer vom Unterricht, um Praktika in der Industrie zu ermöglichen; Veranstaltung von Kursen und Seminaren, ständige Erweiterung und Ergänzung der pädagogischen Kenntnisse usw. Wie wir sehen, ist die Übereinstimmung der Fachleute erstaunlich groß.

Im Hinblick auf unser Thema ist es aber wichtig, festzustellen, inwieweit die Meinungen der Wissenschaftler, Fachleute und der Betroffenen in die Beschlüsse der politischen Gremien einfließen und in den Entwürfen der entsprechenden Ministerien berücksichtigt werden. Wir gehen also zur zweiten Phase über, der Phase der Vorentscheidung der Entwürfe und Beschlüsse, und vergleichen die Prozesse und deren

---

52) Ebd.

Ergebnisse in beiden Ländern. Die Ausbildung und Weiterbildung der Ausbilder klammern wir zunächst aus.

Am 27. April 1972 wurde in Polen ein Gesetz in Form einer "Charta von Rechten und Pflichten des Lehrers" vom Polnischen Parlament verabschiedet.53)

Die Intention dieses Gesetzes war die eindeutige Prestigehebung des Lehrerberufes in Polen, mit dem Ziel, den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Durch dieses Gesetz sollten die Grundlagen für die grundsätzliche Reform der Lehrerausbildung geschaffen werden, insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit der Qualifikationshebung.

Neben der allgemeinen Festlegung von Aufgaben der Lehrer sollte die allgemeine Besoldungserhöhung und die Bestimmung der wöchentlichen Pflichtstunden erwähnt werden. Die Gehälter der Lehrer wurden um durchschnittlich 4o % erhöht. Die Durchführung dieser Erhöhung auf ıünf Phasen wurde festgelegt bis zum 1.9.1976.54) Die Besoldungshöhe des Einzelnen richtet sich nach dem Grad der Ausbildung und der Dienstjahre. Diese eindeutigen Verbesserungen der sozialen Lage und der Arbeitsbedingungen von Lehrern in Polen sind im Hinblick auf die grundsätzliche Bildungsreform zu sehen. Man wollte Bedingungen schaffen, die den Lehrerberuf auch für begabte, fähige Absolventen der höheren Schulen attraktiver machen sollten. Bis 1972 war die Situation häufig so, daß Schüler sich erst dann für den Lehrerberuf entschlossen hatten, wenn sie an anderen Fachbereichen wiederholt wegen unzureichender Leistungen oder wegen Platzmangels nicht aufgenommen worden waren. Die mangelnde Attraktivität des Lehrerstudiums bewirkte, daß sich z. B. auf 6o freien Plätzen zum ersten Termin nur 1o Leute meldeten.55)

Der 15. Januar 1973 kann (neben dem 13. Oktober 1973) zu den wichtigsten Daten in der Geschichte des Polnischen Schulwesens gezählt werden. An diesem Tag hat nämlich das Bildungs- und Erziehungs-

---

53) Kalendarz Nauczycielski (Lehrerkalender),1972-73,S.4o6
54) Ebd.,S.467-468
55) Zycie szkoly wyzszej (Leben der Hochschule) Nr.3-4 1973, S.72

ministerium zusammen mit dem Wissenschafts- und Hochschulministerium in Anwesenheit von Vertretern des ZK der Polnischen Arbeiterpartei und der Lehrergewerkschaften in einer gemeinsamen Sitzung prinzipielle Beschlüsse hinsichtlich der zukünftigen Lehrerausbildung und ihrer Weiterbildungsmöglichkeiten gefaßt, die in einer Zusammenfassung folgenden Inhalt haben:56)

Die Ausbildung aller Lehrer, auch der Volksschullehrer, beträgt 4 Jahre. Die Ausbildung der Lehrer für die allgemein bildenden Fächer aller Stufen findet nach einem einheitlichen System statt und wird an den Universitäten und pädagogischen Hochschulen durchgeführt; die Ausbildung der Berufsschullehrer dagegen an technischen Hochschulen, medizinischen Akademien, wobei die Vermittlung der pädagogischen Kenntnisse und Fähigkeiten gewährleistet sein muß. An den technischen und ökonomischen Hochschulen sind zwei Formen des pädagogischen Studiums vorgesehen:57)

1. Zweisemestriges Zusatzstudium (nach dem Diplom für Absolventen der technischen- und ökonomischen- und Agrarhochschulen und für berufstätige Berufsschullehrer, die nicht über ausreichende pädagogische Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen.

2. Zweijähriges pädagogisches Studium für Studenten der letzten zwei Jahre, also nach dem Vordiplom, das parallel zum gewählten Fach an der technischen Hochschule oder Hochschule für Ökonomie verläuft.

Berufstätige Lehrer, die kein volles Studium besitzen, werden je nach Ausbildungsgrad an zwei- bis vierjährigen Fernstudien teilnehmen müssen. Dieses Gesetz betrifft alle Lehrer, die mit Inkraftsetzung dieses Gesetzes das 4o. Lebensjahr nicht vollendet haben. Für die Lehrer, die das vollakademische Studium werden nachholen müssen, sind bestimmte Erleichterungen vorgesehen. Zu den wichtigsten gehören: Befreiung am Samstag und Montag vom Unterricht, Kostenerstattung für Fahrten und Unterhalt zu Wochenendseminaren und Prüfun-

---

56) Glos Nau czyciela (Die Stimme des Lehrers) vom 28.1.1973
57) "Szkola zawodwa", (Berufsschule) 73,Nr.8,S.6

gen und schließlich ein 1/2-jähriger bezahlter Bildungsurlaub.58) Die Weiterbildung aller Lehrer wird einen Pflichtcharakter haben. Die hauptsächlichen Formen der beruflichen Weiterbildung werden das Kontaktstudium, Spezialstudium und Fortbildungskurse sein. Die Weiterbildung der Lehrer, die ein akademisches Vollstudium bereits absolviert haben, müßte in Form eines Kontaktstudiums stattfinden. Dieses Studium sollte jeder Lehrer mindestens jedes 1o. Jahr erneuern. Das Ziel dieses Studiums ist die Aktualisierung des Fachwissens, des gesellschaftspolitischen und des pädagogischen Wissens. Das Kontaktstudium soll ab 1975 - 1976 eingeführt werden. Dieses waren in Kürze die wichtigsten Punkte der Beschlüsse.59)

Nach langem Hin und Her haben sich im Oktober 1972 die sozialdemokratischen Kultusminister (die CDU-Minister haben vorher diese Regelung abgelehnt) auf eine gemeinsame Lehrerausbildung geeinigt.

Das sogenannte Hamburger Abkommen sieht im wesentlichen folgende Lehrerausbildung vor:

Primärstufe:

Für das Lehramt müssen ein Fach, ein fachübergreifender Lernbereich der Grundstufe und Erziehungswissenschaften in mindestens 6 Semestern studiert werden, für das erweiterte Lehramt: Zwei Fächer, ein Lernbereich der Grundstufe, Erziehungswissenschaften von insgesamt 8 Semestern Dauer.

Sekündarstufe I:

Für das Lehramt müssen zwei Fächer und Erziehungswissenschaften in sechs Semestern, für das erweiterte Lehramt zwei Fächer, davon eines vertieft und Erziehungswissenschaften in acht Semestern studiert werden.

Sekundarstufe II:

Für das Lehramt ein Fach vertieft und Erziehungswissenschaften

---

58) Ebd.,Nr.4,S.3
59) Ebd.,Nr.4,S.3-4

sechs Semester; für das erweiterte Lehramt zwei Fächer und Erziehungswissenschaften in acht Semestern.60)

Einige Monate danach wurde von den Beauftragten der Innen- und Finanzministerkonferenz der Länder ein Arbeitspapier zur einheitlichen Lehrerbesoldung erstellt. Nach den Vorstellungen der Innen- und Finanzministerreferenten soll der Grundstufenlehrer in eine niedrigere Besoldungsgruppe einstuft werden, als die Lehrer in den anderen Stufen.61) Aufgrund dieses Papiers, das im Widerspruch zum Hamburger Abkommen der sozialdemokratischen Kultusminister steht, entstand ein Gesetzesentwurf der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen:

§ 4
Lehrämter

Es gibt folgende Lehrämter:

1. Lehramt für die Primarstufe
2. Lehramt für die Sekundarstufe I
3. Lehramt für die Sekundarstufe II
4. Lehramt für Sonderpädagogik

II. Abschnitt

Erwerb der Befähigung zu einem Lehramt

§ 5
Lehramt für die Primarstufe

(1) Wer die Befähigung zum Lehramt für die Primarstufe erwerben will, muß aufgrund eines Studiums mit einer Regelstudiendauer von sechs Semestern oder von drei Studienjahren die Erste Staatsprüfung für dieses Lehramt ablegen, einen Vorbereitungsdienst von zwölf Monaten leisten und die Zweite Staatsprüfung für dieses Lehramt ablegen.

(2) Die Befähigung zum Lehramt für die Primarstufe wird durch das

---

60) "Die Zeit", 3.Nov.1972
61) Neue deutsche Schule, Heft 9 1974,S.197

Bestehen der Zweiten Staatsprüfung für dieses Lehramt erworben.

§ 6

Lehramt für die Sekundarstufe I

(1) Wer die Befähigung zum Lehramt für die Sekundarstufe I erwerben will, muß aufgrund eines Studiums mit einer Regelstudiendauer von sechs Semestern oder von drei Studienjahren die Erste Staatsprüfung ablegen, einen Vorbereitungsdienst von achtzehn Monaten leisten und die Zweite Staatsprüfung für dieses Lehramt ablegen.

(2) Die Befähigung zum Lehramt für die Sekundarstufe I wird durch das Bestehen der Zweiten Staatsprüfung für dieses Lehramt erworben.

§ 7

Lehramt für die Sekundarstufe II

(1) Wer die Befähigung zum Lehramt für die Sekundarstufe II erwerben will, muß aufgrund eines Studiums mit einer Regelstudiendauer von acht Semestern oder von vier Studienjahren die Erste Staatsprüfung für dieses Lehramt ablegen, einen Vorbereitungsdienst von achtzehn Monaten leisten und die Zweite Staatsprüfung für dieses Lehramt ablegen.

(2) Die Befähigung zum Lehramt für die Sekundarstufe II wird durch das Bestehen der Zweiten Staatsprüfung für dieses Lehramt erworben.62)

V. Abschnitt
Fortbildung

§ 18

(1) Maßnahmen der Fortbildung sollen den Lehrer in die Lage versetzen, den sich ändernden Anforderungen seines Amtes zu entsprechen

(2) Die Verpflichtung des Lehrers zur Fortbildung umfaßt auch die Teilnahme an Veranstaltungen innerhalb unterrichtsfreier Zeiten.

---

62) Gesetzentwurf der Landesregierung - Landtag NRW - Drucksache 7/3492 vom 15.1.1974

(3) Zentrale Einrichtung des Landes für die Lehrerfortbildung ist das Landesinstitut für Schulpädagogische Bildung.

(4) Regionale Aufgaben der Lehrerfortbildung werden durch die Gesamtseminare für die Ausbildung und Fortbildung wahrgenommen.

§ 19
Erwerb zusätzlicher Qualifikationen

(1) Der Inhaber eines der in § 4 genannten Lehrämter kann im Rahmen seiner Lehramtsbefähigung zusätzliche Qualifikationen erwerben.

(2) Der Kultusminister bestimmt im Einvernehmen mit dem Innen- und Finanzminister, welche Qualifikationen erworben werden können; er erläßt die zur Ordnung der Verfahrensweise erforderlichen Verwaltungsvorschriften.

(3) Dem Inhaber eines Lehramtes, der eine zusätzliche Qualifikation erworben hat, können besondere Aufgaben zur Ausübung im Rahmen seiner Lehramtsbefähigung übertragen werden."63)

Seitens der Lehrergewerkschaft GEW und in Fachkreisen stieß dieser Entwurf auf entschiedene Kritik und Widerstand. Angesichts dieser Kritik und der Unruhe bei den Lehrern wurde folgender Vorschlag im Bildungs- und Wissenschaftsministerium ausgearbeitet.64)

Für alle drei Stufen soll ein Grundlehramt, nach dreijährigem Studium und achtzehn Monaten Vorbereitungszeit eingeführt werden. Durch ein Ergänzungsstudium von zwei Semestern können sich alle Stufenlehrer für ein erweitertes Lehramt qualifizieren. Während das Grundlehramt nach A 12 + 1oo,-- DM und einem Ortszuschlag wie im höheren Dienst eingestuft wird, hat der Kandidat für das erweiterte Lehramt auf ein A 13-Gehalt mit einer Regelbeförderung nach A 14 Anspruch.

Der verhältnismäßig lange Entscheidungsprozeß, (die Diskussion über die neue Lehrerausbildung wird in der Bundesrepublik schon seit 1969 geführt), mangelnde Koordination zwischen Kultusminister, Finanz-

---

63) Ebd.,S.8/9
64) Spiegel,Nr.47,1973

und Innenminister, die Abhängigkeit der Beschlüsse der Landesregierung in bezug auf die neue Lehrerausbildung von den Vorstellungen der Innenminister und Finanzminister, das Fehlen an konkreten Beschlüssen über eine Regelung der Weiterbildung, und die Nichtberücksichtigung der Pädagogen im Elementarbereich, sind die besonderen Merkmale der Entwürfe der Ministerialbürokratie und die Beschlüsse einiger Landesregierungen über die neue Struktur der Lehrerausbildung.

Angesichts der Tendenz, die Ausbildung des Einzelnen, bei Sicherung der systematischen Weiterbildung, zu verkürzen, ist die Verkürzung des Lehrerstudiums (Grundstudium) sehr fragwürdig, insbesondere im Hinblick auf die Qualifikationshebung der Schüler (und die Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit). Damit ist zwangsläufig eine Diskriminierung der Grundschullehrer und folglich der Grundschule überhaupt verbunden. Darunter können insbesondere die Kinder aus den breiten Schichten der Arbeitnehmer leiden, die zum Ausgleich von sozial bedingten Nachteilen auf eine leistungsfähige und begabungsfördernde Grundschule angewiesen sind.

Wenn wir jetzt einen Vergleich zwischen den beiden Ländern ziehen, dann besteht der grundlegende Unterschied in der graduellen Diskrepanz zwischen den Vorschlägen, Konzeptionen, Plänen der Fachverbände, Bildungspolitiker und Wissenschaftler einerseits und den politischen Vorentscheidungen und Beschlüssen andererseits. Wir wir gesehen haben, besteht kaum ein wesentlicher Unterschied zwischen den Gedanken von Krawcewicz, Wolczyk, den Forderungen der Lehrergewerkschaft einerseits und den Beschlüssen der politischen Gremien in Polen andererseits. Dagegen ist die Diskrepanz zwischen den Vorschlägen der Wissenschaftler, Fachleute und der Parteien (SPD und FDP), den Forderungen der GEW einerseits und den Entwürfen der Ministerien und der Mehrheit der Zwölferkommission in der BRD andererseits erheblich. Die seit Jahren von Pädagogen, Wissenschaftlern und Bildungspolitikern geforderte grundsätzliche Gleichbewertung aller Lehrer und die Notwendigkeit ihrer permanenten Weiterbildung wird von den entscheidenden politischen und administrativen Stellen nicht genügend berücksichtigt, ja nicht selten unterlaufen. Auf die Ursachen dieses grundlegenden Unterschiedes werden wir noch im letzten

Abschnitt dieser Arbeit eingehen. An dieser Stelle sollten aber noch die einzelnen Unterschiede herausgestellt werden:

I. Allgemeine Konzeption

Volksrepublik Polen

1. Verabschiedung eines gesamten Konzeptes der Lehrerausbildung, (Ausbildung, Fortbildung, Weiterbildung) durch die politischen Gremien.

Bundesrepublik Deutschland

1. Nichtvorhandensein eines gesamten Konzeptes der Lehrerausbildung,(das auch konkret die Fortbildung und Weiterbildung der Lehrer einschließen und vor allem beides aufeinander abstimmen würde) bei administrativen Stellen und politischen Gremien.

II. Ausbildungsstruktur der Lehrer in VR Polen

2. Gleichbewertung aller Stufenlehrer vom Primarbereich bis zur Sekundarstufe II der Basis eines Grundstudiums von 4 Jahren. Die Struktur der Ausbildung der Erzieher und der Werkstattausbilder ist zunächst noch nicht konkretisiert worden.

Bundesrepublik Deutschland

2. Keine Gleichbewertung der Stufenlehrer, (unterschiedliche Ausbildungsdauer der jeweiligen Lehrer für die jeweiligen Stufen).65)

III. Weiterbildungsstruktur der Lehrer

Volksrepublik Polen

3. Institutionalisierung der Weiterbildung, Einführung des Kontaktstudiums für alle Lehrer - im Abstand von mindestens 1o Jahren.

---

65) Abgesehen vom Land Bremen. Alle Lehrer, die in Bremen ausgebildet werden, sollen künftig gleichermaßen 4 J. an der Universität studieren und anschliessend ein Vorbereitungsjahr von 1 - 1 1/2 Jahren absolvieren. Am 26.6.74 hat die Bremer Bürgerschaft mit den Stimmen der SPD u. FDP diesen Entwurf verabschiedet. "Erziehung u. Wissenschaft" Nr. 8 1974,S.1

Bundesrepublik Deutschland
3. Noch keine Konkretisierung

Für die Ausbildungsstruktur der Ausbilder, ihre Inhalte und ihre Weiterbildungsmöglichkeiten sind Umschulungsfähigkeit, Flexibilität, Beherrschung der neuen Technologien, Arbeitsmoral, Kritikfähigkeit und die Vermittlung gesellschaftlicher Mündigkeit von großer Bedeutung. In der Behandlung dieser Frage können wir nicht nach dem bisher verfolgten Arbeitsschema verfahren, - wie bei den Lehrern - weil die Fragen der Ausbildungsreformen der Ausbilder über das Stadium der wissenschaftlichen Überlegungn, (Vorschläge der Berufsbildungsforscher), und der unverbindlichen und allgemeinen Zielvorstellung der Politiker bisher noch nicht hinausgekommen sind.
Zur Zeit gibt es keine einheitliche Ausbildung der Ausbilder in der BRD: "Es besteht Übereinstimmung darüber, daß das Qualifikationsniveau der Ausbilder von entscheidender Bedeutung für den Erfolg und die Qualität der betrieblichen Ausbildung ist. Trotz bereits bestehender Fortbildungsmöglichkeiten für Ausbilder, zum Beispiel im Rahmen von Lehrgängen und Seminaren der Kammern, muß die Ausbildung der Ausbilder in Zukunft wesentlich verbessert werden und sich neben den beruflichen Kenntnissen und Fertigkeiten besonders auf arbeits- und berufspädagogische Kenntnisse beziehen.

In diesem Zusammenhang sind Einzelergebnisse aus einer Untersuchung aufschlußreich, die das Kölner Institut für Empirische Sozialforschung, Informatik und angewandte Kybernetik im Auftrage der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz zur Situation der beruflichen Bildung in diesem Land vorgelegt hat. Danach hält die Mehrzahl der Ausbilder eine besondere Ausbildung für notwendig. Zwar kennen 80 % der Ausbilder das Jugendarbeitsschutzgesetz, jedoch nur wenige das Berufsbildungsgesetz. Mehr als einem Drittel der Ausbilder sind die Ordnungsmittel für den Ausbildungsberuf nicht bekannt; jeder fünfte Ausbilder gibt an, zu wenig Zeit für die von ihm betreuten Auszubildenden zu haben.

Hinsichtlich der beruflichen Ausbildung der Stellung im Betrieb gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen von Ausbildern. Die Spannweite reicht vom hauptamtlichen Lehrlingsbetreu

im Produktions- und Verwaltungsbereich eines Unternehmens.Sie umfaßt den Ausbildungsleiter ebenso wie den jungen Facharbeiter in der Industrie oder den Sachbearbeiter im kaufmännisch-verwalteten Bereich.

Auszubildende werden gegenwärtig überwiegend von Personen angeleitet, die für eine fachlich-pädagogische Funktion nicht speziell ausgebildet sind. Die meisten Auszubildenden werden von nebenamtlichen Ausbildern ausgebildet, die infolge ihrer sonstigen Tätigkeit häufig nicht genügend Zeit finden, die Auszubildenden ausreichend anzuleiten."66)

Da die überwiegende Mehrheit der Ausbilder keine pädagogischen und psychologischen Kenntnisse besitzt, ist von der Bundesregierung am 2o.4.1972 Ausbildungseignungsverordnung erlassen worden. Die Ausbildungseignungsverordnung nennt in § 2 die Sachgebiete, die in der Ausbildung der Ausbilder vermittelt werden sollen. Es sind folgende Bereiche:

I.

Grundfragen der Berufsausbildung
Grundfragen der Planung und Durchführung der Ausbildung
Grundfragen der Ausbildungsordnung und ihre Elemente
Grundfragen der didaktischen Ausarbeitung von Ausbildungsinhalten und Zusammenarbeit mit der Berufsschule.

II.

Die Jugendlichen in der Ausbildung:
Grundlegende jugendpsychologische und betriebssoziologische Kenntnisse.

III.

Rechtsgrundlagen:
Grundgesetz
Berufsbildungsgesetz
Jugendarbeitsschutzgesetz

---

66) Berusbildungsbericht - Senat der Freien und Hansestadt Hamburg

Betriebsverfassungsgesetz und andere Rechtsvorschläge.67)

"Nach der Ausbildungseignungsverordnung müssen diese Kenntnisse innerhalb von drei Jahren von den Ausbildern in einer Prüfung nachgewiesen werden. Als Übergangsregelung sieht der Paragraph der Ausbildungseignungsverordnung vor, daß diejenigen Personen, die in den letzten 1o Jahren vor Inkrafttreten der Verordnung ohne wesentliche Unterbrechung und Beanstandung ausgebildet haben und nachweisen können, daß sie die erforderlichen Kenntnisse besitzen, die nach der Verordnung erforderliche Prüfung nicht mehr abzulegen brauchen."68) Die Zahl der Lehrlingsausbilder schätzt man auf 25o.ooo.69) Rund 5o.ooo Lehrlingsausbilder sollten nach Schätzungen der Sachkenner mit dem 1 1/2-jährigen Kurs beginnen. Bis zum 15. Januar 1973 meldeten sich aber, wie das Wissenschaftsministerium zugab, erst 5.ooo Teilnehmer. Die Zahl der Teilnehmer wuchs bis Mai 1973 auf 12.ooo an, wie die Frankfurter Rundschau im Mai 1973 berichtete. Die Gründe und Ursachen für diesen mißlichen Zustand liegen auf der Hand.

Großzügige Ausnahmeregelungen, Unklarheit darüber, wer eigentlich von dieser Regelung betroffen ist, sind die vordergründigen Ursachen dieses Zustandes. Um die tatsächlichen Ursachen der geringen Beteiligung der Ausbilder an dem Medienkurs zu ergründen, müßte die Frage nach den Motivationen der Teilnahme an Fortbildungskursen geklärt werden. Leider wird in den vorhandenen Untersuchungen, z.B. von Christian Brinkmann, K. Gottwald und Lothar Schuster "Die berufliche Fortbildung männlicher Erwerbspersonen" diese Frage beinahe ausgeklammert. Die Autoren sind sich dessen auch bewußt, wenn sie schreiben: "Wie bereits erwähnt, ist die hier vorliegende Berufsverlaufuntersuchung keine spezielle Fortbildungsuntersuchung, so daß ein ganz wesentlicher Komplex des hier behandelten Themas, die Weiterbildungsmotivation weitgehend ausgeklammert werden muß."7o)

---

67) Ebd.,S. 73 und 74
68) Ebd.,S. 74
69) Informationen des Bildungsministers f. Bildung und Wissenschaft Nr.1 1973,S.4
7o) Ch.Brinkmann, K.Gottwald, L.Schuster "Die berufliche Fortbildung männl. Erwerbspersonen"aus Mitteilungen zum Arbeitsmarkt u. Berufsforschung, Nr.2,1972,S.4

Das gilt nicht nur für diese Untersuchung, wie die Autoren anmerken. Da die Untersuchungen von Kunz 71) nur auf die Akademiker beschränkt wurde und deshalb die Ergebnisse auf den Fall der Ausbilder nicht übertragbar sind, bleibt uns nichts anderes übrig, als einige Hypothesen aufzustellen. Im allgemeinen kann behauptet werden, daß ein nicht geringer Prozentsatz der Teilnehmer an Fortbildungskursen die Kurse wegen finanzieller Verbesserungsmöglichkeiten, möglichen Prestigegewinns oder Beibehaltung der augenblicklichen Stellung besuchen. Wenn wir diese Motivationsvermutungen auf die Ausbilder übertragen, so muß gefragt werden, ob die Teilnahme am Medienkurs eine finanzielle Verbesserung mit sich gebracht hätte, oder eine Nichtteilnahme einen Verzicht auf die Stellung eines Lehrlingsausbilders, und ob dies darüberhinaus auch noch für manchen finanzielle Einbußen bedeutet hätte. Alles aufgeführte läßt sich wahrscheinlich verneinen. Darüberhinaus wäre wichtig festzustellen, inwieweit Arbeitgeber oder Vorgesetzte in Betrieben die Ausbilder zur Teilnahme an diesem Medienkurs angeregt haben. Aus der Untersuchung von Christian Brinkmann 72) geht nämlich hervor, daß 54,6 % Angestellte, Meister und Vorarbeiter auf Anregung der Arbeitgeber, - (in den meisten Fällen, insbesondere in Großbetrieben, sind damit die Vorgesetzten gemeint, die aber im Interesse der Arbeitgeber handeln), - an einem Fortbildungskurs teilgenommen hätten. Demnach muß wohl die subjektiv motivierte Teilnahme an Weiterbildungskursen auch objektive Merkmale tragen. Mit anderen Worten ist der Arbeitgeber unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Wachstums und der Produktivitätserweiterung an Weiterbildungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer interessiert; im Falle der Weiterbildung der Ausbilder allerdings ist das Interesse der Kapitaleigner gering, weil die Qualifikationshebung der Ausbilder, (insbesondere die pädagogische), keine kurzfristigen und unmittelbaren Produktivitätssteigerungen verspricht. Daher auch die Zurückhaltung der Wirtschaft in bezug auf die Weiterbildung der Ausbilder. Es besteht Verdacht, daß die Bundesregierung aus diesen Gründen bewußt nach Kompromissen sucht, um die Industrie nicht allzusehr zu belasten.

---

71) M.Kunz "Zur Soziologie der Akademiker" Stuttgart 1973
72) C.Brinkmann,K.Gottwald,L.Schuster - Mitteilungen-

Was die Vorstellungen und Konzeptionen über die Reform der Ausbildung der Ausbilder angeht, so steht die Forschung in der BundesrepublikDeutschland über diesen Fragenkomplex noch in den Anfängen. Die Projekte zu diesem Thema befinden sich erst im Anfangsstadium und sind über die Erhebung der Bestandsaufnahme noch nicht weit hinausgekommen, wie z.B. die Untersuchung von Peege,73) die einen Zwischenbericht bildet, der als Vorleistung zu einer mehrjährigen Gesamtuntersuchung anzusehen ist. Die Vorstellungen, die bisher geäußert wurden, besitzen deswegen zwangsläufig einen ziemlich allgemeinen Charakter. Hier einige Beispiele dafür: "Sehr ernst ist die Frage zu prüfen, ob allgemein zugängliche Ausbildungsgänge für Ausbilder eingerichtet und dann vielleicht auch durch Mittel der Allgemeinheit finanziert werden sollen, in ähnlicher Weise, wie heute jeder, der will und gewisse Voraussetzung erfüllt, Berufsschullehrer werden kann. In einem solchen Ausbildungsgang kann sicherlich das nötige Wissen und auch das pädagogische Wissen vermittelt werden."74) Diese Sätze wurden auf dem Kongreß des Kuratoriums der Deutschen Wissenschaft für Berufsausbildung im Arbeitskreis "Aufgaben und Stellung des Ausbilders im Betrieb" geäußert. In dem Berufsbildungsbericht des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg von 1972 steht zu dieser Frage folgendes: "Gegenwärtig wird überlegt, ob es sinnvoller ist, auf beruflicher Teilfunktion hin auszubilden, also auf eine Spezialisierung der Meisterfunktion hinzuwirken. Wer z. B. eine Tätigkeit als Ausbilder anstrebt, hätte so die Möglichkeit, sich stärker auf den Erwerb der dafür erforderlichen Kenntnisse zu konzentrieren. Andere Reformvorstellungen des Handwerks zielen auf eine Stufenausbildung. Die erste Stufe führt zur Qualifikation des Fachmeisters..Nach dieser Grundstufe kann zwischen der Ausbildung zum Ausbildungsmeister oder zum Betriebsmeister gewählt werden. Im Rahmen der Ausbildung zum Ausbildungsmeister werden die berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse vertieft und erweitert.75) "Für die Ausbilder müssen ausreichende Möglichkeiten zu

---

73) J.Peege "Vorstellungen und Konzeptionen über die berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse der Ausbilder in kaufmännischen Betrieben" 1973

74) "Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft" Kongreßbericht München 2o./21.1.1972,S.69

75) Berufsbildungsbericht Hamburg 1972,S.74-75

ihrer Ausbildung in Verbindung bis Ausbildungseinrichtungen für andere Pädagogen geschaffen werden. Damit sie ihre beruflichen Aufgaben erfüllen können, sind sie zu einer ständigen Fortbildung zu verpflichten, ihnen ist nach fünf Berufsjahren jeweils ein Kontaktstudium von der Dauer eines Semesters, sowie die Teilnahme an Praktika und an Fachlehrgängen vorzuschreiben."76)

Am 15. November 1973 verabschiedete die Bundesregierung die Markierungspunkte zur Neuordnung der beruflichen Bildung. Hinsichtlich des Ausbildungspersonals ist folgendes auf den Seiten 17 und 18 zu lesen: "Die Position des Ausbilders im Betrieb und seine eigenständige Verantwortung für die Ausbildung sind zu stärken. Die berufspädagogische und fachliche Eignung ist nachzuweisen. Staatliche Ausbildungsprüfungen werden eingeführt. Eine ausreichende Zahl von fachlich und berufspädagogisch qualifizierten Lehrern, Werkstattlehrern und Ausbildern ist eine entscheidende Voraussetzung für die Qualität der Berufsausbildung. Die innerbetriebliche Stellung des Ausbilders hinsichtlich einer Ausbildertätigkeit muß ausgebaut, seine Rechte müssen konkretisiert werden, um seine fachliche und pädagogische Kompetenz für die Ausbildung sicherstellen zu können. Es sind Voraussetzungen zu schaffen, die es ermöglichen, für alle Ausbilder Fortbildungsangebote zu machen und danach die ständige Fortbildung der Ausbilder zu regeln. Die Mindestanforderungen an die berufspädagogische, fachliche und persönliche Eignung des Ausbildungspersonals in allen Bereichen der außerschulischen Berufsausbildung sind unter Berücksichtigung der Anforderung der einzelnen Lernorte nach einheitlichen Grundsätzen gesetzlich zu regeln. Ausbildungsgang, Berufungsinhalte und Prüfungsverfahren werden für die Ausbilder durch Rechtsverordnung geregelt. Dabei ist darauf zu achten daß Regelungen getroffen werden, die den Einsatz geeigneter Praktiker ermöglichen und fördern."77)

Am 2o. Februar 1974 wurde eine neue Fassung des Referentenentwurfs zum Berufsbildungsgesetz (BBiG) vorgelegt (nicht öffentlich). Bezüg-

---

76) Ebd.,S.74-75
77) "Grundsätze zur Neuordnung der beruflichen Bildung" Bonn, Nov.1973,S.1

lich des Ausbildungspersonals ist unter anderem in folgendem zu lesen:

§ 23
Eignungsgrundsatz

Berufsbildung, die in einer Ausbildungsordnung geregelt ist, darf nur durchführen, wer persönlich, fachlich und pädagogisch geeignet ist. (Ausbilder)

§ 24
Persönliche Eignung

Persönlich nicht geeignet ist, wer Kinder oder Jugendliche nicht beschäftigen darf, oder wer schwer oder wiederholt gegen dieses Gesetz oder die aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften zum Schutze von Jugendlichen verstoßen hat.

§ 25
Fachliche u. pädagogische Eignung

Fachlich und pädagogisch geeignet ist,

1. wer die Ausbilderprüfung bestanden hat,

2. wer die handwerkliche Meisterprüfung bestanden hat,

3. wer eine sonstige Meisterprüfung bestanden hat,

b) die der Ausbilderprüfung entspricht oder

4. wem die Eignung zuerkannt worden ist.

§ 26
Ausbilderprüfung

(1) Zum Nachweis der fachlichen Eignung und der pädagogischen Eignung sind Ausbilderprüfungen durchzuführen.

(2) Zur Ausbilderprüfung ist zuzulassen, wer eine Ausbilderprüfung nach § 27 abgeschlossen hat oder wer durch Vorlage von Zeugnissen oder auf andere Weise dartut, daß er die Prüfungsanforderungen voraussichtlich erfüllen wird.

§ 27
Ausbilderausbildung

(1) Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft kann im Einvernehmen mit dem fachlich beteiligten Bundesminister zur Vorbereitung auf die Ausbilderprüfungen durch Rechtsverordnung den Inhalt die Dauer und die Form einer fachlichen und einer pädagogischen Ausbilderausbildung näher regeln.

(2) Die §§ 19 bis 22 und die §§ 31 und 32 gelten entsprechend.

§ 28
Zuerkennung der Eignung

Die fachliche und die pädagogische Eignung können Personen zuerkannt werden, die diese Eignung auf andere Weise als nach § 25 Nr. 1 - 3, insbesondere durch eine Schulprüfung, eine andere staatliche Prüfung oder eine Hochschulprüfung nachgewiesen haben. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft kann durch Rechtsverordnung bestimmen, in welchen Fällen und durch welche Prüfungen die Eignung als nachgewiesen gilt."

§ 29
Anerkennung der Eignung

Führt ein Ausbilder die Berufsausbildung nicht ordnungsgemäß durch, kann ihm die fachliche oder die pädagogische Eignung (§ 25) aberkannt werden. § 21 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 30
Sonstige Personen

(1) Wer persönlich geeignet ist, darf ohne selbst Ausbilder zu sein, unter der Verantwortung des Ausbilders bei der Durchführung der Berufsausbildung mitwirken, wenn er mindestens einen entsprechenden Berufsausbildungsabschluß besitzt.

(2) Wer wegen seiner beruflichen Tätigkeit in der Ausbildungsstätte gelegentlich und in nicht wesentlichem Umfang Hilfsaufgaben von einem Ausbilder übertragen erhält, wirkt im Sinne des Absatzes 1

nicht bei der Durchführung der Berufsausbildung mit.

Im Gegensatz zur BRD besteht in der VR Polen eine relativ einheitliche Ausbildung der Ausbilder. Die systematische Ausbildung der Ausbilder findet seit 1965 in pädagogisch-technischen Schulen, (eine pädagogische Fachhochschule), statt. Im Hinblick auf die neue Reform des Schulwesens, (verabschiedet am 12.1o.73) werden wohl auch die pädagogisch-technischen Hochschulen eine neue Struktur bekommen. Eine genaue Vorstellung darüber, wie sie auszusehen hat, besteht in Polen noch nicht.

Aufgrund des Erlasses des Bildungsministeriums vom 12.4.1972 78) können in Polen folgende Personen als Ausbilder tätig sein:

1. Berufsschulabsolventen mit einem Meisterbrief

2. Absolventen einer Fachschule, die anschließend eine 3-jährige nichtpädagogische Berufstätigkeit nachweisen können.

3. Absolventen von Fachhochschulen, die entsprechende Berufstätigkeit in der Produktion nachweisen können.

4. Absolventen von Lehrerinstituten, die ein einjähriges Praktikum in der Produktion nachweisen können.

5. Personen, die über eine entsprechende Fachqualifikation verfügen und nach fünfjähriger Berufspraxis eine Prüfung ablegen, die zur Ausübung des Ausbilderberufs berechtigt.79)

In Polen werden also die Lehrlinge sowohl in Betrieben als auch in überbetrieblichen Werkstätten ausgebildet. Diese Tatsache führte dazu, daß der überwiegende Teil der Ausbilder, (Instrukteure für die praktische Lehre),8o) die in Betrieben tätig sind, über keine

---

78) Organizacja Szkalnictwa w P.L. (Die Organisation des Schulwesen in VR Polen)" Warschau 1972,S.2o6

79) Ebd.,S.2o7/2o8

8o) Sosnowski "Materialy do dzialalnosci wychowacze zaklado pracy" ("Materialien über Erziehungsfunktion des Betriebes") Warschau 1971,S.194

pädagogischen Qualifikationen verfügt.81) Die Zahl der Absolventen der Lehrinstitute ist jedoch viel zu gering,82) um den Bedarf an Ausbilder zu decken.

"Die Frage der Weiterbildung insbesondere der fachpädagogischen Weiterbildung kommt für die berufstätigen Ausbilder immer mehr in Betracht. Diese Frage muß auch hinsichtlich der Umgestaltung der industriepädagogischen Technika in pädagogische-technische Hochschulen gesehen werden."83)

Darüberhinaus muß diese Frage auch unter dem Gesichtspunkt der sozialen Chancengleichheit der Lehrlinge gesehen werden. Da die Bildungsinhalte in den pädagogisch-technischen Hochschulen insbesondere in den pädagogischen und gesellschaftlichen Fächern hohes Niveau haben, wird der Qualifikationsunterschied zwischen den in Betrieben tätigen Ausbildern und den neuen Absolventen der pädagogisch-technischen Hochschulen immer größer, was sich langfristig negativ auf die Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit der Lehrlinge auswirken könnte. Die pädagogischen Qualifikationen sollen, wie in der BRD, in entsprechenden Kursen nachgeholt werden. Mangels statistischen Materials aus Polen über diese Fragen muß auf entsprechende Hinweise verzichtet werden.

Der allgemeine Zustand in diesem Bereich wird aber von Wiatrowski mit folgenden Worten charakterisiert: "Aus der allgemeinen Übersicht des Bedarfs an Ausbildern (2o.ooo zusätzlich bis 199o) und über die Ausbildung der Ausbilder geht hervor, daß wir einerseits in diesem Bereich sehr viel zu tun haben, andererseits wie bisher sehr wenig tun."84) Die Beurteilung durch Wiatrowski findet in einem Artikel von Dobrowolska in der "Trybuna Ludu" vom 5.12.73 ihre Bestätigung. Wie schon erwähnt, werden die Lehrlinge in Polen sowohl in zentralisierten überbetrieblichen Werkstätten als auch in einzelnen Großbetrieben ausgebildet. Die ausgebildeten Ausbilder werden überwiegend in den überbetrieblichen Werkstätten eingesetzt; in den Betrie-

---

81) Ebd.,S.195
82) "Die Organisation des Schulwesens in der VR Polen",Warschau 1972, S.2o8
83) Siehe Fußnote 58)
84) Wiatrowski "Szkola zawadowa" (Berufsschule) Juni 1973,S.23

dagegen verfügt die Mehrheit der Ausbilder häufig nicht über die erforderlichen pädagogischen Qualifikationen. Darüberhinaus wirkt sich noch eine Tatsache auf die Qualifikation der Ausbildung der Lehrlinge in Betrieben negativ aus:
In den Jahren 1971 und 1972 wurde ein neues Lohnsystem eingeführt, das zur effektiven Arbeit und Leistungssteigerung einen materiellen Anreiz geben sollte. Der Erlaß des Ministerrates Nr. 28 von 1971 und Nr. 23 von 1972 85) gibt den Direktoren der einzelnen Betriebe größere Freiheit, über die finanziellen Mittel zu bestimmen. Sie können die Löhne bestimmter Gruppen der Arbeiter und Angestellten erhöhen. Im Rahmen dieses Erlasses können die Direktoren mit Zustimmung des Betriebsrates, Arbeitern, die hohe Arbeitsproduktivität aufweisen, Sonderprämien zuteilen, oder sie in höhere Lohnstufen eingliedern. Wie die Zuwachsraten des Jahres 1972 und 1973 zeigen, (das Nettosozialprodukt stieg im Jahre 1973 im Vergleich zu 1972 um 1o %), 86) hat sich das neue Prämiensystem im Bezug auf die Arbeitsproduktivitätssteigerung ausgezahlt. In bezug auf die Ausbildung der Lehrlinge jedoch wirkt sich das neue Lohnsystem ungünstig aus. Wie Dobrowolska berichtet, 87) haben im Jahre 1973 61 von 72 Betrieben im Bezirk Kattowitz abgelehnt, ihre Spezialisten als Ausbilder zur Verfügung zu stellen. Dieses Beispiel zeigt einen Interessenkonflikt auf, und zwar zwischen materiellen Interessen der Belegschaft, (die sich mit mittelfristigen Interessen des Betriebes, nämlich der Produktionssteigerung, decken), einerseits, und langfristigen Zielen der Gesamtwirtschaft und der Gesellschaft, die Qualifikationsstruktur ihrer zukünftigen Arbeitskräfte zu heben, andererseits. Auf eine andere Ebene übertragen, ist dies ein Zielkonflikt zwischen kurzfristiger Erzielung von wirtschaftlichem Wachstum und langfristiger Sicherung wirtschaftlicher Produktivität.

So wie in der Bundesrepublik das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung gegründet wurde, (1971) so gründete man in der Volksrepublik Polen 1972 das Institut für Berufsbildungswesen.

---

85) Politika Gospodarcza w PL ("Die Wirtschaftspolitik der VR Polen") Warschau 72, S.219
86) "Trybuna Ludu" vom 25.1.1974
87) Dobrowolska "Trybuna Ludu" vom 5.12.1973

Ein Mitarbeiter dieses Institutes, der oben erwähnte Wiatrowski, veröffentlichte in der Juni-Nummer 1973 in der Zeitschrift "Berufsschule" einige Vorschläge hinsichtlich der Aus- und Weiterbildung der Ausbilder.

"Bei Entwicklung von Modellen für die Aus- und Weiterbildung der Berufsschullehrer im allgemeinen, und der Ausbilder im besonderen, gehen wir von folgenden allgemeinen Annahmen aus:

1. Die Notwendigkeit der Aufhebung der Unterteilung bei Berufsschullehrern in Fachlehrer für die theoretischen Fächer und in Ausbilder.

2. Die Notwendigkeit, die Ausbildungszeit für die Berufsschullehrer zu verlängern.

3. Die Notwendigkeit während der Ausbildung folgende Inhalte zu vermitteln:

a) Fachliche - die den neuesten Stand der technologischen Entwicklung berücksichtigen.

b) Pädagogische - mit besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftspädagogik

c) Gesellschaftspolitische" 88)

In weiteren Ausführungen schlägt Wiatrowski eine neue Ausbildungsstruktur für die Berufsschullehrer vor. Das Studium sollte an einem wirtschafts-pädagogischen, technisch-pädagogischen oder agrarpädagogischen Institut aufgenommen werden, wobei es in der Regel sechs Jahre dauern und in zwei in sich abgeschlossenen Phasen durchgeführt werden sollte. Die Voraussetzung für die Zulassung sollte der Abschluß einer Fachschule sein.

Der Grundgedanke von Wiatrowski ist also die Schaffung eines neuen Typus von Berufsschullehrern, der die Funktion und Fähigkeiten des Berufsfachschullehrers als auch des Ausbilders vereinigt. Was die

---

88) Wiatrowski "Die Berufsschule" Jun.73,S.23

Weiterbildung der Ausbilder angeht, so schlägt Wiatrowski im Prinzip das gleiche Modell vor, wie das für die Lehrer am 15.1.1973 beschlossen wurde. Das heißt, daß alle Ausbilder, die über keine höhere Ausbildung und pädagogische Qualifikationen verfügen, und noch nicht das fünfzigste Lebensjahr vollendet haben, in Fern- und Medienkursen diese Kenntnisse nachholen müßten. Darüberhinaus sollten den ausreichend ausgebildeten Ausbildern die Möglichkeit gegeben werden, in pflichtmäßigen Seminaren und Praktiken mit dem neuesten Stand der Technologie vertraut gemacht zu werden.

Im Vergleich zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD ist zusammenfassend folgendes festzuhalten:

1. Obwohl es in Polen eine einheitliche Ausbildung der Ausbilder gibt - im Gegensatz zur BRD -, ist die Zahl der zufriedenstellend Ausgebildeten jedoch viel zu gering, um den Bedarf an Ausbildern zu decken, so daß auch eine beträchtliche Zahl der Ausbilder ohne ausreichende wirtschaftspädagogische und befriedigende fachliche Kenntnisse als Ausbilder tätig sind.

2. Obgleich zur Zeit in der BRD im Gegensatz zur VR Polen schon ein zentraler Bildungskurs im Medienverbund durchgeführt wird, ändert sich wegen der geringen Beteiligung an dem augenblicklichen Zustand nichts Wesentliches. Das bedeutet, daß die augenblickliche Situation der Lehrlinge im Hinblick auf ihre Betreuung durch qualifizierte Ausbilder in den Betrieben keine wesentlichen Unterschiede in beiden Ländern aufweist.

3. Sowohl in der BRD als auch in der VR Polen fehlt es nicht an Vorschlägen und Empfehlungen zu einer grundsätzlichen Reform der Ausbildung von Ausbildern, obgleich die Vorschläge noch sehr allgemeinen Charakter haben - mit Ausnahme der Ausführungen von Wiatrowski.89)

Im letzten Kapitel der Arbeit gilt es, die Ursachen für die Diskre-

---

89) Die Vorschläge von Wiatrowski sind die weitgehendsten und radikalsten. Sie laufen darauf hinaus, die Trennung zwischen Berufsschullehrern (für fachspezifische Fächer) und den Ausbildern aufzuheben, und die Ausbildung eines neuen Typus von Fachlehrern - Ingenieurpädagoge - in die Ausbildung der Pädagogen zu intregieren.

panz zwischen den Konzeptionen und Plänen der Fachleute und Parteien (SPD, FDP u. DGB), hinsichtlich der Struktur der Ausbildung der Lehrer einerseits und den letzten Entwürfen der Ministerialbürokratie und den Beschlüssen der jeweiligen Landesregierungen in der BRD andererseits aufzuspüren. Die Frage lautet mit anderen Worten, warum die Erkenntnisse der Wissenschaft und die Forderungen der Gewerkschaft, der SPD, und zum größten Teil der FDP in bezug auf die Struktur der Lehrerausbildung und ihrer Weiterbildungsmöglichkeiten in einem so geringen Maße in die Entwürfe der Ministerialbürokratie und in die Beschlüsse der Regierung einfließen. Darüberhinaus wäre die Frage zu klären, inwieweit die Faktoren "Qualifikation der Arbeitskraft" und "Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit" in den Entwürfen und Beschlüssen berücksichtigt und aufeinander bezogen werden. Ferner gilt es, die Umsetzungschancen der politischen Beschlüsse in der VR Polen bezüglich des Bildungswesens auszuloten. Schließlich wird eine Bewertung der in der VR Polen verabschiedeten Schulreform auf dem Hintergrund des Anspruchs der Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit und der Qualitätssteigerung der Arbeitskraft vorgenommen.

## V Chancen der Realisierung der Reformpläne in der BRD und in der VR Polen auf dem Hintergrund des Postulates nach "Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit" und der Notwendigkeit der Erhöhung der Qualifikation der Arbeitskraft.

Bevor die aufgestellten Fragen jedoch beantwortet werden können, müssen die Begriffe "soziale Chancengleichheit" und die "Qualifikation der Gesamtarbeitskraft" geklärt werden. Es kann davon ausgegangen werden, daß die "Startchancengleichheit" eine sehr wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung der "sozialen Chancengleichheit" ist. Aufgrund der vorliegenden Untersuchungen z.B. von Basil Bernstein, Pierre Bourdieu und Jean-Claude Passeron 1) kann behauptet werden, das Kinder aus Arbeiter- und Bauernschichten und aus kleinbürgerlichem Milieu in ihrer Begabungsentwicklung eindeutig gegenüber den Kindern aus der Bildungsmittelschicht und aus der Oberschicht benachteiligt sind. Anhand der o.g. Untersuchungen lassen sich auch die Ursachen der Begabungsunterschiede bestimmen. Sie sind auf folgende Faktoren zurückzuführen:

a) Art der Sprache
b) Erziehungspraktiken
c) Materielle Möglichkeiten des Elternhauses

Sehr wesentlich für die geistige Formung des Kindes ist die Sprache. Die Wichtigkeit der Sprache und ihre Funktion für die Begabungsentwicklung der Kinder untersuchte eingehend Basil Bernstein. In seiner Analyse ist er zu folgendem Schluß gekommen: "Soziokulturelle Einflüsse können das Niveau der funktionalen Fähigkeiten und Leistungen durch den Erwerb oder Verlust sprachlicher Geschicklichkeiten entscheidend beeinflussen."1a) Daß der Verlust der sprachlichen Geschicklichkeit weitgehend die Arbeiter- und Bauernkinder betrifft und starke negative Auswirkungen auf ihre Begabungsentwicklung hat, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden.

---

1) P.Bourdieu,J.Passeron, "Die Illusion der Chachengleichheit", Stuttgart 1971
1a)Basil Bernstein, "Sozio-kulturelle Determinanten des Lernens" aus "Soziologie der Schule",Nr.4,S.72

Von großer Bedeutung für die Fähigkeitsentwicklung und die Verhaltensweisen scheint die Erziehungsart der Kinder zu sein. "Bronfenbrenner" bietet eine ausgezeichnete Analye der Erziehungspraktik: Aus dieser Arbeit ergibt sich ein allgemeines Muster, demgemäß die Mittelklasse eine dulsamere Haltung gegenüber den vom Kind ausgedrückten Bedürfnissen und Wünschen zeigt; gleichzeitig legt sie Standard- und Aspirationsniveaus fest, die auf beruflichen Erfolg und auf hohe Schulleistung ausgerichtet sind. Von größter Wichtigkeit ist das Ziel der mittelständischen Familie, das in der Entwicklung von individualisierten Werten und Kontrollen zum Ausdruck kommt"1b). Aus diesen Gründen ist es auch verständlich, daß Kinder aus der Mittelschicht in den meisten Fällen disziplinierter und fleißiger sind als ihre gleichaltrigen Kollegen aus den Arbeiterfamilien - insbesondere in den ersten Schuljahren.

Die Begabungsentwicklung eines Kindes hängt auch, wie schon einmal erwähnt, von dem materiellen Möglichkeiten eines Elternhauses ab. Für den Erfolg in der Schule kann ebenso wichtig sein, ob das Kind stark im Haushalt beansprucht wird oder nicht, und ob es entsprechende Wohnverhältnisse hat.

Noch differenzierter wird die Problematik der Auswirkungen von Erziehungspraktiken von P.Bourdieu und J. Passeron behandelt. Sie gehen von den vorhandenen Privilegien der Bildungs- und der Oberschicht aus, wenn sie schreiben: "Die Wirkung des Privilegs wird meist nur in ihren brutalsten Formen, Empfehlungen, Beziehungen, Hilfe bei den Schularbeiten, Nachhilfeunterricht, Information über Bildungs- und Berufsmöglichkeiten zur Kenntnis genommen. Im wesentlichen wird das kulturelle Erbe aber diskreter, indirekter und vielfach ohne methodische Bemühungen und greifbare Maßnahmen vermittelt. Gerade in den "Kultiviertesten" Klassen sind Ermahnungen und eine bewußte Einführung in die Kultur fast überflüssig. Im Gegensatz zum kleinbürgerlichen Milieu, wo die Eltern meist nur den guten Willen zur Bildung weitergeben können, gehen von einem kultivierten Milieu diffuse Reize aus, durch deren geheime Überzeugungskraft das kulturelle Interesse mühelose geweckt wird."1c)

---

1b) Ebd.,S.59
1c) P.Bourdieu,J.Passeron, "Die Illusion der Chancengleichheit", Stuttgart 1971,S.38

Angesichts dieser Untersuchungsergebnisse wird die Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit, ja auch nur ihre annähernde Verwirklichung , zur Illusion, wenn nicht eine radikale Reform des Bildungswesens, d.h. eine Reform der Struktur, der Bildungsinhalte und der Leistungskriterien durchgeführt wird. Die neue Struktur des Bildungswesens müßte zu allererst von der Erkenntnis der immer noch bestehenden Ungleichheit der Startchancengleichheit in beiden gesellschaftspolitischen Systemen ausgehen, wie die o. g. Untersuchungen zeigen. Eine reformierte Struktur des Bildungswesens müßte demnach der überwiegenden Mehrheit der Jugendlichen eine gleichwertige Allgemeinausbildung ermöglichen 1d), ferner die Voraussetzung für eine Anwendung differenzierter und vielfältiger Selektionskriterien für die Auswahl an den Bildungseinrichtungen im postsekundärem Bereich bieten, und den periodischen Wechsel zwischen Ausbildung und Beruf ermöglichen.

Die Bestimmung des Faktors "Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft" ist ebenso differenziert zu sehen, da er als ein permanenter Entwicklungsprozeß begriffen werden muß. Der Begriff Qualifikationsstruktur ist allerdings ohne den Begriff Arbeitsplatzstruktur nicht zu klären.

"Die Qualifikationsstruktur der Gesamtarbeitskraft muß die Voraussetzung dafür liefern, die entsprechende Arbeitsplatzstruktur zu erstellen und zu bewegen. Dies läßt sich an der Tatsache verdeutlichen, daß eine kleine Gruppe hochqualifizierter Spezialisten die gesellschaftliche Produktivität entwickeln kann, daß aber andererseits die Masse der Arbeiter auf einem niedrigen Stand der Ausbildung diese Aggregate bedienen kann. Entscheidend ist dabei, daß die qualifizierten Arbeitskräfte nicht identisch sein müssen mit denen, die komplizierte Arbeit leisten. Wenn sich z.B. die Gesamtheit der Produktivität vermehrt, dann setzt das voraus, daß gleichzeitig die Qualifikation der Gesamtarbeitskraft proportional anwächst, nicht jedoch, daß sich die Qualifikationen jedes einzelnen Teils dieser

---

1d) In bezug auf die Lehrer würde das bedeuten, daß die Qualität ihrer Ausbildung für alle Stufen gleichwertig sein müßte, was allerdings nicht gleichartig bedeutet.

Gesamtarbeitskraft mit vermehren muß."2) Qualifikationsstruktur und Arbeitsplatzstruktur stehen also zueinander in einem Spannungsverhältnis. "Diese Spannung von Arbeitsplatz- und Qualifikationsstruktur muß unter zwei Gesichtspunkten gesehen werden: je mehr die neuen Sets durch Modifikation alter Kenntnisse am Arbeitsplatz - etwa durch Lernen an der Maschine - erworben werden können, um so eher löst sich die Spannung in Richtung der Modifikation individueller Qualifikationen ohne grundlegende Veränderung in der Ausbildung des Einzelnen. Je weniger das der Fall ist - und dies hängt in erheblichem Maße vom Tempo der Anhebung der Produktivität der Arbeit unter dem Kapital ab - um so stärker wird die Spannung zwischen den beiden Faktoren in Richtung auf eine Veränderung der allgemeinen Kenntnisse auftreten, also als Problem der Struktur des Ausbildungssystems."2a)

Die von Otten aufgestellte Behauptung (wahrscheinlich anhand der Untersuchung von Schumann und Kern), daß das proportionale Anwachsen der Qualität der Gesamtarbeitskraft nicht die Erhöhung der Qualifikation jedes einzelnen Teils dieser Gesamtarbeitskraft bedeutet, heißt nichts anderes, als daß sich die Qualifikation der Ausbilder für einen bestimmten Teil der Jugendlichen auch dann erhöhen läßt, wenn die bestehende Struktur des Bildungswesens (sowohl in der BRD als auch in Polen), die die annähernde Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit zur Illusion macht, nicht wesentlich geändert wird. Das Anwachsen der Qualifikation der Gesamtarbeitskraft deckt sich mit der Qualifikationssteigerung der Mehrheit der einzelnen Teile dieser Gesamtarbeitskraft erst dann, wenn eine Struktur des Bildungswesens vorhanden ist, die die annähernde Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit ermöglicht..

Inwieweit die Faktoren "Qualifikation der Arbeitskraft" und "soziale Chancengleichheit" in den Entwürfen der Ministerialbürokratie und den Beschlüssen der politischen Gremien bezüglich des Bildungswesens, sowohl in der BRD als auch in der VR Polen berücksichtigt wurden, werden wir im Laufe dieses Kapitels noch festzustellen haben.

---

2) D.Otten "Kapitalentwicklung und Qualifikationsstruktur" Dissertation Münster 1972,S.66
2a)Ebd.,S.68/69

"Die Diskussion über die Bestimmungsgrößen der Bildungsreform in der BRD und damit auch über eine realistische Einschätzung ihrer weiteren Entwicklung läßt sich anhand zweier Problemkomplexe führen: Zum einen das Verhältnis von Bildungsreform und wirtschaftlichen Wachstum, also die Bedeutung von Bildungs- und Kapitalverwertung; zum anderen das Problem des Handlungsspielraumes des Staates, des Grades seiner Autonomie gegenüber den Bewegungsgesetzen kapitalistischer Produktion".3)

"Ein Wandel in den objektiven Produktionsbedingungen in der konkreten Struktur der Arbeitsplätze, sieht zwangsläufig Veränderungen in den subjektiven Produktionsbedingungen nach sich. Eine kontinuierliche Anpassung der Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft an die veränderten Bedingungen des Produktionsprozesses als Arbeitsprozeß ist notwendig, um die in den technischen und organisatorischen Veränderungen der Produktion implizierten Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität realisieren zu können. Hirsch beschreibt diesen Zusammenhang folgendermaßen: "Forcierter technischer Fortschritt erfordert eine ebenso kontinuierliche Anpassung der Qualifikationsmerkmale und Ausbildungsvoraussetzungen derer, die ihn hervorbringen und handhaben müssen. Die von den Bedingungen des kapitalistischen Kapitalverwertungs- und Wachstumprozesses erzwungene technische Innovationsrate schlägt damit unmittelbar auf die Struktur und die Inhalte des Erziehungs- und Ausbildungssystems durch." 4) Anders ausgedrückt, verlangt die Veränderung der Arbeitsstruktur aufgrund der Veränderung des Produktionsprozesses, (Entwicklung des technischen Fortschritts), 5) eine qualifizierte Ausbildung eines Teils der Berufsschüler, was wiederum eine bestimmte Zahl von fachlich und berufspädagogisch qualifizierten Werkstattlehrern und Ausbildern voraussetzt. Die fachliche und berufspädagogische Qualifika-

---

3) Beathge, "Betrifft Erziehung", November 72,S.2o
4) Huisken, "Zur Kritik bürgerlicher Didaktik und Ökonomie" München 1973,S.3o
5) Wir können den technischen Fortschritt als einen gesellschaftlichen Prozeß verstehen, der mit der Absicht eingeleitet wird, die Produktivität der mensch. Arbeit zu erhöhen, und sich zu diesem Zweck der Technisierung und Organisation von Produktionsabläufen bedient. Becker/Jungblut, "Strategien der Bildungsproduktion" Frankfurt,1972,S.49

tionserweiterung der Ausbilder wird aber, wie der Mißerfolg 6) des Medienkurses beweist, von dem Widerspruch zwischen einzelkapitalistischen Interessen und gesamtkapitalisten Interessen bestimmt, weil die fachliche und berufspädagogische Qualifikationshebung der Ausbilder nicht immer dem Einzelkapital zugute kommt,7) sondern dem Kapital und der Gesellschaft insgesamt.

Einerseits wissen die Interessenvertreter des Gesamtkapitals, daß "ein gesellschaftliches System nur dann störungsfrei funktionieren kann, wenn das Teilsystem Bildungswesen seine qualifikationsabhängigen Funktionsvoraussetzungen als materiell-energetisch-informationellen Output auf die jeweils veränderten Systemzustände einzustellen vermag."8)

Andererseits zielt die Reform des Berufsschulwesens (Markierungspunkte) der Bundesregierung 9) aber auch auf die Verbesserung der Qualifikationsstruktur der zukünftigen Arbeitskräfte im weiteren Sinne, das heißt, nicht nur auf die Verbesserung der Qualität der Gesamtarbeitskraft, sondern auch auf Verwirklichung von mehr soziale Chancengleichheit, was bedeuten würde, die mögliche Hebung der Qualität der einzelnen Arbeitskraft. Darüberhinaus zielen die Markierungspunkte auf die Übertragung der Kontrolle der beruflichen Bildung in staatliche Verantwortung.1o)

---

6) Statt der erhofften 1oo ooo nahmen an dem Medienkursus 1973 nur 15 ooo teil.
7) In bezug auf die Weiterbildung der Ausbilder kann das Interesse der Kapitaleigner nicht so groß sein, weil die Qualifikationshebung der Ausbilder insbesonders die der pädagogischen Ausbilder keine kurzfristigen und mittelbaren Produktionssteigerungen verspricht.
8) Becker/Jungblut "Strategien der Bildungsproduktion", Frankfurt/Main 1972,S.33
9) Veröffentlicht am 15. Nov. 1973
1o) Bisher sind die Kompetenzen der Lehrlingsausbildung bei den Industrie- und Handelskammern, daher haben sie die Möglichkeit, die ihnen aus politischen Gründen auferlegten Kontrollen und regulativen Eingriffe in der Weise zu unterlaufen, daß hoheitliche Gewalt praktisch privatisiert wird und Kontrolleure und Kontrollierte identisch werden. Offe:"Strukturprobleme des kapitalistischen Staates", Frankfurt/Main 1972,S.63

Diese Veränderungen könnten aber langfristig Machteinbußen für die Vertreter des Kapitals bedeuten. Wenn eine größere Zahl von jungen Arbeitskräften über mehr an allgemeinem Wissen und höhere berufliche Qualifikation verfügen würden, dann könnten sie gegen eine zu große Arbeitsteilung, die heute nach wie vor als wesentliche Bedingung der Arbeitsproduktivität betrachtet wird, Widerstand leisten. Da die Macht des Kapitals sich zunächst und in erster Linie auf die menschliche Arbeit erstreckt ("Die Vermehrung des abstrakten Reichtums kann ja nur im Produktionsprozeß in der Weise erfolgen, daß Mehrarbeit, als für die Reproduktion der Arbeitskräfte erforderlich ist, geleistet und vom Kapital angeeignet wird.") 11) werden die Vertreter des Kapitals bemüht sein, dies zu verhindern.

Nicht von ungefähr zeichnet sich deswegen ein Widerstand der Wirtschaft gegen die derzeitigen Pläne der Bundesregierung ab. Schon auf der Abschlußfeier des 21. Internationalen Berufswettbewerbs in München im August 1973 sagte der Präsident des Deutschen Industri und Handelstages: "Wer das gegenwärtige funktionsfähige und praxisnahe Ausbildungssystem durch bloße Organisationsformen ausfüllen oder auf lange Sicht sogar in das staatliche Wesen überführen will, muß mit dem entschiedenen Widerstand der Wirtschaft rechnen."12)

Auf der Vollversammlung des DIHT im Oktober 73 in Stuttgart ist einstimmig eine Resolution verabschiedet worden, in der unter anderem folgendes steht: "Die Industrie- und die Handelskammer weisen mit allem Ernst auf die sich entwickelnde Fehlplanung hin, die sie zwingen wird, bei einer Neuregelung im Sinne der Markierungspunkte von sich auf die Kompetenzen zu verzichten."13)

Mit der Resolution hat der DIHT, wie von politischen Beobachtern in Bonn betont wurde, deutlich gemacht, daß die Industrie nicht nur daran denkt, bei einer in ihren Augen allzu weitgehenden Reform der beruflichen Bildung eine Beteiligung an der Zuständigkeit der Ausbildung aufzugeben, sondern darüber hinaus in Zukunft die Ausbil-

---

11) Jürgen Frank, "Die postindustrielle Gesellschaft und ihre Theoretiker", Leviathan, August 1973, S.389
12) Frankfurter Rundschau, 15.8.1973
13) Frankfurter Rundschau, 25.1o.1973

dung von Lehrlingen unter Umständen aufzugeben.14) "Die an den kurzfristigen Verwertungsbedingungen der einzelnen Kapitalisten orientierte Konjunkturpolitik kann aber nicht nur in Konflikt geraten mit sozialstaatlichen Postulaten wie Chancengleichheit usw. sondern zugleich mit den langfristigen Interessen der Kapitalistenklasse." 15) "Die Veränderung der Berufsstruktur wird nämlich von dem Widerspruch zwischen einzelkapitalistischen Interessen und Systeminteressen eingegrenzt. Die Veränderung der Qualifikationsstruktur des Gesamtarbeiters kommt nicht immer dem Einzelkapital zugute, sondern dem Kapital insgesamt, so daß die Investitionen in die Qualifikationsstruktur nicht vom Einzelkapital in Extraprofite umgesetzt werden können.16) Dieser Widerspruch ist von den Vertretern des Kapitals nicht immer eindeutig lösbar. Die Repräsentanten des Gesamtkapitals (Arbeitgeberverbände, Handels- und Industriekammer) setzen sich nämlich aus Vertretern der Einzelkapitale zusammen, so daß die Repräsentanten des Gesamtkapitals teilweise auch gegen die langfristigen Interessen des Gesamtkapitals Stellung beziehen können (wie z.B. die verabschiedete DIHT-Resolution in Stuttgart zeigte). Wie angesichts dieser Entwicklung die Berufsbildungsreform, insbesondere die Ausbildung der Ausbilder und ihre Weiterbildung aussehen wird, läßt sich konkret schwer voraussagen. Im allgemeinen kann wohl angenommen werden, daß die Belastungen für die Industrie und Wirtschaft nicht allzu groß 17) sein dürften und daß auf die Übertragung der Kontrolle der beruflichen Ausbildung in die staatliche Verantwortung zum größten

---

14) Ebd.
15) Huiskin, "Zur Kritik der bürgerlichen Didaktik und Bildungsökomie", München 72,S.159
16) Becker/Jungblut "Strategien der Bildungsproduktion", Frankfurt/Main 72,S.53
17) Wie groß, ist angesichts des Widerspruchs zwischen den Interessen der Einzelkapitale und dem des Gesamtkapitals schwer zu bestimmen. "Kurzfristige konjunkturpolitische Maßnahmen, die sich aus den Verwertungsinteressen des Kapitals ergeben, stehen in sich verschärfenden Widerspruch zu langfristig notwendigen, wachstumpolitischen Erfordernissen, durch die die Qualifikation der Arbeitskraft den Veränderungen des Arbeitsprozesses entsprechend für die Sicherstellung der allgemeinen Produktionsbedingungen gewährleistet sein muß.
R.Heinrich, "Zur politischen Ökonomie der Schulreform".

Teil verzichtet wird, andernfalls ist nämlich zu befürchten, daß die Industrie auf ihre Zuständigkeit insgesamt verzichtet.18)

Da im Hinblick auf die Komplexität der Berufsausbildung der Staat, selbst wenn er wollte, nicht in der Lage wäre, in kurzer Zeit die gesamte Verantwortung zu übernehmen, ist der Staat auf die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Arbeitgeber angewiesen.

Aufgrund dieser Tatsachen kann in bezug auf die zukünftige Ausbildung der Ausbilder und ihrer Weiterbildung angenommen werden, (natürlich trägt diese Annahme auch spekulative Züge), daß die Zahl von fachlich und berufspädagogisch qualifizierten Werkstattlehrern und Ausbildern sich nach dem Bedarf an gut 19) ausgebildeten Lehrlingen richten wird.

Der Bedarf an gut ausgebildeten Lehrlingen wird aber von dem Entwicklungstempo der Änderung der Arbeitsplatzstruktur abhängen. Wie hoch er sein wird, ist nicht einfach zu bestimmen. Auf jeden Fall wird er in der Praxis der reformierten Berufsausbildung so niedrig

---

18) Obwohl im Gegensatz zu der früheren sozialliberalen Bundesregierung der neue Bildungsminister Rohde in den vergangenen Wochen wiederholt zu erkennen gegeben hatte, daß eine Ausweitung der staatlichen Kontrolle durch Ministerien und Bildungsämtern für ihn nicht in Frage komme und daß er einem neuen paritätisch besetztem Selbstverwaltungsgremium für die Berufsausbildung, einer "Bundesanstalt für Berufsbildung", den Vorzug gäbe, erteilte der Deutsche Industrie- und Handelstag in den am 5.9.1974 in Bonn veröffentlichten "Grundsätzen zur Berufsausbildungspolitik" jeder Reform der beruflichen Ausbildung der Jugendlichen, die die Autonomie der Ausbildungsbetriebe durch ein Übermaß an zentraler Normierung durch den Staat beeinträchtigen würde, eine entscheidende Absage.
Frankfurter Rundschau, 6.9.1974

19) Unter "gut" sind folgende Eigenschaften zu verstehen: Flexibilität (verstanden als Fähigkeit der schnellen Anpassung an neue Arbeitsgegebenheiten); technische Intelligenz (verstanden als Fähigkeit zum kausalen, abstrahierenden und hypothetischen Denken); Perzeption (verstanden als Fähigkeit der Wahrnehmung von Veränderungen in einem komplexen Signalsystem); technische Sensibilität (verstanden als Fähigkeit zum Einfühlen in komplexe technische Zusammenhänge); Verantwortung (verstanden als Fähigkeit des gewissenhaften, zuverlässigen u. selbständigen Arbeitsverhaltens) Renate Heinrich, "Zur politischen Ökonomie der Schulreform", Frankfurt 1973, S.105

wie möglich gehalten, das heißt, daß die Forderung nach "Verwirklichung" der sozialen Chancengleichheit geringe Berücksichtigung finden wird. Nicht von ungefähr ist die Ausbilder-Eignungsverordnung der Bundesregierung vom 2o.4.1972, Anfang Mai 1974 vom Bundeswissenschaftsministerium drastisch abgeschwächt worden.2o) Diese Tatsache trägt nicht dazu bei, die Attraktivität der Berufsausbildung zu erhöhen. Anders ausgedrückt, die Berufsschüler werden wahrscheinlich nach wie vor eindeutig gegenüber anderen Schularten benachteiligt.

Nur so können nämlich gleichzeitig die Ausbildungskosten relativ niedrig gehalten werden und nur so kann die Macht des Kapitals in bezug auf die menschliche Arbeit nach wie vor relativ gesichert bleiben und die Qualität der Gesamtarbeit je nach Notwendigkeit erhöht werden.

Wie schon in der Einleitung erwähnt wurde, muß von einer modernen rationalen Bildungsplanung verlangt werden, daß sie vor allem drei Grundvoraussetzungen erfüllt: Sie muß eine langfristige Zeitperspektive besitzen, das Bildungswesen als ein zusammenhängendes System begreifen und den vielfältigen Verflechtungen von Bildungswesen, Wirtschaft und Gesellschaft gerecht werden."21)

Mit anderen Worten müßte ein Planungsprozeß aus folgenden Teilaufgaben bestehen:

a) Zielbestimmung
b) Analyse des Bestehenden - auch der bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnisse

---

2o) Die Frist, bis zu der die Ausbilder ihre fachliche und pädagogische Eignung in einer Prüfung nachweisen müssen, ist um 2 1/2 Jahre von Anfang April 1975 auf September 1977 verschoben worden. Darüber hinaus sollen entgegen der bisherigen Regelung erfahrene Ausbilder keine Prüfung mehr abzulegen brauchen. Auch wer bis September 1977 an Lehrgängen teilgenommen hat, an denen die geforderten Kenntnisse vermittelt werden, soll jetzt keine Prüfung mehr abzulegen brauchen.
Frankfurter Rundschau vom 3. Mai 1974

21) Hasso von Reckum, "Einführung in die Soziologie der Erziehung", Freiburg/Wien,197o,S.254

c) Entwurf eines Programms
d) Verabschiedung des Programms durch politische Instanzen (Gremien)
e) Programmdurchführung

Wenn allerdings eine Gesamtkonzeption im Bereich der Lehrerausbildung und ihrer Weiterbildung entwickelt worden wäre, dann käme natürlich der Augenblick, wo mit dem Addieren der Kosten begonnen werden müßte.

In dem Langzeitprogramm der SPD steht zur Finanzierung der Reformen folgendes: "Der demokratische Sozialismus erfüllt sich in der Folge von sozialen Reformen, welche die Partei mit Hilfe des Staates schrittweise innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung verwirklicht. Gelingt es, ein befriedigendes Wirtschaftswachstum aufrecht zu erhalten, können die Reformen aus dem Zuwachs des Sozialprodukts finanziert werden. Niemandem wird dadurch etwas genommen. Die SPD strebt eine Veränderung der bestehenden Einkommens- und Vermögenseinteilung nicht an."22) Da aber die Zuwachsraten des realen Bruttosozialprodukts tendenziell in den letzten Jahren in der BRD schwanken und in der letzten Zeit rapide abgenommen haben und in absehbarer Zeit mit Steigerungsraten, die über 3 % liegen würden, kaum zu rechnen ist, lassen sich die Reformen, die die Funktionsfähigkeit einer hochindustriellen Gesellschaft sichern, und die Verwirklichung des Postulats nach sozialer Chancengleichheit gewährleisten sollen, nicht nur aus den Wachstumsraten finanzieren.

Die Entwicklung des realen Bruttosozialprodukts in der BRD in den letzten Jahren:

---

22) "Materialien zur Diskussion"
Juso-Kongreß 1973

1968 = + 6,8 %
1969 = + 6,2 %
1970 = + 4,4 %
1971 = + 2,7 %
1972 = + 3,8 %
1973 = + 5,3 % 23)
1974 = + 1,5 % geschätzt 23a)

Vor diesem Hintergrund wäre eine stärkere Belastung der Bevölkerung insbesondere der Arbeitnehmer unvermeidlich. Da aber gleichzeitig mit den tendenziellen Schwankungen der Zuwachsraten die Kluft zwischen den Einkommen der Arbeitnehmer und der Selbständigen immer größer wurde, würde eine stärkere Belastung der Arbeitnehmer im Widerspruch zu Bestrebungen der sozial-liberalen Regierung-, insbesondere der SPD - stehen, mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu verwirklichen. Folgendes geht einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung voran: Verteilungspolitisch brisant sind die Steigerungsraten der Einkommen von 1968 - 1972. In dieser Zeit erhöhte sich das Einkommen je Selbständigem jährlich um 14 %, während das der Angestellten von Jahr zu Jahr um nur 9 % und das der Arbeiter um knapp 10,4 % wuchs.

Das Durchschnittseinkommen der selbständigen Haushalte stieg von 1968 - 1972 mit einer mittleren Jahresrate von reichlich 13 %, die übrigen Haushaltstypen konnten eine jährliche Einkommenserhöhung von rund 9 % verbuchen.24) Die Preise stiegen 1973/74 weiter und die Arbeitslosigkeit erreichte gegen Ende des Jahres 1974 die Grenze von 1 Mill.25) Angesichts dieser Entwicklung wird das Bestreben, die

---

23) Der Fischer Weltalmanach 1974,S.60
23a) Nach Berechnung des Statistischen Bundesamtes betrug das reale Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 1974 1,3 %. Für das Jahr 1975 werden aufgrund der Orientierungsdaten, bei keinen nennenswerten außenwirtschaftlichen Störungen, 3 - 3 1/2 % Zuwachs am realen Bruttosozialprodukt erwartet.
Frankfurter Rundschau,25.9.1974
24) Es ist zu vermuten, daß die Entwicklung in dem Jahr 1974 anders verlaufen ist. D.h., daß die Selbständigen geringe Einkommenserhöhung verbuchten als die Arbeitnehmer.
Frankfurter Rundschau,1973,siehe Anl.18
25) Quellenangabe zur Arbeitslosigkeit. Die Zeit vom 10.1.1975

notwendigen Reformen, - insbesondere des Bildungswesens - durchzuführen, ohne auf der einen Seite die Opfer einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer zu verteilen und auf der anderen Seite eine Auseinandersetzung mit Vertretern des Kapitals zu vermeiden, zu einem kaum lösbaren Unterfangen.25a) Wie angesichts dieser Entwicklung, ohne Veränderung des stauts quo, die Bildungsausgaben im Jahre 1980 die Höhe von 7,14 % und 1985 von 7,7 % des Bruttosozialproduktes erreichen sollen, (zur bisherigen Entwicklung der Bildungsausgaben), bleibt fraglich, wenn nicht unmöglich.26) Eine Gesamtkonzeption der grundsätzlichen Bildungsreform, der eine Gesamtanalyse der bestehenden Herrschaftsverhältnisse vorangehen müßte, würde die Grenzen der Verwirklichungschancen im kapitalistischen Wirtschaftssystem aufzeigen. Die Durchführung einer Reformpolitik scheitert nicht, wie wir aus den Ausführungen dieser Arbeit entnehmen können, am Fehlen der notwendigen wirtschaftlichen und politischen Macht und an den sogenannten Sachzwängen des bestehenden wirtschaftlichen Systems. Die langfristigen Erfolgsaussichten für die Bildungsreform im allgemeinen und für die Lehrerausbildung im speziellen hängt teilweise davon ab, ob die SPD gewillt und fähig ist, eine globale Durchsetzungsstrategie

---

25a) Im Hinblick auf die Wahlen im Jahre 1976 ist es für die SPD-Koalition kaum möglich, die Lohnsteuern zu erhöhen, ohne gleichzeitig auch die Gewinne und Investitionen höher zu besteuern. Eine Erhöhung der Gewinn- und Investitionssteuern wäre aber in der augenblicklichen Wirtschaftssituation (Stand: Herbst/Winter 1974) unsinnig.

26) Der von der Bund-Länderkommission erarbeitete Bildungsgesamtplan, in dem die qualitativen Ziele der Bildungspolitik bis zum Jahre 1985 niedergelegt sind, ist nach Ansicht der Finanzminister der Länder nicht zu finanzieren. Einem Staatssekretärgutachten entsprechend, dessen Ergebnisse die Finanzministerkonferenz in Stuttgart zustimmend zur Kenntnis genommen hat und das sie den Regierungschefs von Bund und Ländern zuleiten wird, würde eine Verwirklichung der Ziele des Bildungsgesamtplans in dem vorgesehenen Zeitraum nur bei entscheidenden und unzumutbaren Einschränkungen in anderen Aufgabenbereichen möglich sein.
FAZ "Finanzminister: Bildungsplan der Bund-Länderkommission nicht zu finanzieren", 3.5.1974

im Rahmen der bestehenden Verfassung zu entwickeln. So wie die Annahme der Vulgärmarxisten im Osten als auch im Westen und vieler Politiker im Osten trügerisch war, daß die Änderung der politischen und wirtschaftlichen Ordnung, also Veränderung der Produktionsverhältnisse und die Übernahme der Macht durch die kommunistischen Parteien zwangsläufig zur Erreichung der selbstgesteckten Ziele führen, (wie ständige Verbesserung der Lebensbedingungen und Arbeitsbedingungen der Werktätigen, die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins bei den meisten jungen Leuten), so wird auch die Annahme vieler sozialdemokratischer und sozialliberalier Poltiker, daß die Verwirklichung der angekündigten Reformen ohne Abänderung des status quo und ohne Eingriffe in das Wirtschaftssystem möglich sein, sich als trügerisch erweisen. Die ersten konkreten Anzeichen dafür sehen wir unter anderem im Bildungsbereich schon heute. Sowohl der Deutsche Bildungsrat als auch der Wissenschaftsrat hatten wiederholt gefordert, die Trennung der Lehrerämter durch verschieden lange Ausbildungszeiten an den Hochschulen und unterschiedliche Vorbereitungszeiten in der Schule aufzuheben. Schon die Entwürfe der Landesregierungen (s.S. 57) weichen teilweise von diesen Empfehlungen ab. Ende Juni 1974 hat der Finanzplanungsrat die Neuregelung der Lehrerausbildung, (die keine gleiche Ausbildungszeit und kein gleiches Grundgehalt für Lehrer aller Stufen vorsieht), wie sie vom Kultus-, Finanz- und Innenministerium vorgeschlage wurde, in absehbarer Zeit für nicht finanzierbar erklärt.27) Statt dessen hat er dringend empfohlen, beschleunigt eine "neue Lösung" für das Reformvorhaben zu suchen. Die Empfehlungen wurdem am 24.6.1974 einstimmig verabschiedet.28)

Über die Notwendigkeit ständiger Weiterbildung der Lehrer ist man sich bei den Bildungsplanern einig. Einige Sozialwissenschaftler haben diese Notwendigkeit schon Mitte der sechziger Jahre gesehen. "In einer relativ statischen Gesellschaft erbringt die Erfahrung, die in der Berufspraxis gesammelt wird, einen Leistungsvorsprung. Dieser Leistungsvorsprung wird in einer dynamischen Gesellschaft in dem Moment wirkungslos, in dem neue Techniken eingeführt werden, für

---

27) Frankfurter Rundschau vom 25.6.1974
28) Ebd.,

deren Anwendung neue Kenntnisse und Fertigkeiten notwendig sind."29) "Konsequenter als bisher sollen alle Vorkehrungen getroffen werden, die den Erwerb des jeweils benötigten fachlichen Wissens und Könnens in einer das ganze Berufsleben begleitenden Fortbildung ermöglichen. 3o) Voraussetzung für die Fortbildung ist allerdings eine flexible Lernhaltung, bei der Bildung und Erkenntnisse nicht als einmal erworbener Besitz von unumstößlichem Wahrheitsgehalt betrachtet werden.31

Nach Luhmann sind also entsprechende Ausbildungsinhalte, die das Bewußtsein über die Relativität der Erkenntnisse vermitteln, Voraussetzung für eine Motivation für die Weiterbildung.

Inwieweit die Lehrer selbst die Notwendigkeit der Weiterbildung kennen, untersuchte Michael Kunz. Aus dieser Untersuchung entnehmen wir einige für uns wichtige Ergebnisse.

Den Weiterbildungsbedarf der Akademiker offenbaren folgende Zahlen:

79 % Gymnasiallehrer
76 % Realschullehrer
74 % Fachingenieure
74 % Volksschullehrer
71 % Diplomingenieure
71 % Richter
61 % praktische Ärzte 32)

Fortbildungsbedarf wird also am meisten von Lehrern angemeldet. Gut 3/4 aller befragten Lehrer waren sich über die Notwendigkeit der Weiterbildung im Klaren. Auf die Frage: "Halten Sie das Angebot an Fortbildungsmöglichkeiten für Ihren Beruf für zu gering?" antworteten mit "ja"

---

29) H.Riese "Ökonomische Überlegungen zur Weiterbildung Erwachsener im Beruf", Referat, gehalten im Locum (5.-8.Mai 1967), S.17
3o) Edding aus "Zur Soziologie der Akademiker" von M.Kunz, S.4
31) N.Luhmann "Refeltive Mechanismen", Soziale Welt, Nr.1, 1966
32) K.M.Kunz "Zur Soziologie der Akademiker" Stuttgart 1973, S.157

| | |
|---|---|
| ichter | 64 % |
| ymnasiallehrer | 63 % |
| erwaltungsjuristen | 52 % |
| ealschullehrer | 51 % |
| olksschullehrer | 5o % |
| olkswirte | 41 % |
| achschulingenieure | 37 % |
| lle Befragten | 36 % 33) |

rwähnenswert ist in diesem Zusammenhang noch eine Frage der Unter-
uchung. "Zeitweilig gab es in Deutschland für Arzte eine Pflicht
ur Berufsfortbildung. Finden Sie, daß man in Ihrem Beruf eine für
lle verbindliche Zwangsfortbildung einführen sollte?" Auf diese 34)
rage antworteten 5o % der befragten Lehrer mit "ja". Das Unbehagen
ber mangelnde Weiterbildungsmöglichkeiten veranlaßte wahrscheinlich
iele Lehrer, der Einführung einer Zwangsfortbildung zuzustimmen.

ber die Chancen, die Weiterbildung der Lehrer zu intensivieren, wird
uch das zukünftige Lehrerangebot entscheiden. Das heißt, daß für
ine verbindliche Weiterbildung der Lehrer eine ausreichende Lehrer-
ersorgung als Voraussetzung anzusehen ist. Aus den Ausführungen auf
er Seite , (Lehrerangebot-Nachfrage) ist zu entnehmen, daß das
ehrerdefizit im Augenblick über 6o.ooo beträgt. Da für die konti-
uierliche Weiterbildung der Lehrer, (abgesehen die in der Form des
elbststudiums), ein Überhang um ca. 1o % erforderlich wäre, ist
ngesichts der augenblicklichen Lehrerversorgung an eine intensi-
ierte Lehrerweiterbildung nicht zu denken.35)

usgehend von den Prognosen über Lehrerbedarf und Lehrerangebot soll
s nach den vorliegenden Berechnungen 36) Anfang der achtziger Jahre
um Lehrerüberschuß kommen. "Im Primarbereich wird der Lehrerbedarf
ehr bald, d.h. 1975/76, ausgeglichen sein, danach muß mit schnell
unehmenden Überhängen gerechnet werden. Im Sekundarbereich I wird

---

3) Ebd.,Tab.1o6,S.179
4) Ebd.,S.185
5) Obgleich zu fragen wäre, ob 5 - 1o % weniger Stunden, dafür aber höher qualifizierte Lehrer, nicht eine bessere Alternative wären?
6) "Erziehung und Wissenschaft" Nr.5,1974,S.3

mit einem Ausgleich des Lehrerbedarfs in den Jahren 1976 - 1978 und danach mit schnell zunehmenden Überhängen gerechnet. Im Sekundarbereich II sei ein Ausgleich in den Jahren 1982 - 1985 zu erwarten.37)

Abgesehen davon, inwieweit man den Prämissen dieser Prognosen folgen kann, (bei den Berechnungen ist man vermutlich von der augenblicklichen Struktur des Schulwesens, gering reduzierten Klassenfrequenzen, gleichbleibenden Pflichtstunden, und dem augenblicklichen Stand der Erwachsenenbildung ausgegangen), wäre die oben geschilderte Entwicklung des Lehrerangebots eine gute Ausgangsposition für die Verwirklichung der Forderung nach permanenter Ausbildung der Lehrer und Erweiterung des Bereichs der Erwachsenenbildung. Da aber kurz nach Veröffentlichung der Zahlen über die zukünftige Lehrerversorgung in der Öffentlichkeit vor dem Lehrerstudium gewarnt wurde und wird 38), ist zu vermuten, daß die Verwirklichung der permanenten Ausbildung der Lehrer vom verantwortlichen und zuständigen Politiker in absehbarer Zeit nicht angestrebt wird.39)

Welche Gründe gibt es für solche Empfehlungen?

"Der Legimitationsdruck der bürgerlichen Gesellschaft, wie er sich am deutlichsten im Postulat der Chancengleichheit äußert, und der manifestiert wurde, als Studenten-, Schüler- und Lehrlingsbewegung dieses Postulat zur Durchsetzung ihrer Ausbildungsinteressen aufgriffen und gegen die reale Ausbildungspolitik der Gesellschaft wandte, forderte sicherlich auch eine Veränderung des Ausbildungssystems in einer Richtung, die weniger offensichtlich die soziale Diskriminierung manifestierte."4o) Daraufhin wurden Konzeptionen und Pläne ent-

---

37) "Erziehung und Wissenschaft" "Über die Abschaffung des Lehrermangels" Nr.8,1974,S.4 (Berechnung der Bund-Länderkommission)
38) "Hahn warnt vor dem Lehrerstudium",FAZ,9.7.1974
"Vor einer Lehrerinflation", Süddeutsche Zeitung, 26.6.1974
39) Was auch aufgrund des Gutachtens der Länder-Finanzminister (s. Fußnote 26) konsequent erscheint, andernfalls würden die Kosten im Ausbildungssektor noch höher steigen müssen.
4o) Baethke "Betrifft Erziehung", Nr.11,1972

wickelt und Forderungen erhoben (von wissenschaftlichen Gremien, von Parteien und Verbänden), die in ihrem Kern zwei Faktoren "Verbesserung der Qualität der Gesamtarbeitskraft" und "Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit" beinhalteten.

Die Realisierung dieser Reform, - in unserer Arbeit interessiert uns insbesondere die Reform der Lehrerausbildung -, wollten die verantwortlichen Politiker aus den Wachstumsraten finanzieren. Da die realen Wachstumsraten schwanken, in der letzten Zeit eindeutig abgenommen haben, und nach den letzten Prognosen für absehbare Zeit niedrig bleiben, wäre bei einer Realisierung der Bildungsreformprogramme eine stärkere finanzielle Belastung der Arbeitnehmer unausweichlich geworden. Da gleichzeitig die Einkommensschere zwischen den Arbeitnehmern und den Selbständigen, wie wir auf der Seite aufzeigten, bis 1973 größer wurde, würde eine einseitige Belastung der Arbeitnehmer sicherlich zur Abnahme der Massenloyalität führen. Im Jahre 1974 sind Bildungsreformprogramme nicht mehr als Instrument der Massenloyalisierung zu benutzen. Zu den neuen Instrumenten gehört unter anderem die Steuerreform, die für Klein- und Mittelverdiener bestimmte Entlastungen bringen wird, was andererseits die Staatskasse um 13 Milliarden erleichtern wird. Das ist unter anderem ein Grund für die Empfehlungen des Finanzplanungsrates vom 24.6.1974: "Die Ausgaben von Bund, Länder und Gemeinden sollen im Jahre 1975 insgesamt weniger als 1o % ansteigen. Wie es im Abschlußkomitee heißt, sollen in die notwendigen Überprüfungen von Einsparungsmöglichkeiten alle Aufgabenbereiche einbezogen werden."41)

Unter diesen gesellschaftspolitischen Bedingungen ist eine reale Reform (im Sinne von Realisierung) der Struktur der Lehrerausbildung

---

41) Frankfurter Rundschau vom 25.6.1974

und ihrer Weiterbildung in absehbarer Zeit zum Scheitern verurteilt. 41a)

Wie die bisherigen Ausführungen zeigen, liegen die Ursachen für die Diskrepanz zwischen den Plänen und Konzeptionen der Parteien (SPD - FDP), Verbände und Bildungsfachleute einerseits, und den Entwürfen und Empfehlungen der Ministerialbürokratie andererseits, wohl darin, daß die Pläne und Konzeptionen auf dem Hintergrund solcher Faktoren wie: gesellschaftspolitischer Druck, gesellschaftspolitische Ziele und Forderungen (wie z. B. Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit, Recht auf Bildung, und sozioökonomische Notwendigkeiten) entwickelt wurden. Darüber hinaus sind diese Konzeptionen und Pläne ohne Berücksichtigung der Analyse der tatsächlich bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnisse entwickelt worden, weil man die daraus resultierenden Konsequenzen einer Interessen- und Machtverschiebung zu umgehen versuchte.

Die Entwürfe der Ministerialbürokratie dagegen müssen sich in erster Linie an Umsetzungsmöglichkeiten dieser Pläne und Konzeptionen innerhalb des bestehenden wirtschaftlichen Systems, der bestehenden Machtverhältnisse und an der zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung orientieren.

Zusammenfassend kann also behauptet werden, daß die Bildungsplanung auf ihre Grenzen bei der Umsetzung der entwickelten Programme stößt: Entweder müßten die Bildungsplaner Instrumente zur Überwindung dieser Grenzen vorschlagen - die zur Konsequenz eine Interessen- und Machtverschiebung hätten - oder eine Änderung der Zielbestimmung. Dies würde aber ein Verzicht auf den Anspruch nach weitgehender Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit bedeuten, wodurch die Gesellschaft einer Illusion beraubt würde, auf die man jedoch aus politischen Gründen nicht so leicht verzichten kann.

---

41a) "Nach Maßgabe des alten Reformanspruchs der niemanden zu privilegieren verheißt, sucht die SPD zum anderen eine Reform zu verwirklichen, die möglichst niemanden weh tut, weil sie das Gemeinwohl aller im Auge hat: Ausbau, nicht Umbau, Zusatzverteilung, nicht Umverteilung, Anhebung des absoluten Lebensniveaus, nicht Verkürzung der relativen Ungleichheitsverteilung lauten deshalb die Devisen." "Leviathan" vom Oktober 1974, S.316
Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung des letzten Jahres u der Prognosen für die nächsten Jahre, ist mit diesen Devisen jedoch in bezug auf das Bildungswesen keine wesentliche Reform durchzuführen.

Im Hinblick auf das Zustandekommen der Reformen im Bildungswesen, insbesondere im Bereich der Ausbildungs- und Weiterbildungsstruktur der Lehrer, sprachen wir von drei Phasen:

1. Phase der Entwicklung von Konzeptionen und Pläne.

2. Phase der Umsetzung dieser Konzeptionen und Pläne in Ministerialentwürfe und politische Beschlüsse.

3. Phase der Verwirklichung dieser politischen Beschlüsse und der Ministerialentwürfe.

Aufgrund der Ausführungen in den vergangenen Kapiteln kann festgestellt werden, daß in der VR Polen die zweite Phase abgeschlossen ist. Es ist auch festgestellt worden, daß keine wesentliche Diskrepanz zwischen den Plänen und Konzeptionen der Fachleute und Wissenschaftler einerseits und den politischen Beschlüssen bezüglich dieser Pläne und Konzeptionen andererseits besteht. Dadurch verschiebt sich in der VR Polen im Gegensatz zur BRD (wenigstens zur Zeit) die Problematik der Verwirklichungschancen auf eine andere Ebene. Sie besteht nicht mehr auf der Ebene der zweiten Phase, sondern auf der Ebene der dritten Phase. Es kommt also darauf an, zu hinterfragen, unter welchen Bedingungen die Beschlüsse in den nächsten Jahren in die Praxis umgesetzt werden können und unter welchen Bedingungen die verabschiedete grundsätzliche Schulreform die gewünschten Auswirkungen bringen kann. Diese Fragen schlüssig und erschöpfend zu beantworten, ist für uns fast unmöglich. Lediglich folgendes kann dazu ausgeführt werden:

Eine wesentliche Bedingung der Umsetzung ist die Sicherung der Finanzierung. Im Jahre 1974 wurden 42) in Polen ca. 5,5 % des Bruttosozialprodukts für das Bildungswesen ausgegeben. Nach den Berechnungen des Expertenkomitees müßten für das Schulwesen in der augenblicklichen Grundstruktur 43) 1980 6,6 % und 1985 7,6 % des Bruttosozialprodukts

---

42) "Annahmen und Thesen des Rapports über den Zustand des Bildungswesens" Tab.12,S.97

43) Bei gleichzeitiger Verbesserung der Qualität der Ausbildung und Erweiterung der Ausbildungskapazitäten (s. Anlage Nr. Alternative I A und I B)

aufgebracht werden.44) Nach den gleichen Berechnungen soll für das grundsätzlich reformierte Schulwesen (verabschiedet am 13. Oktober 1973), 1980 6,3 % und 1985 auch 6,3 % des Bruttosozialprodukts ausgegeben werden.45) Bei diesen Berechnungen sind 6,6 % als durchschnittliche Zuwachsrate des realen Bruttosozialproduktes zugrunde gelegt worden.46) Dieses Beispiel zeigt, daß ein reformiertes Modell des Bildungswesens, - (das mehr an sozialer Chancengleichheit und höherer Ausbildungsqualifikation bieten will, als das bisherige System) - wenn es nach rationellen Gesichtspunkten entworfen, und in erster Linie der Allgemeinheit verpflichtet ist, nicht unbedingt viel teurer sein muß als das bestehende System. Die Reform kann also von der finanziellen Seite in die Praxis umgesetzt werden, wenn die durchschnittliche Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts in den nächsten 10 - 15 Jahren 6,6 % betragen wird, andernfalls müßte der prozentuale Anteil der Ausgaben des Bildungswesens am Bruttosozialprodukt erhöht werden. Ob diese Höhe der durchschnittlichen Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts in den nächsten 15 Jahren zu erreichen ist, läßt sich nicht genau beantworten. Angesichts der Zuwachsraten der letzten Jahre,

Indikatoren der Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts:

| 1966 - 68 | 69 | 70 | 71 | 72 | 73 | 74 (Plan) |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 107 | 103 | 105 | 108 | 110 | 109,5 | 109,5 |

47)

kann jedoch angenommen werden, daß die Berechnungen der Bildungskommission einen realen Hintergrund haben, allerdings nur dann, wenn

---

44) Ebd.
45) Ebd.,S.98
46) Ebd.,S.95
47) "Plan dynamicznego i zrownowazonego Rozwoju" (Der Plan einer dynamischen und ausgewogenen Entwicklung.) "Nowe Drogi" (Neue Wege) Nr.1, 1974,S.15

es gelingen sollte, diese Entwicklung zu stabilisieren.48)

Wenn es jedoch nicht gelingen sollte, diesen Trend einigermaßen zu stabilisieren, müßten, wie schon einmal angedeutet, die Ausgaben für das Bildungswesen erhöht werden, um die Durchführung der Reform zu sichern. In diesem Falle würde das zwangsläufig auf Kosten anderer Bereiche geschehen, (z.B. Abstriche in der Sozialpolitik oder vorübergehende Minderung der Zuwachsraten vom Realeinkommen der Werktätigen). Diese Maßnahmen könnten aber auch in einer Gesellschaftsordnung unter den vorhandenen Produktionsverhältnissen und der vorhandenen Herrschaftsstruktur zu Konflikten führen. Es käme darauf an, inwieweit es den Herrschaftsträgern gelingen würde, diese Maßnahmen gegenüber den Werktätigen zu legitimieren, was allerdings auch von dem Bewußtseinsstand der Werktätigen abhinge.

Darüber hinaus hängt die Durchführung der beschlossenen Reformen davon ab, ob gegen mögliches Unterlaufen der Reformen durch die Verwaltung und durch die im Bildungswesen Beschäftigten, die aufgrund der verabschiedeten Reformen um den Verlust ihres Prestiges und ihrer augenblicklichen Stellung fürchten müssen, entschlossener Widerstand entgegengebracht wird. Auch diese Fragestellung läßt sich nur allgemein beantworten. Es kommt in diesem Zusammenhang darauf an, inwieweit die oben angeschnittenen Fragen durch die Wissenschaft in der VR Polen beantwortet werden.49)

---

48) Aufgrund einer Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre kommt Secomski zu dem Schluß, daß es an der Zeit wäre, neben der Dynamik auch den Faktor "Der Stabilisierung" als Ziel in die Planung einzubeziehen. Ebd.,S.16
Secomski mußte wohl in seiner Analyse an die Entwicklung nach 56 gedacht haben. Siehe Fußnote 1o, Kapitel I dieser Arbeit.

49) Die Geschichte der sozialistischen Gesellschaften zeigt deutlich, daß das Fehlen des Wissens über die Wirkung der passiven Kräfte, über Widerstände, die in menschlichen Gruppen, in wirtschaftlichen Mechanismen, in der menschlichen Psyche (nicht nur bezüglich der politischen und ideologischen Einstellungen) viele Rückschläge und Störungen im Entwicklungsprozeß des Systems verursachte.
Szczepanski: Zweiter Kongreß der Polnischen Wissenschaft,Juni 73, Referat: Wissenschaft und die sozio-ökonomische Entwicklung im Lande. Materialien: S. 93 und 94

Ferner kommt es darauf an, ob die Antworten der Wissenschaft entsprechend in der politischen Praxis berücksichtigt werden, 5o) und schließlich, inwiefern die unmittelbar Betroffenen 51) gegen das Unterlaufen der Reformen mobilisiert werden können.

Auch hinsichtlich des Bereichs der Lehrerausbildung und ihrer Weiterbildung ist die Phase der Umsetzung der Pläne und Konzeptionen in die politischen Beschlüsse abgeschlossen. Die größten organisatorischen Schwierigkeiten wird wohl die Realisierung des folgenden Beschlusses verursachen: Alle berufstätigen Lehrer, die das 4o. Lebensjahr bei Männern und das 35. Lebensjahr bei Frauen nicht vollendet haben, müssen in den nächsten Jahren das vollakademische Studium nachholen.52) Auch die Einführung der institutionalisierten Weiterbildung wirft organisatorische Probleme auf. Wenn man davon ausgeht, daß das Ausbildungsniveau der Lehrer zur Zeit sehr unterschiedlich ist, dann ist die Vermittlung eines allgemein verbindlichen Stoffs in den fachspezifischen Fächern durch Fernsehen und Radio zur Zeit

---

5o) "Die Diskussionsteilnehmer unterstrichen, daß eine unabdingbare Bedingung für die Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Praxis die Schaffung eines entsprechenden Klimas und entsprechender Mechanismen ist, die die Aneignung dieser Erkenntnisse durch die Praktiker ermöglichen würde. In diesem Bereich bestehen trotz einiger Fortschritte noch erhebliche Lücken."
I Krajowa Konferencja PCPR. 23.-25. pazdrnika 1973
Podstawoe dokumenty i materialy S.244 (Erste Bundeskonferenz der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei vom 23.-25. Oktober 1973, Hauptmaterialien und Dokumente)

51) Szczepanski: "Politika Juli 1973"

52) Über die ersten Erfahrungen des Fortbildungsstudiums für die o.g. Lehrer berichtet J. Borowska in der "Trybuna Ludu" vom 19.9.74 in dem Artikel "Ein Jahr guter Erfahrungen". Es wird berichtet, daß in der ersten Zeit zwischen Juli 1973 und Dezember 1973 Fehle gemacht wurden. In dieser Zeit hätten nach Angaben vom Institut f. Lehreraus- und Lehrerweiterbildung 62o Teilnehmer das Studium abgebrochen. Im Augenblick studieren 42.ooo berufstätige Lehrer, das sind ca. 25 % aller Lehrer, die das Studium bis 198o nachholen müssen. Im allgemeinen wird die organisatorische Durchführung des Studiums für berufstätige Lehrer als zufriedenstellend beurteilt. Aufgrund dieser kurzen Erfahrung kann jedoch noch nichts Genaues über die Durchführung dieses Erganzungsstudiums gesagt werden, zumal die Forschungsergebnisse des Institutes für Lehrerausbildung und -weiterbildung zu diesen Fragen noch nicht vorliegen.

aum möglich, weil die Voraussetzung der betroffenen Lehrer zu unterchiedlich sind. Daher wird erwogen, zunächst Weiterbildungskurse n den genannten Medien in Fächern wie Didaktik, Pädagogik, Politik, olitische Ökonomie des Kapitalismus und Sozialismus anzubieten, eil diese Fächer auf allen Ebenen der Lehrerausbildung gelehrt wurden, was annähernd gleiche Voraussetzungen für die betroffenen Lehrer rgibt.53)

m die organisatorische Bewältigung der Weiterbildung der Lehrer zu rleichtern, wurde am 15. Juni 1972 ein Ministerialerlaß veröffentlicht, 54) der die Gründung eines Instituts für die Lehrerausbildung einhaltet. Dem Institut wurden unter anderem folgende Aufgaben aufetragen:

. Erarbeitung von Programmen für die Lehrerausbildung und -weiterbildung.
. Organisation des Fernstudiums für berufstätige Lehrer, die kein akademisches Studium beendeten.
. Herausgabe von Fachzeitschriften.
. Gründung regionaler Institute für die Weiterbildung der Lehrer.
. Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen über:
   a) das Qualifikationsniveau der Lehrer und Schulleiter,
   b) über die Selektionsprozesse im Lehrerberuf,
   c) über die Inhalte und Methoden der Lehrerweiterbildung und
   d) über die Effektivität der vermittelten Inhalte und angewandten Methode in der Lehrerausbildung und -weiterbildung.55)

a noch keine abgeschlossenen Untersuchungen über die Probleme der urchführung der Weiterbildung von Lehrern vorliegen, müssen wir uns it diesen Bemerkungen begnügen.

---

3) S.Krawcewicz: "Ksztalcenie i doskonalenie nauczyciele, Problemy i tendcje". (Ausbildung und Weiterbildung der Lehrer, Probleme und Tendenzen) Warschau 1974,S.1o7-1o8.
4) "Dzienik Ustaw Nr. 24 pro 172" (Regierungsmitteilung)
5) siehe 53)

Durch die Verabschiedung der Bildungsreform kann auch eine andere wichtige Frage aktualisiert werden und zwar die nach den Humanisierungschancen der Arbeitswelt. Bezüglich dieser Frage ist in der letzten Zeit in der VR Polen eine interessante Diskussion und Entwicklung festzustellen. Sowohl Szaniawski in seinem letzten Buch "Beruf und Arbeit zwischen Diagnose und Prognose" als auch Szczepanski in seinem Referat, das er anläßlich des zweiten Kongresses der Polnischen Wissenschaft Ende Juni 1973 im Arbeitskreis Sozialwissenschaften hielt, sprechen diese Problematik an. Szaniawski schreibt unter anderem: "...und hier sind wir an der Quelle eines wissenschaftlichen Gesetzes angelangt, an das Gesetz der zeitgenössischen Soziologie, Arbeitspsychologie und Berufsbildungstheorie, das gegenwärtig sehr aktuell ist.

Für die Großindustrie - schrieb Marx - ist die Veränderbarkeit der Struktur der Arbeit, also die Notwendigkeit, möglichst große Vielseitigkeit des Faktors Arbeit als ein allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen; zur Verwirklichung dieses Gesetzes ist die Veränderung der Verhältnisse vorauszusetzen.56)

Und Szaniawski fährt fort: "Im Gegensatz zu sehr vielen Eingeweihten und autorisierten Marx-Kennern wollen wir gerade an dieser Stelle festhalten, daß die Schaffung von Bedingungen, die das Funktionieren dieses Gesetzes erst ermöglichen, also die Veränderung der Verhältnisse als Voraussetzung zur Verwirklichung dieses Gesetzes, nicht nur auf den techno-ökonomischen und systempolitischen Faktor zu begrenzen sind. Das Gesetz verwirklicht sich also durch Ablösung eines politischen Systems durch das andere nicht automatisch. Das Problem führt uns nämlich in diesem Falle in den Bildungs- und Ausbildungsbereich, zu Konzeptionen im allgemeinen und beruflichen Ausbildungssektor, also zu den Strukturen und Inhalten der allgemeinbildenden wie der Berufsschulen. Die Erringung der Macht durch die Arbeiterklasse alleine garantiert nämlich nicht die automatische Verwirklichung dieses Gesetzes.57)

---

56) Szaniawski "Zawod i praca miendzy diagnoza i prognoza", (Beruf und Arbeit zwischen Diagnose und Prognose), Warschau 73,S.12o
57) Ebd.,S.121

Szczepanski schreibt zu dieser Fragestellung folgendes: "Der grundsätzliche Faktor in der Schaffung einer entwickelten sozialistischer Gesellschaft ist die Arbeit. In sämtlichen Regierungsprogrammen war das Problem der Arbeit, ihre Produktivität, Organisation und Qualität der ständige Leitfaden aller Überlegungen. Was haben denn unsere Wissenschaften, die sich mit diesen Problemen beschäftigen, zu sagen? Das ist ein sehr breiter und umfangreicher Forschungsbereich, weil sich hier technische, philosophische, medizinische, kybernetische Forschungen über den Menschen, wie Psychologie, Ökonomie, Jura, Soziologie, Pädagogik und Sozialpolitik kreuzen. Um optimale Effekte der Forschung zu erreichen, müßte man Kollektive bilden. Sie müßten reflektierte Kollektive sein, die sich über die möglichen Spannungen und Konflikte im Klaren sind, und fähig sind, sie zu löse Aufgrund dieser Erfahrungen erkennen wir, daß diese Forschungen nur interdisziplinär durchzuführen sind. Dieses Problem ist auch deswege so wichtig, weil in der gegenwärtig hochentwickelten Welt einige wesentliche Wandlungsprozesse zu beobachten sind, unter denen der Wandlungsprozeß der Arbeitsinhalte (wie der Protest gegen die Fließbandarbeit) wohl zu den wichtigsten gehört. Es erwartet uns auch der Vorstellungswandel über effektive Arbeitsorganisationen, ausgelöst durch den möglichen Widerstand von höher qualifizierten und besser ausgebildeten Werktätigen gegen die zu große Arbeitsteilung, die heute noch als wesentliche Bedingung der Arbeitsproduktivität betrachtet wird. Es kann leicht vorausgesehen werden, daß Arbeiter, die in den 80er Jahren über eine mittlere Ausbildung verfügen werden nicht bereit sein werden, die stupide Arbeit auszuführen , die heute noch Angelernte verrichten.

Angesichts dieser Problematik müssen wir gleichzeitig mit den Vorbereitungen seitens der Wissenschaft und Technik für die Entwicklung entsprechender Ausbildungsinhalte und vor allem für neue Methoden der Organisation von Arbeit beginnen. Es ist sicher, daß die Evolution der Inhalte von Arbeit durch zwei prinzipielle Prozesse geformt wird, durch eine technische wissenschaftliche Revolution und durch die sozialistischen Produktionsverhältnisse in ihrer entwickelten

Gestalt."58)

Wir brachten diese Ausführungen von Szaniawski und Szczepanski etwas ausführlicher, weil sie für die augenblickliche Diskussion über die Ziele der Ausbildung, insbesondere der Berufsausbildung von großem Interesse sind.

Die Annahmen von Szczepanski können aber nur dann eintreten, wenn die Bildungsreform nicht nur unter dem Gesichtspunkt des größeren Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften, also des wirtschaftlichen Wachstums, sondern gleichzeitig unter dem Gesichtspunkt des Anspruchs auf Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit durchgeführt wird. Erst dann nämlich wird ein großer Teil der zukünftigen Werktätigen über Qualifikation verfügen, die zum Unmut über die bestehende Arbeitsplatzstrukturen führen können. Durch die Verabschiedung einer grundsätzlichen Bildungsreform in der VR Polen ist eine der Voraussetzungen geschaffen, die Arbeitswelt in der Zukunft zu humanisieren.

Obgleich die Umsetzung der Pläne und Konzeptionen (die den Anspruch einer Gesellschaft wie Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit und die Erhöhung der Qualifikationen der Gesamtarbeitskraft beinhalten), in die politischen Beschlüsse einer der wesentlichen Voraussetzungen ihrer Verwirklichung ist, so stellt dieser Vorgang jedoch nur den ersten Schritt auf dem Wege der Verwirklichung dieser Reformen dar.

Damit das Postulat nach Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit bei gleichzeitiger Erhöhung der Qualifikation der Gesamtarbeitskraft keine leere Formel bleibt, ist es notwendig, wie die Ergebnisse unserer Arbeit zeigen, eine grundsätzliche Reform des Bildungswesens vorzunehmen. (Gleichzeitig in der Vorschule - Schule - Berufsschule - Hochschule - Erwachsenenbildung.) Durch die Einführung der allgemeinen einheitlichen Volks-Mittelschule, die Abschaffung des traditionellen Abiturs und durch die damit verbundene Reform der

---

58) Szczepanski "Nauka a rozwoj spoleczno-gospodarc zy w kraju" "Die Wissenschaft und die sozio-ökonomische Entwicklung des Landes), Referat auf dem Kongreß der Polnischen Wissenschaft, Warschau Juni 1973,S.75/76

Struktur der Lehrerausbildung 59) sind für die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen Voraussetzungen geschaffen an einer besseren Allgemeinausbildung (allerdings nur bei gleichzeitiger Einführung neuer Bildungsinhalte und Leistungskriterien) teilzuhaben. Diese Tatsachen erhöhen gleichzeitig die Qualifikation der Gesamtarbeitskraft und eröffnen die reale Möglichkeit, der Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit näher zu kommen.

Auch die beschlossenen Eingangsvoraussetzungen für die Hochschulen 6o), die differenzierte und vielseitige Selektrionskriterien aufweisen, erfüllen eine der Bedingungen für die weitgehende Erfüllung der sozialen Chancengleichheit.

Anhand des empirischen Materials und dessen Analyse in dieser Arbeit stellen wir noch einmal in allgemeiner Form fest, daß es ähnliche Postulate und Notwendigkeiten (wie Verwirklichung der sozialen Chancengleichheit - Recht auf Bildung - höhere Qualifikation der Gesamtarbeitskraft) in beiden Ländern gibt, daß es ferner ähnliche Vorschläge und Konzeptionen bezüglich der Verwirklichung dieser Postulate und Notwendigkeiten gibt; - bis dahin kann man den Vertretern der Konvergenztheorie folgen. Die Realisierungschancen dieser Postulate sind jedoch aufgrund der zur Verfügung stehenden Instrumente unterschiedlich groß, - Instrumente, die von dem dialektischen Wechselverhältnis zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen die durch die Eigentums- und Klassenverhältnisse bestimmt werden, nicht zu trennen sind. Über dieses Problem wird von den Konvergenz-

---

59) Einführung des vollakademischen Studiums für Lehrer aller Stufen, bei gleichzeitiger Pflicht für die berufstätigen Lehrer (die nicht das 35. Lebensjahr bei Frauen und das 4o. Lebensjahr bei Männern vollendet haben) die keinen vollakademischen Abschluß haben, diesen zu erlangen.

6o) Was die Hochschule angeht, so soll sie folgenden Absolventen der Volks-Mittelschule offenstehen:
   a) Den besonders Begabten, die sich in zentralen Wettbewerben, (in sogenannten Schülerolympiaden) hervorgetan haben, - unmittelbar nach Abschluß der Volks-Mittelschule.
   b) Absolventen einer anschließend besuchten 2jährigen Spezialschule und
   c) Berufsschulabsolventen, die sich im Beruf einige Jahre gut bewährt haben.

theoretikern aber nichts genaues ausgesagt; wohl deshalb, weil sie in ihren Analysen den Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen der jeweiligen Gesellschaften keine Relevanz zubilligen.61)

Es ist eben nicht der Fall, daß die Wissenschaft und Technologie als wichtigste Produktionsfaktoren die Macht des Kapitals zum größte Teil abgelöst hätten, wie die Schwierigkeiten und Widerstände der Verwirklichung der Bildungsreform und der Berufsschulreform in der Bundesrepublik Deutschland zeigen.

Essner, Naschhold und Väth behaupten, daß in Übergangsgesellschaften vom Kapitalismus zum Sozialismus Planung ein allgemeines, notwendige und grundlegendes gesellschaftliches Strukturprinzip einer zielstrebigen Gesellschaftsformation bilde, dessen Entfaltung keine objektiven gesellschaftlichen Barrieren entgegen stünden.62) Dieser Behauptung kann aber nur dann zugestimmt werden, wenn, wie die Entwicklung in Polen seit 1971 zeigt, das "programatische Moment der marxistisch Position in den Sozialwissenschaften, - die aktive Rolle der Wissenschaft als Instrument progressiver Umgestaltung der Realität" 63) ihre Entsprechung in der gesellschaftlichen Realität findet. Die schonungslose und kritische Analyse der vorhandenen Wirklichkeit,die Aufdeckung der immanenten Widersprüche und die Aufzeigung der Wege zu ihrer Überwindung,haben es u.a. möglich gemacht die in dieser Arbeit dargestellte Konzeption der Struktur des Bildungswesens zu entwerfen. Die Verabschiedung dieser Reform ist allerdings auch ein Verdienst der heutigen Parteiführung, die die aufgestellten Ziele und Postulate auf dem letzten Parteitag im Dezember 1971 (siehe Seit 16) ernst zu nehmen scheint.

Der Grad der Überwindung der Schwierigkeiten und der Widerstände in der Programmdurchführung wird auch davon abhängen, ob sich das "neue politische Klima" in der Volksrepublik Polen stabilisieren läßt.

---

61) J.Esser, "Gesellschaftsplanung in kapitalistischen und sozialistischen Systemen.",
Gütersloh 1972,S.113
62) Ebd.,S.7
63) W.Brus, "Wirtschaftsplanung für ein Konzept der politischen Ökonomie",
Ffm 1972,S.113

Aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen - die Erneuerungsphase nach 1956 ließ sich nicht stabilisieren, wie die Entwicklung in den 60iger Jahren in der VR Polen zeigt - ist eine gewisse Skepsis angebracht.

Anlage 1

Verteilung der Angestellten und in freien Berufen Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen in einigen europäischen Ländern.

| Wirtschaftszweige | Frankreich 1926 (in %) | Deutschland 1925 (in %) | Tscheschoslowakei 1930 (in %) |
|---|---|---|---|
| Landwirtschaft und Forsten | 0 | 0 | 0 |
| Industrie | 21 | 27 | 22 |
| Handel u. Verkehr | 47 | 41 | 38 |
| Öffentliche Dienste u. freie Berufe | 31 | 28 | 37 |
| andere Zweige | 1 | 1 | 0 |
| zusammen: | 100 | 100 | 100 |

| Wirtschaftszweige | UDSSR 1926 (in %) | Jugoslawien 1931 (in %) | Polen 1931 (in %) |
|---|---|---|---|
| Landwirtschaft und Forsten | 3 | 2 | 4 |
| Industrie | 18 | 10 | 16 |
| Handel u. Verkehr | 33 | 25 | 24 |
| Öffentliche Dienste u. freie Berufe | 43 | 63 | 56 |
| andere Zweige | 3 | 0 | 0 |
| zusammen: | 100 | 100 | 100 |

Anlage 2

"Entwicklungsstand des Schulwesens"

Stopień upowszechnienia szkolnictwa

| Grupy roczników A | B | Liczebność roczników w tysiacach | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1921/22 | 1934/35 | 1945/46 | 1953/54 | 1957/58 | 1961/62 | 1963/64 |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |
| 3 - 6 lat | . | 3161,o | 171o,5 | 2552,7 | 2792,2 | 2846,5 | 27o1,9 |
| 7 - 13 " | 4844,o | 5388,7 | 3325,1 | 2949,1 | 3844,6 | 4713,5 | 4887,3 |
| 14 - 17 " | . | 2o77,9 | 1962,4 | 1835,4 | 16o3,5 | 1884,9 | 2368,6 |
| 7 - 17 " | . | 7466,6 | 5287,5 | 4784,5 | 5448,1 | 6598,4 | 7255,9 |
| 18 - 23 " | . | 3679,4 | 2752,3 | 2874,4 | 2755,3 | 247o,8 | 2355,2 |

Anmerkungen:

A) Gruppen der Jahrgänge

B) Zahl der Jahrgänge (in Tausend)

Zu Anlage 2

| Grupy roczników A | Liczba uczniów w odsetkach liczebności roczników | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1921/22 | 1934/35 | 1945/46 | 1953/54 | 1957/58 | 1961/62 | 1063/64 |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |
| 3 - 6 lat | . | 3,8 | 8,o | 15,2 | 13,4 | 14,6 | 16,5 |
| 7 - 13 " | 69,o | 85,5 | 9o,3 | 98,8 | 98,6 | 99,9 | 99,9 |
| 14 - 17 " | . | 14,3 | 25,3 | 44,1 | 44,4 | 7o,7 | 72,9 |
| 7 - 17 " | . | 65,7 | 66,2 | 77,8 | 82,7 | 91,6 | 91,1 |
| 18 - 23 " | . | 3,3 | . | 6,6 | 6,9 | 12,4 | 15,3 |

Z r ó d l a: Dla r. szk. 1921/22 - M. F a l s k i, Kwestie podstawowe w organizacji szkolnictwa powszechnego. Warszawa 1936, s. 3. Dla r. szk. 1934/35 - M. F a l s k i, Aktualne zagadnienia ustrojowo-organizacyjne szkolnictwa polskiego. Wroclaw-Warszawa 1957. Dla lat 1945/46 - 1963/64 - wykonano obliczenia w Pracowni Ustroju i Organizacji Oświaty PAN podstawie materiałów GUS i Ministerstwa Oświaty.

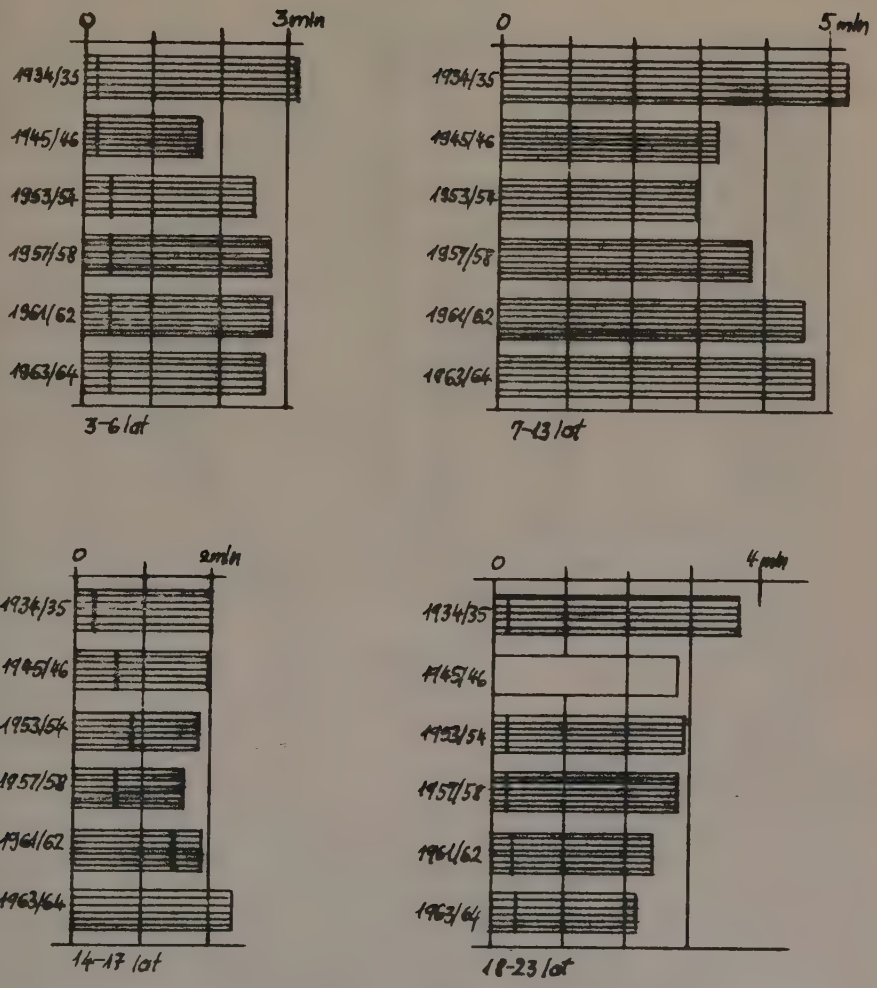
Anmerkungen:

A) Gruppen der Jahrgänge

B) Zahl der Jahrgänge (in Tausend)

Anlage 3

"Entwicklung des Schulwesens"




Anmerkungen:

A) Nichtlernende Jugend

B) Lernende Jugend

Anlage 4

Schuljahr — Zestawienie 6o

| A Rok szkolny | B Liczba szkół 1 | Liczba uczniów 2 | Zahl absolwentów 3 |
|---|---|---|---|
| 1951/52 | | 31 199 | 7 6o3 |
| 1952/53 | 215 | 25 518 | 6 428 |
| 1953/54 | 179 | 16 823 | 4 983 |
| 1954/55 | 149 | 14 o89 | 3 262 |
| 1955/56 | 129 | 13 1o9 | 2 o25 |
| 1956/57 | 127 | 14 832 | 1 75o |
| 1957/58 | 177 | 15 343 | 1 827 |
| 1958/59 | 225 | 2o 7o2 | 2 o7o |
| 1959/6o | 292 | 31 816 | 3 282 |
| 196o/61 | 295 | 4o 749 | 3 645 |
| 1961/62 | 358 | 56 192 | 6 811 |
| 1962/63 | 474 | 73 965 | 8 622 |
| 1963/64 | 639 | 94 o99 | 14 755 |
| 1964/65 | 745 | 1o8 2o6 | 18 1o1 |
| 1965/66 | 853 | 123 98o | 21 1o1 |
| 1966/67 | 877 | 132 548 | 24 968 |
| 1967/68 | 91o | 137 235 | 27 386 |
| 1968/69 | 9o4 | 136 861 | 28 257 |
| 1969/7o | 916 | 14o 237 | 28 8oo |
| 197o/71 | 952 | 132 678 | 3o o35 |

Źródło: Rocznik statystyczny szkolnictwa 1944/45 - 1966/67, s. 287-289; Rocznik statystyczny szkolnictwa 1969/7o, s.181.

Anmerkungen:

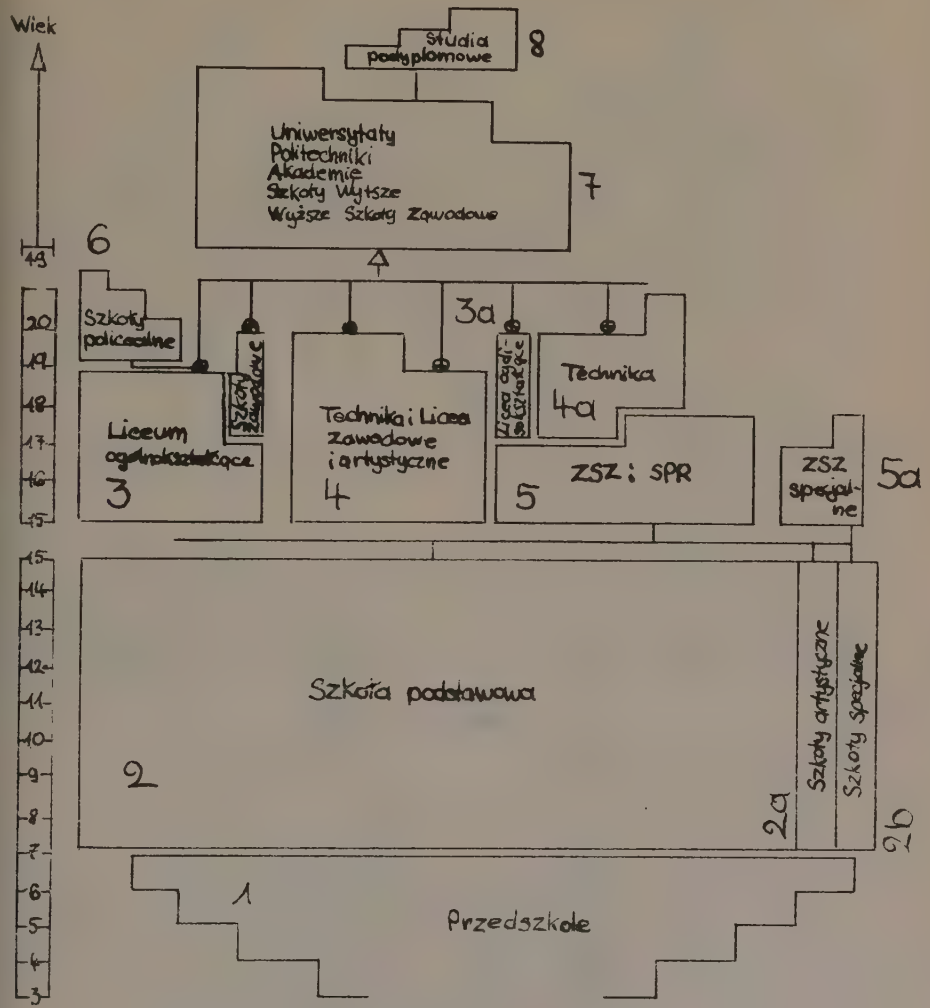
A) Schuljahr

B) Zahl

1. der Schulen
2. der Schüler
3. der Absolventen

Anlage 5

"Das System des Polnischen Schulwesens"
(Stand Herbst 1973)




Legenda:

△ = egzamin wstępny
⊕ = egzamin maturalny

Übersetzung nächste Seite

Zu Anlage 5

"Das System des Polnischen Schulwesens"
(Stand Herbst 1973)

1 Vorschulen

2 Volksschulen

2a Werkkunstschulen

2b Spezialschulen

3 Gymnasien

4 Fachoberschulen (Technika)

5 Berufsschulen

5a Spezialberufsschulen

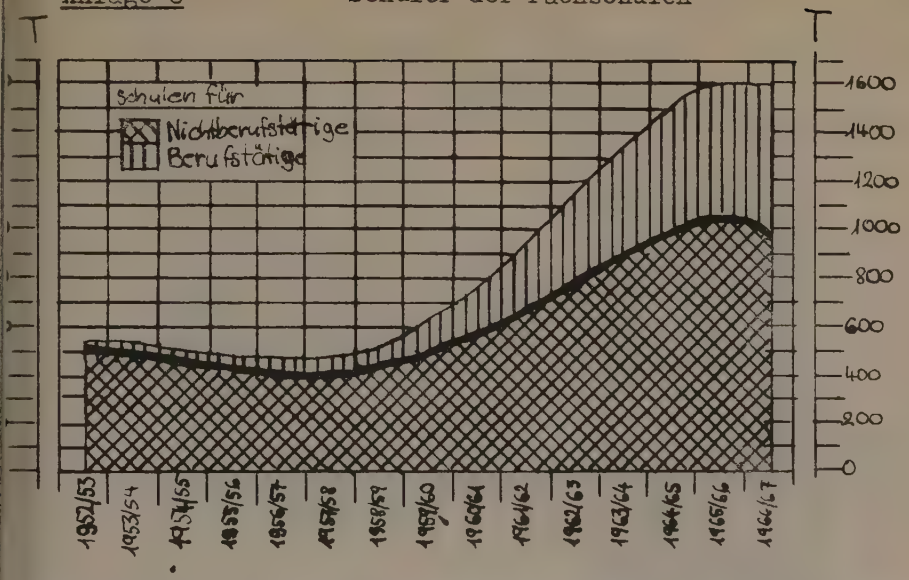
6 Schulen nach dem Abitur
(Fachschulen für Abiturienten)

7 Hochschulen
Universitäten
technische Hochschulen
Akademien
Fachhochschulen

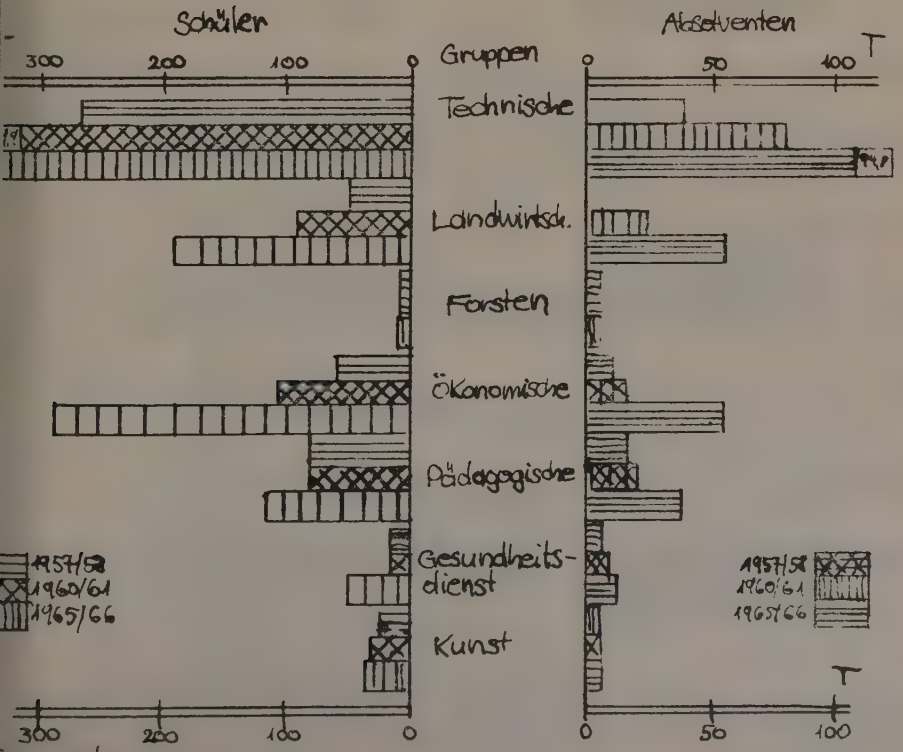
8 Doktoranden-Studium

Anlage 6

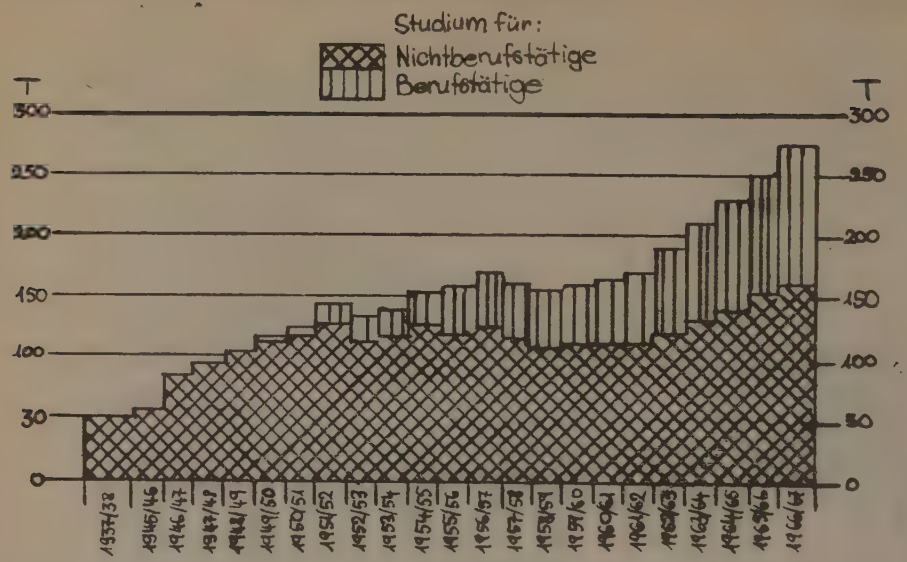
Schüler der Fachschulen



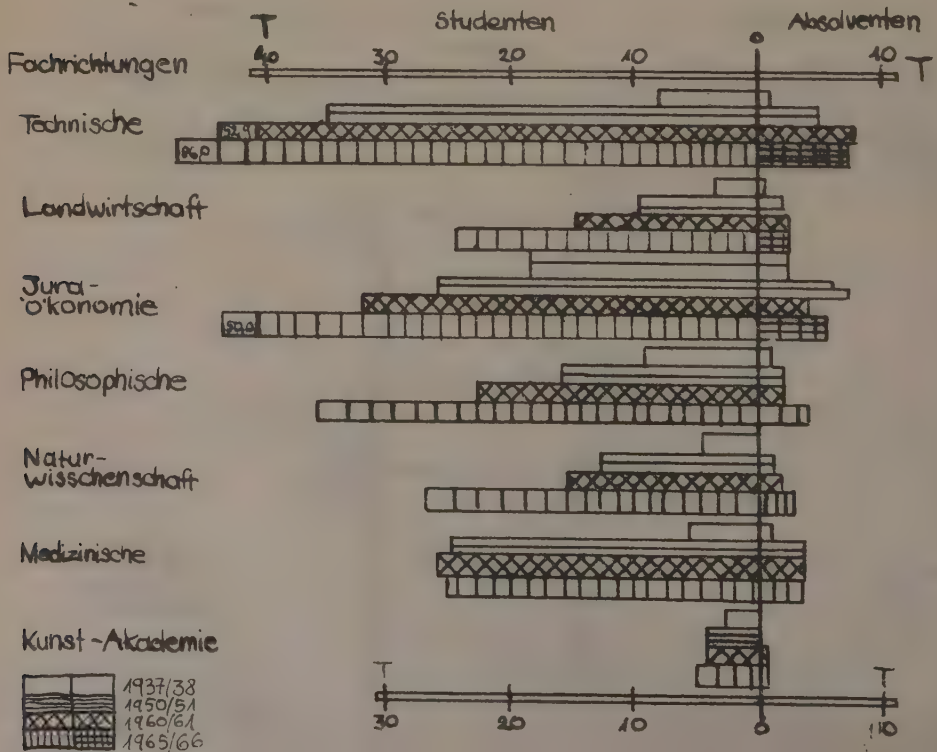

Schüler u. Absolventen der Fachschulen nach Fachrichtungen



Anlage 7 Studenten der Hochschulen

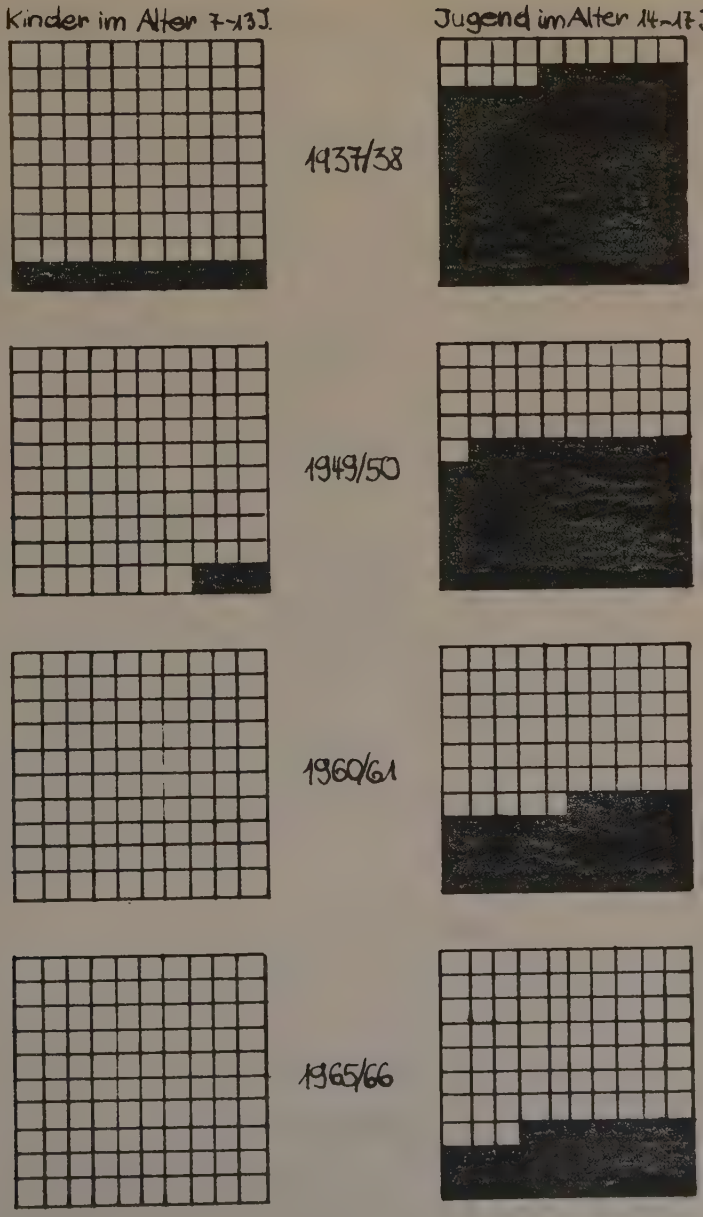



Studenten u. Absolventen der Hochschulen nach Fachrichtungen



Anlage 8

Der Anteil der Kinder u. Jugend im Ausbildungsprozeß

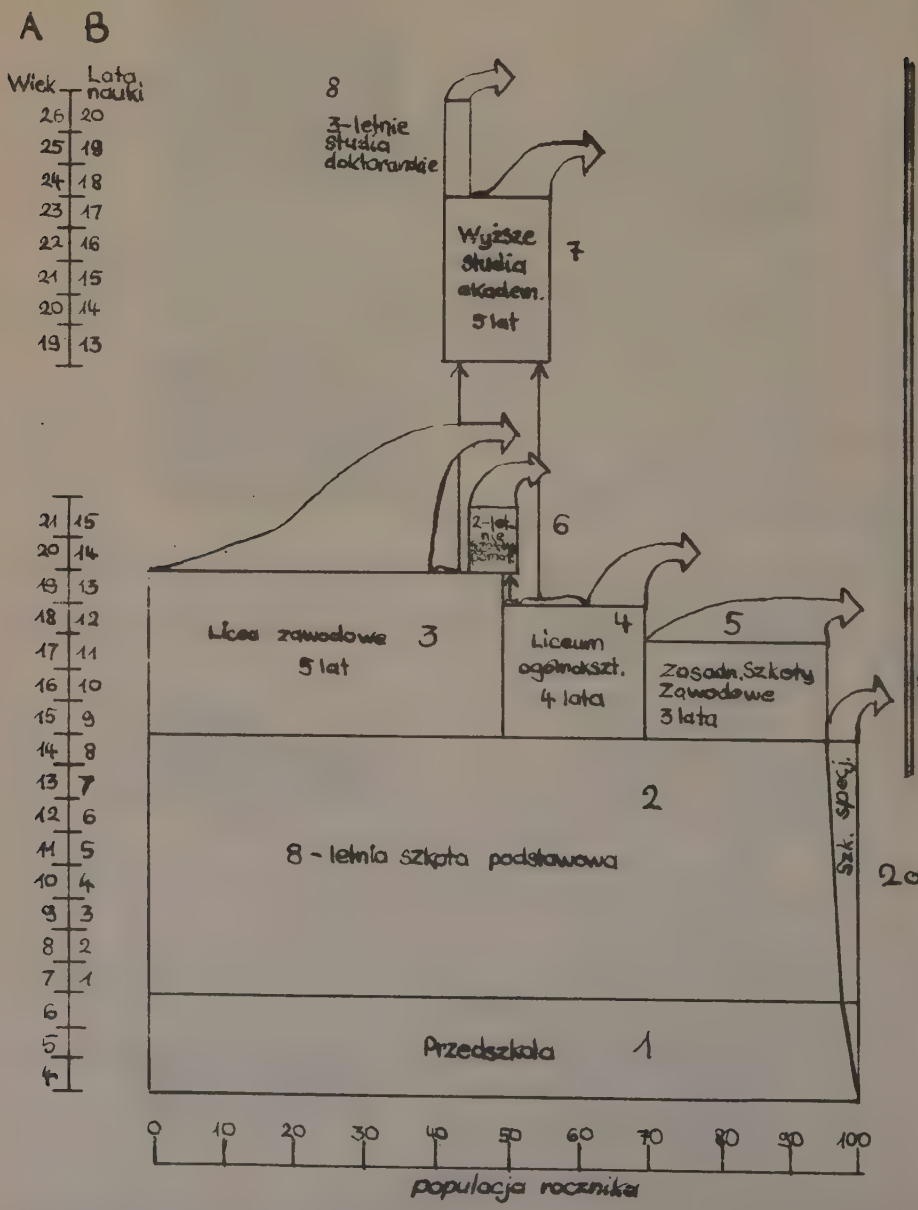


Übersetzung nächste Seite



Anlage 9: Alternative I A

Struktur des funktionierenden Schulsystems
12 jährige Mittelschule



Zu Anlage 9

Alternative I A

Struktur des funktionierenden Schulsystems
12 jährige Mittelschule

1 Vorschule

2 8-jährige Volksschule

2a Spezialschulen

3 Berufsgymnasium 5 Jahre
4 Allgemeines Gymnasium 4 Jahre

5 Berufsschulen 3 Jahre
6 Fachschulen für Abiturienten 2 Jahre

7 Hochschulstudium 5 Jahre
8 Doktorandenstudium 3 Jahre

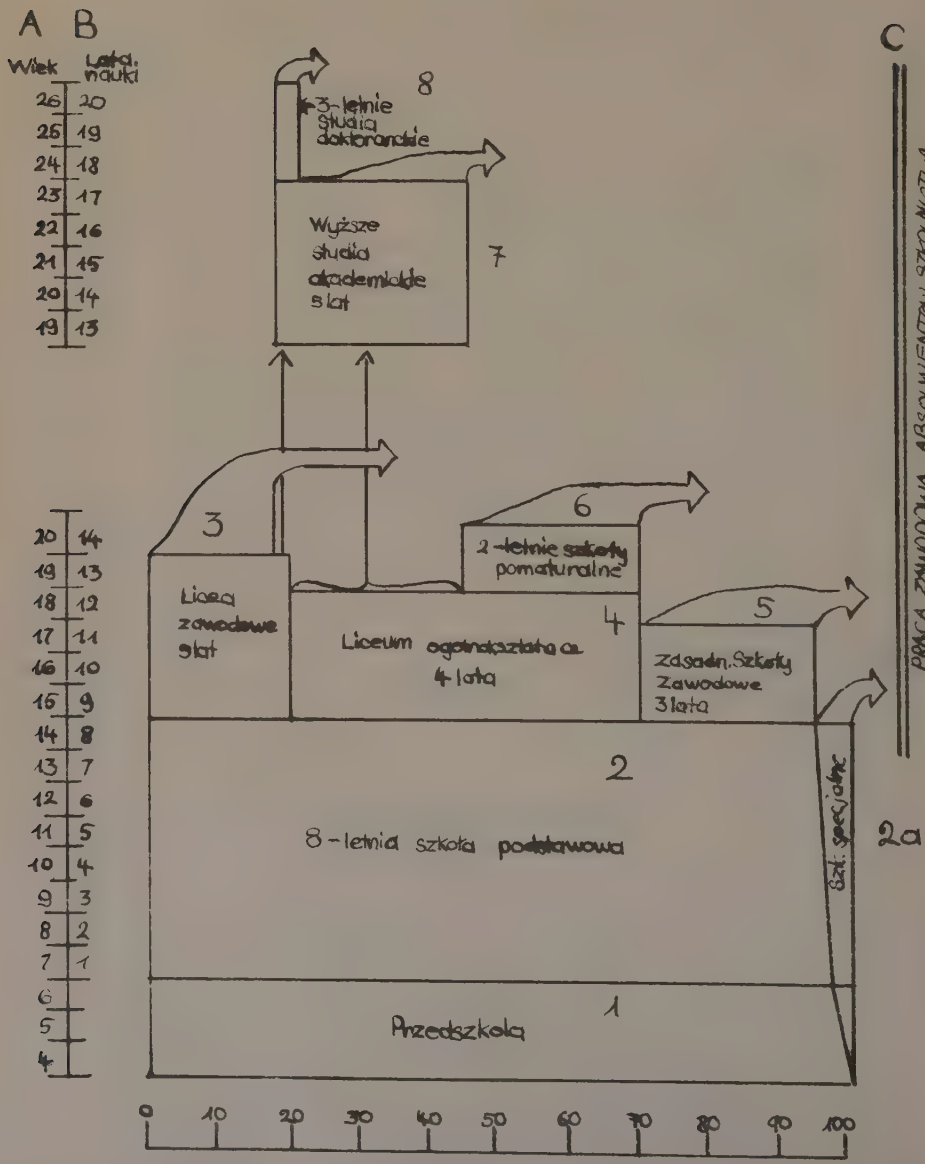
A) Das Alter

B) Die Lernjahre

C) Berufstätigkeit der Absolventen

Anlage 1o: Alternative I B

Struktur des funktionierenden Schulsystems



Zu Anlage 1o

Alternative I B

Struktur des funktionierenden Schulsystems

1 Vorschule

2 8-jährige Volksschule

2a Spezialschulen

3 Berufsgymnasium 5 Jahre

4 Allgemeines Gymnasium 4 Jahre

5 Berufsschulen 3 Jahre

6 Fachschulen für Abiturienten 2 Jahre

7 Hochschulen 5 Jahre

8 Doktorandenstudium 3 Jahre

A) Das Alter

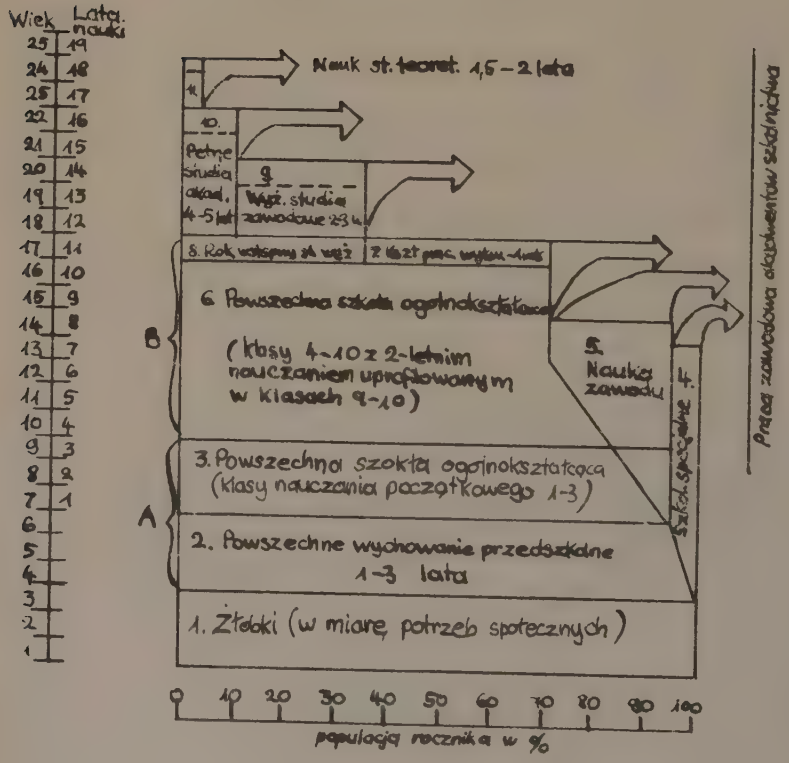
B) Die Lehrjahre

C) Berufstätigkeit der Absolventen

Anlage 11: Alternative II A

Vorschlag des zukünftigen Modells des Schulwesens in Polen mit einer 10-jährigen Volksmittelschule

(in den Jahren 1975 - 2000 werden sich die Aufgaben und Funktionen der jeweiligen Stufen ändern)




Übersetzung nächste Seit·

Zu Anlage 11

Alternative II A

Vorschlag des zukünftigen Modells des Schulwesens in Polen mit einer 1o-jährigen Volksmittelschule

(in den Jahren 1975 - 2ooo werden sich die Aufgaben und Funktionen der jeweiligen Stufen ändern)

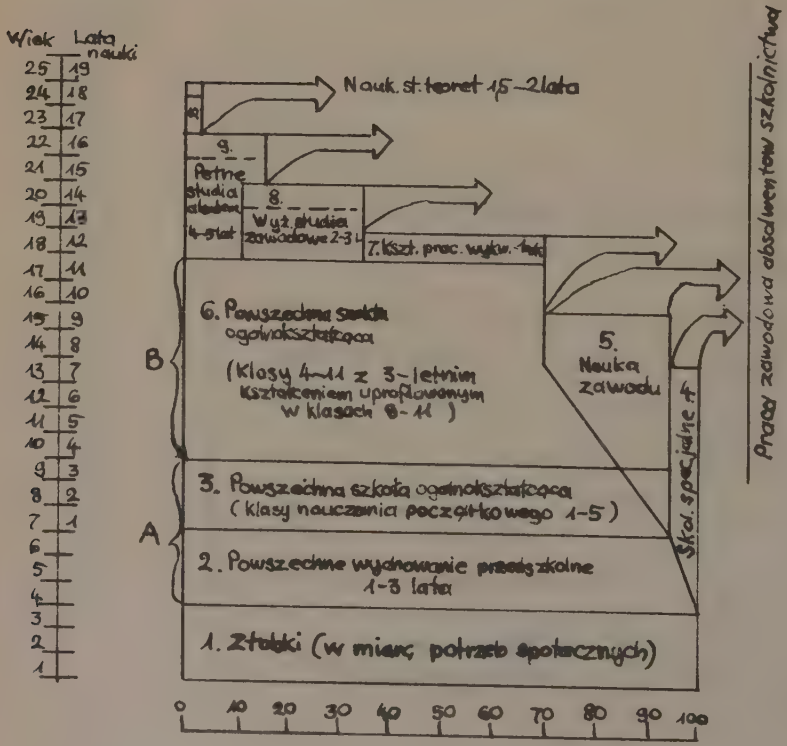
1 Kinder-Krippen
2 Vorschulen 1 - 3 Jahre
3 Primarstufe der Volksmittelschule 3 Jahre
4 Spezialschulen
5 Berufsschule für den Teil der Jugend, die die Volksmittelschule nicht beendet haben.
6 Volksmittelschule - Sekundarstufe - 7 Jahre
7 Berufsschulen
8 "Aufnahmejahr" für das Hochschulstudium
9 Fachhochschulen
1o Vollakademische Hochschulen
11 Doktorandenstudium

A) Ernste Phase des Lernens und die vorschulische Betreuung im Wohngebiet des Kindes
B) Volksmittelschule (Mittelpunktschule)

Anlage 12: Alternative II B

Vorschlag des zukünftigen Modells des Schulwesens in Polen mit einer 11-jährigen Volksmittelschule

(in den Jahren 1975 - 2000 werden sich die Aufgaben und Funktionen der jeweiligen Stufen ändern)




Übersetzung nächste Seite

Zu Anlage 12

Alternative II B

Vorschlag des zukünftigen Modells des Schulwesens in Polen mit einer 11-jährigen Volksmittelschule

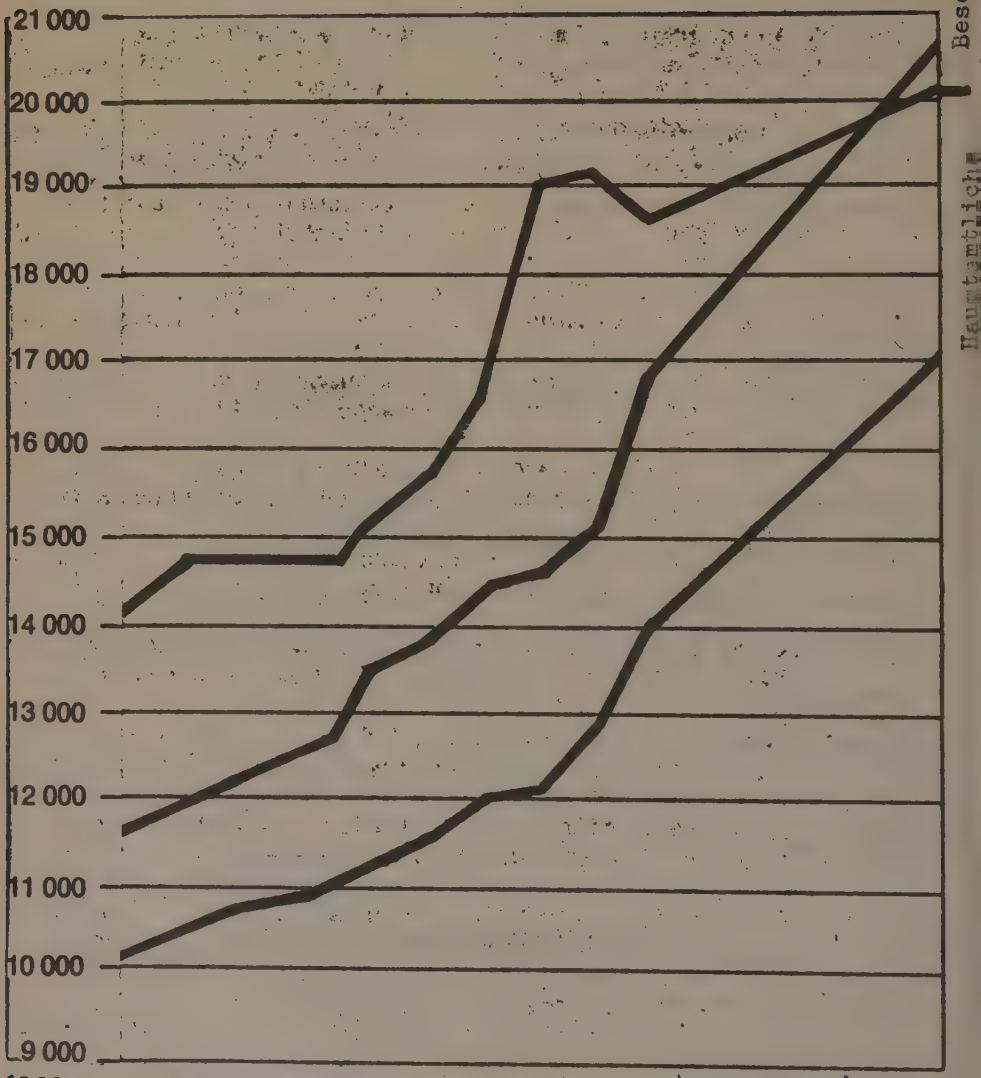
(in den Jahren 1975 - 2000 werden sich die Aufgaben und Funktionen der jeweiligen Stufen ändern)

1 Kinderkrippen
2 Vorschulen 1 - 3 Jahre
3 Primarstufe der Volksmittelschule 3 Jahre
4 Spezialschulen
5 Berufsschulen für den Teil der Jugend, die die Volksmittelschule nicht beendet haben.
6 Volksmittelschule - Sekundarstufe - 8 Jahre
7 Berufsschulen für die Absolventen der 11-jährigen Volksmittelschule - 1 Jahr
8 Fachhochschulen 2 - 3 Jahre
9 Vollakademisches Studium 4 - 5 Jahre
1o Doktorandenstudium 1,5 - 2 Jahre

A) Erste Phase des Lernens und die vorschulische Betreuung im Wohngebiet des Kindes
B) Volksmittelschule (Mittelpunktschule)

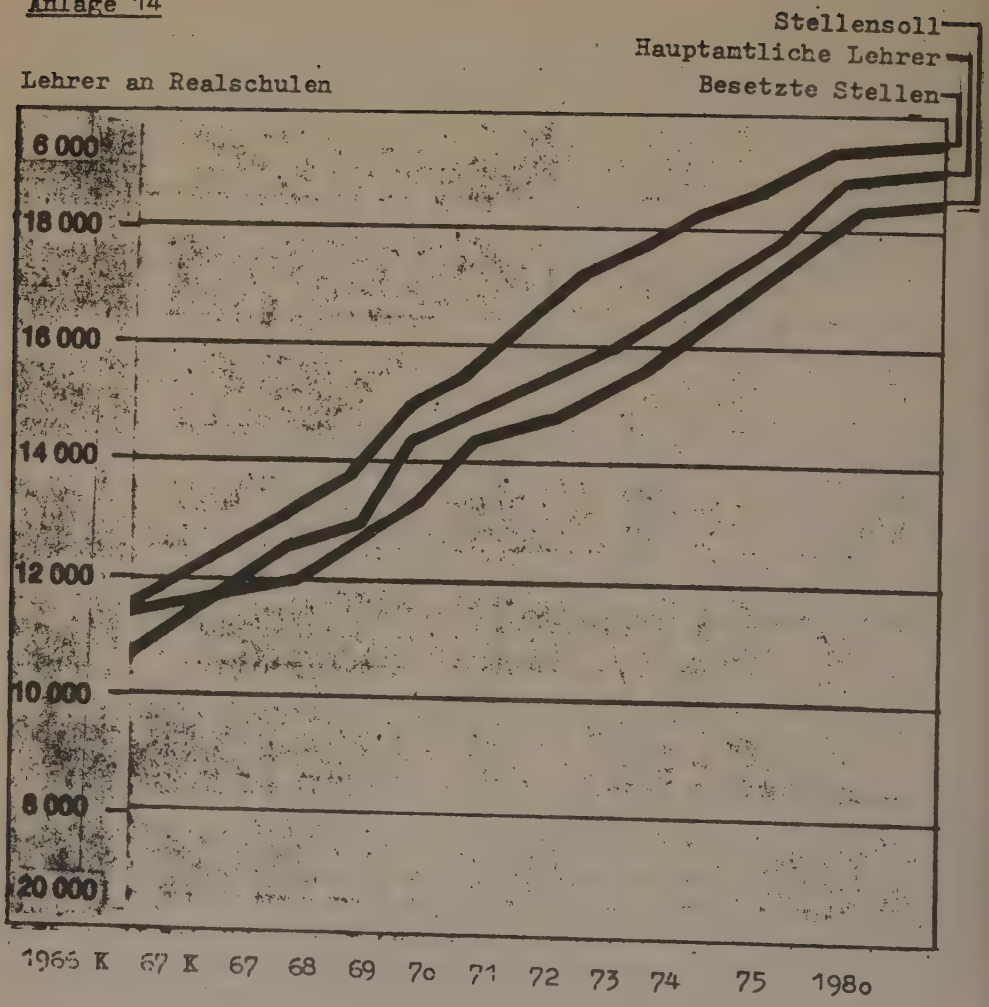
Anlage 13

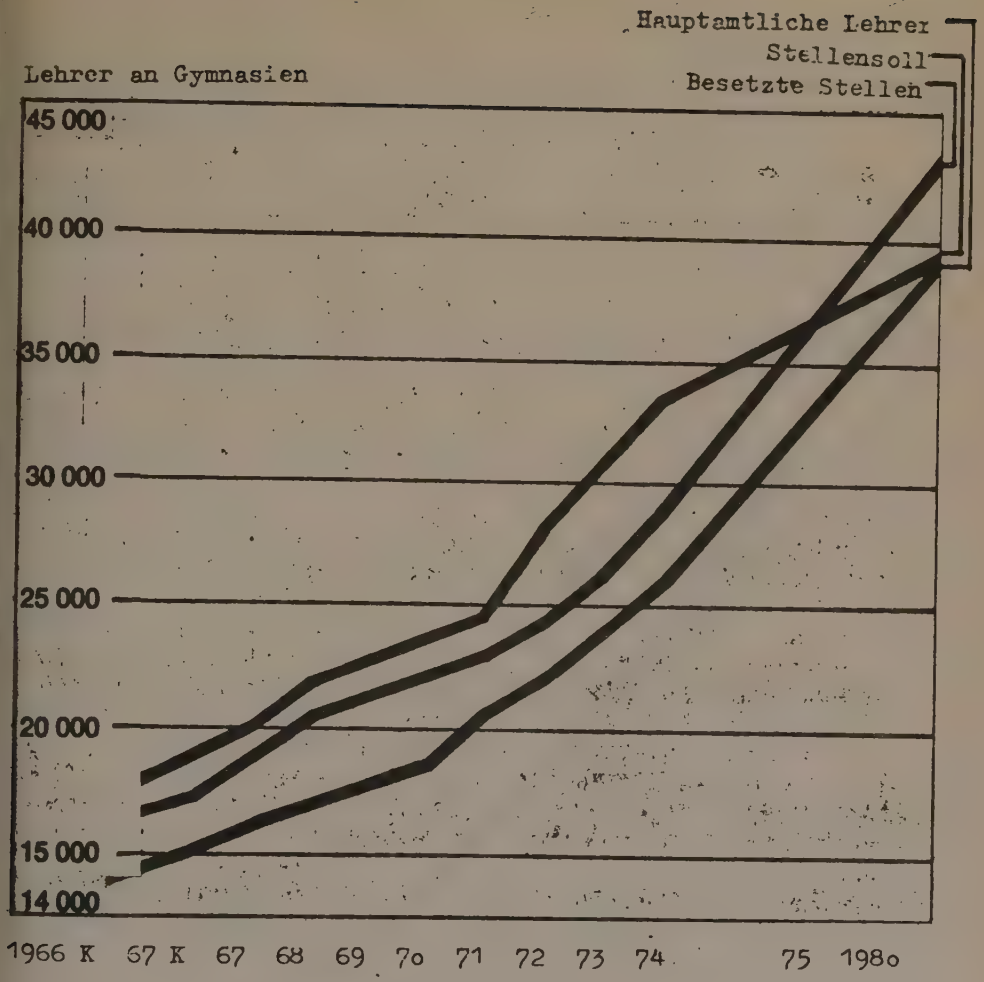
Lehrer an berufsbildenden Schulen




Der starke Anstieg an hauptamtlichen Lehrern aller Schularten im Jahr 1972 beruht auf einer Veränderung der Berechnungsgrundlage; Während vor 1972 im wesentlichen nur die vollzeitbeschäftigten Lehrer berücksichtigt wurden, sind ab 1972 auch die Lehrer einbezogen, die 5o v. H. und mehr der normalen Pflichtstundenzahl unterrichten.

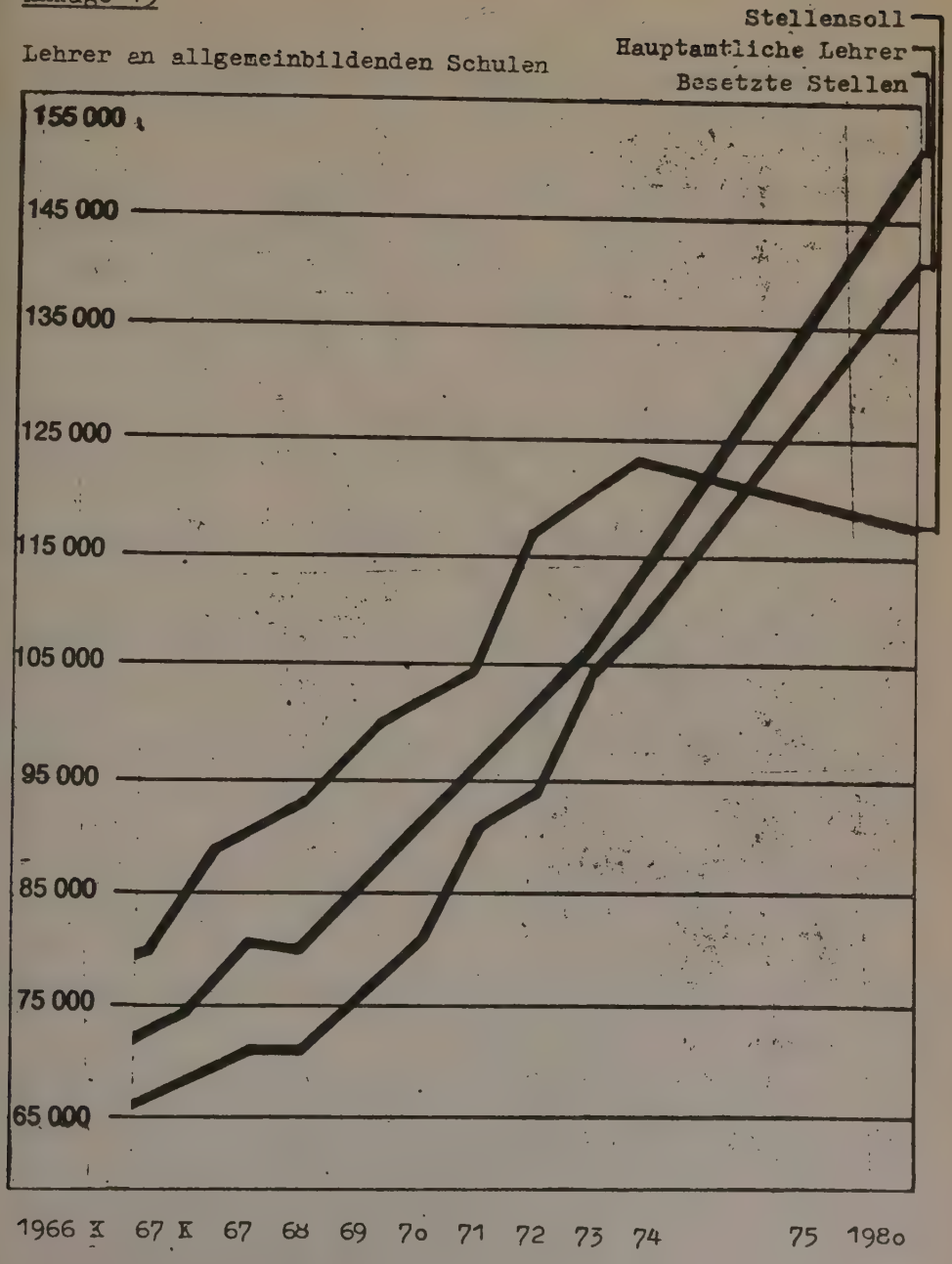
Anlage 14


Stellensoll
Hauptamtliche Lehrer
Besetzte Stellen
Lehrer an Realschulen
6 000
18 000
16 000
14 000
12 000
10 000
8 000
20 000
1965 K
67 K
67
68
69
70
71
72
73
74
75
1980

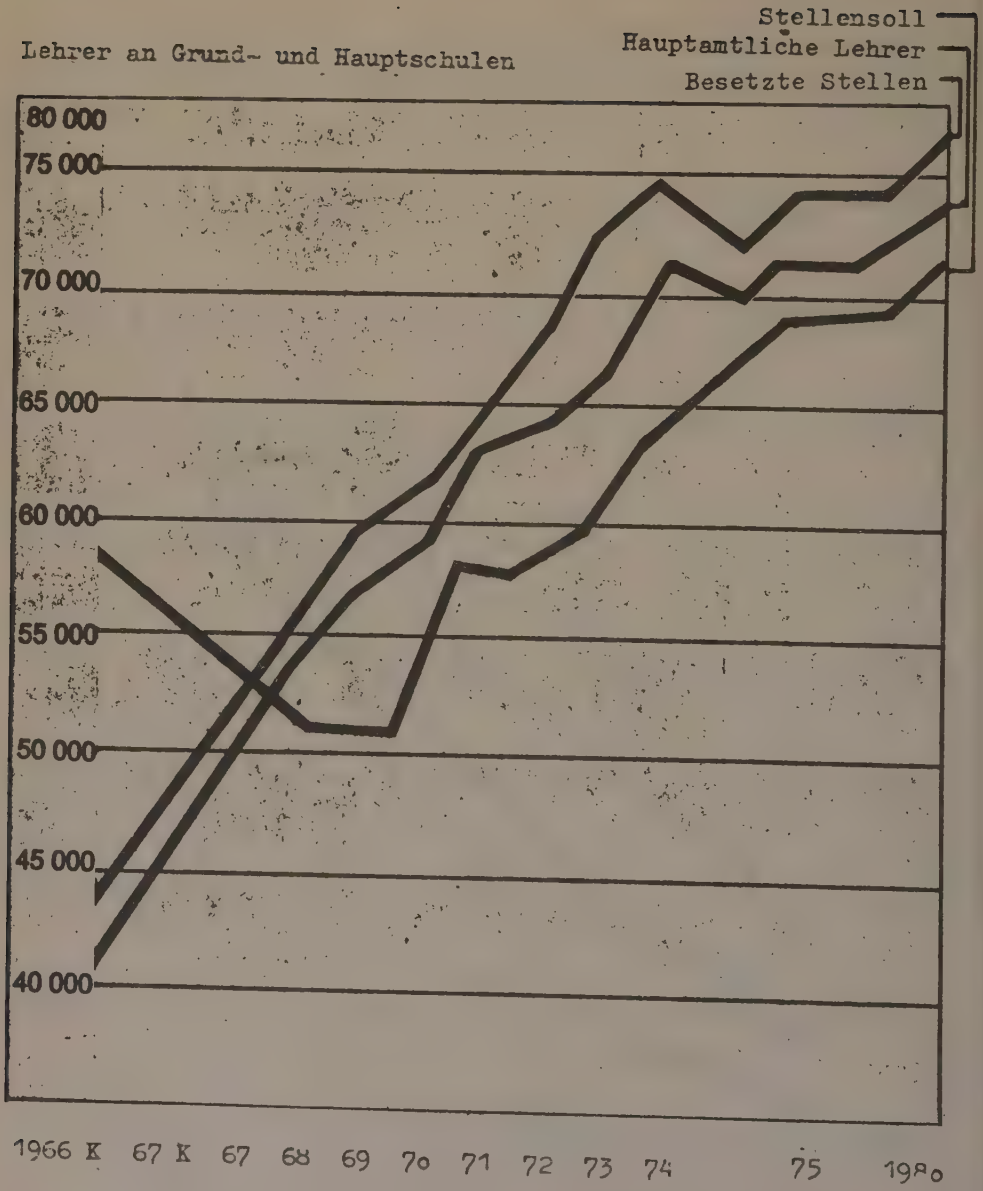

Lehrer an Gymnasien
Hauptamtliche Lehrer
Stellensoll
Besetzte Stellen
45 000
40 000
35 000
30 000
25 000
20 000
15 000
14 000
1966 K
67 K
67
68
69
70
71
72
73
74
75
1980

Anlage 15

Lehrer an allgemeinbildenden Schulen



Anlage 16


Lehrer an Grund- und Hauptschulen
Stellensoll
Hauptamtliche Lehrer
Besetzte Stellen
80 000
75 000
70 000
65 000
60 000
55 000
50 000
45 000
40 000
1966 K
67 K
67
68
69
70
71
72
73
74
75
1980

Fachzeitschriften und Materialien (Bundesrepublik Deutschland)


1. "Leviathan"Hefte:3/73 u.1/74(Zeitschrift f.Sozialwissenschaft)
2. Kölner Zeitschrift für Soziologie,Heft:"Soziologie der Schule"
3. "Zeitschrift f.Soziologie"-Stuttgart Hefte:2/73,3/73,1/74,2/74
4. "Betrifft Erziehung", Hefte:11/72,1/74,4/74,5/74,6/74
5. Die Deutsche Schule 5/73,1o/73,12/73
6. Deutscher Bildungsrat,Empfehlungen d.Bildungskommission,Bonn 197
7. Empfehlungen des Bundesverbandes der Lehrer an beruflichen Schulen - Saarbrücken,Juni 1973
8. Empfehlungen der GEW vom 7.2.197o u. 1.1o.1972
9. SPD-Entwurf eines ökonomischen politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1977-85
1o. Stuttgarter Leitlinien für eine liberale Bildungspolitik der FDP
11. Gesetzentwurf d.Landesregierung v.15.1.1974,Drucksache 7/3492
12. Berufsbildungsbericht-Senat d.Freien u.Hansestadt Hamburg 1972
13. Information des Bildungsinstituts f.Bildung u.Wissenschaft Nr.1,2,3,1973
14. Kongreßbericht "Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft", München 2o/21,1972
15. Grundsätze zur Neuordnung der beruflichen Bildung (Markierungspunkte - herausgegeben vom Bundesminister für Bildung u.Wissenschaft),Bonn,Nov.1973
16. Referentenentwurf einer Neufassung des Berufsbildungsgesetzes -Stand: 2o.2.1974 - Manuskript-
17. Informationen aus dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW,Hefte:Dez.1973,Febr.1974
18. Zeitschrift f.Berufsbildungsforschung Berlin,Heft:2/73,3/73,4/73
19. Halbzeitbericht NRW Programm 1975,Düsseldorf 1973
2o. "Neue Deutsche Schule"
21. "Erziehung und Wissenschaft"
22. "Berufliche Bildung"


Zeitungen:


1. "Die Zeit"
2. "Der Spiegel"
3. "FAZ"
4. "Frankfurter Rundschau"
5. "Süddeutsche"
6. "Kölner Expreß"

Fachzeitschriften und Materialien (VR Polen)


1. Studia Nau Politicznjch (Studien der Politischen Wissenschafter Nr.1,2,4,1973)
2. Studia Soziologiczne (Soziologische Studien)Nr.1,3,4,1973/74
3. Studia Pedagogiczne, Pädagogische Studien,Band XXI,1971
4. II. Kongres Nauki Polskiej Perspektywy Rozwoju Nauki Polskiej, Referat Pleanrny (Der II.Kongreß der Polnischen Wissenschaften, Hauptreferat) Warszawa,Juni 1973
5. II. Kongres Nauki Polskiej Materialy Kongresowe (Kongreßmaterialien) Warszawa,Juni 1973
6. Dokumente über den VI.Parteitag der V.P.A.P. vom 6.bis 11.Dezember 1971,Warszawa,1972
7. I.Krajowa Konferencja PZPR 22.-23.Paidiernika 1973 Padstawowo dekumenty i materialy (I.Zentrale Konferenz der VAP 22.-23.Oktober 1973,Hauptmaterialien und Dokumente)
8. Zadania Osrodkow Metodycznych w swietle uchwal VI Zjazdu PZPR. Referatiy wygloszone na konferencji w dniu 9.marca 1972 (Die Aufgaben der Forschungsinstitute auf dem Hintergrund der Beschlüsse des VI.Parteitages. Referate, die am 9.März 1972 auf einer Parteikonferenz gehalten wurden)
9. "Nowe Drogi" (Neue Wege) Nr.1 und 2,1974
10. "Glos Nauczycielski" (Stimme des Lehrers" Nr.1,2,3,4,5,1973
11. "Szkola Zawodowa" (Berufsschule) Nr.1,2,3,4,6,1o,1973
12. XI.Krajowy Zjazd Delegatov ZNP (XI.Zentraler Kongreß der Lehrergewerkschaft)Dokumente u.Materialien,Warschau,Dezember 1972
13. Kalendarz Nauczycielski 1972/73 (Lehrerkalender)
14. "Nauczyciel i Wychowanie" Nr.6,1972 und 2,1973 (Lehrer u.Erziehung)
15. "Zycie szkoly wyzsej" Nr.3,4,1973,Nr.1,1974 ("Das Leben der Hochschule"
16. Maly rocznik statystyczny 1973 i 1974 (Kleines statistisches Jahrbuch 1973 und 1974)
17. "Rocznik stastystyczny szkolnictwa 1944/45-1966/67 (Statistisches Jahrbuch des Schulwesens)
18. "Zalozenia i tezy raportu o stanie oswiaty" (Annahmen und These des Rapports über den Zustand des Bildungswesens)Warschau 1973


Zeitungen:


1. "Trybuna Ludu"
2. "Zycie Warszawy"
3. "Miesiecznik Literacki"
4. "Kultura"
5. "Polityka"

Literaturverzeichnis (VR Polen)

Charkiewicz, M.
"Zapotrezebowanie gospodarki narodowej na kadry z wyksztaceniem i srednim zwaodowym w latach 196o-198o"
(Der Bedarf der Volkswirtschaft an Kadern mit höheren und mittleren Ausbildung der Jahre 196o-198o", in: Socjologie zawodow (Berufssoziologie) Herausgeber A.Sarapata,Warszawa 1965

S.Dziecielska-Machnikowska (Herausgeber)
"Przemiany spoteczne w Polsce Lodowej pod wptywem industrialzacji"
(Die gesellschaftlichen Veranderungen in der VR Polen unter dem Einfluß der Industrialisierung) Todz 1972

J.Gorski i M.Kabaja (Herausgeber)
"Politika gospodarcza PRL wybran problemy"
(Wirtschaftspolitik in der VR Polen) Warszawa 1972

Goiebiowski,B./Wesolowski,W.
"Klasy, walka klas i przeobrazenia struktury specznej w Polsce Ludowej"
(Klassen, Klassenkampf und die Umgestaltung der Gesellschaftsstruktur in VR Polen) Warszawa 1969

Historia Polski (Die Geschichte Polens)
Bd.1-3, Warszawa 1957-1959

S.Krawcewicz
"Zawod Nauczyciela" (Der Beruf des Lehrers), Warszawa,197o

"Ksztatcnic i doskonalenie nauczycieli, Problemy i tendencje"
(Ausbildung und Weiterbildung der Lehrer - Probleme und Tendenzen)
Warszawa,1974

B.Ktapkowski
"Analiza i Planowanie Gospodarki Narodowej"
(Analyse und Planung der Nationalökonomie),Warszawa-Krakow,1971

J.Kuberski
"Aktualne problemy politiki oswiatowej"
(Die aktuellen Probleme der Bildungspolitik),Warszawa 1973

J.Kulczynski (Herausgeber)
"Ekonomika ksztatcenia" (Bildungsökonomie),Warszawa,197o

J.Kulcynski (Herausgeber)
"Ekonomiczna spoteczne aspekty ksztatcenie"
(Sozio-ökonomische Aspekte der Ausbildung),Warszawa,1968

Lopatka,A. (Herausgeber)
"Organizcja spoleczenstwa socjalistycznego w Polsce"
(Organisation der sozialistischen Gesellschaft in Polen)
Warszawa-Pornan,197o

S.Marciniak
"Struktura i efektywnosc wzrostu gospodarki sozjalistycznej"
(Die Struktur und die Effektivität der Zuwachses im sozialistischen Wirtschaftssystem),Warszawa,1973

H.Muszynski
"Ideat i cele wychowania",(Das Ideal und die Ziele der Erziehung)
Warszawa,1974

K.Podoski
"Prognozy rozwoju spotecznego"
(Prognosen von Entwicklung der Gesellschaft),Warszawa,1973

J.Polsturzycki
"Rozwoj i problemy szkolnictwa dla dorostych w Polsce Ludowej"
(Entwicklung und Probleme der Erwachsenenbildung in VR Polen)
Warszawa 1972

Szaniawski,I.
"Humanizacja pracy a funkcja spoleczna szkoly"
(Humanisierung der Arbeit und die gesellschaftliche Funktion de
Schule),Marszawa,1967,2.Auflage

J.Szaniawski
"Zawod i praca miedzy diagnoza a prognoza"
(Beruf u.Arbeit zwischen der Diagnose und Prognose),Marszawa,19

A.Salapatra
"Przemiany spoteczne w Polsce Ludowej"
(Gesellschaftliche Veränderungen in VR Polen),Warszawa,1965

J.Szczepanski (Herausgeber)
"Wyksztatcenie a pozycja spoteczna inteligencji"
(Ausbildung und die gesellschaftliche Struktur der Intelligenz
VR Polen),Lodz,197o

J.Szczepanski (Herausgeber)
"Soziologniczne zagadnienia wyzszego wykiztatcenia" (Ausbildung
die gesellschaftliche Position der Intelligenz in Polen),
-Warszawa,1963

J.Szczepanski
"Odmiany czasu terazniejszego" (Veränderungen der Gegenwart)
Warszawa,1973

"Studia z prognostyki spatecznej"
(Studien zu gesellschaftlichen Prognosen),Warszawa 1972

B.Suchodolski
"Padstawy wychowania sozjalistycznego"
(Grundsätze der sozialistischen Erziehung),Warszawa,1967

Z.Sufin
"Praca jaka wartosc spateczna"
(Arbeit als gesellschaftlicher Wert),eine Untersuchung aus dem
Jahre 1963

Swiecki,A.
"Oswiata i szkolnictwo w Polsce Ludowej"
(Kultur und Schulwesen in VR Polen),Warszawa,1968

Tomaszewski,J.
"Zarys historii gospodarczej"
(Abriß der Wirtschaftsgeschichte Polens)

K.Trzebiatowski
"Organizacja szkolnictwa w Polsce Ludowej"
(Die Organisation des Schulwesens in VR Polen),Warszawa,1972

Turski,R.
"Dynamika przemian spolecznych w Polsce"
(Die Dynamik der gesellschaftlichen Veränderungen in Polen)
Warszawa,1961

J.Wiatr
"Spoleczenstwo a pastwo socjalistyczne"
(Gesellschaft und der sozialistische Staat),Warszawa,1972

R.Wroczynski
"Pedagogika spateczna" (Sozialpädagogik),Warszawa,1974

J.Zarnowski
"Struktura spoteczna inteligencji w Polsce w latach 1918-1939"
(Die Gesellschaftsstruktur der Intelligenz in Polen in den Jahren
1918-39),Warszawa,1964

Literaturverzeichnis (Bundesrepublik Deutschland)

Adorno (Herausgeber)
"Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft"
(Verhandlungen des 16.Deutschen Soziologentages),Stuttgart,1969

E.Altvater
"Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Realität" EVA Ffm.1972

E.Altvater und F.Huisken (Herausgeber)
"Materialien zur Politischen Ökonomie des Ausbildungssektors"
Erlangen,1971

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände
Gemeinsamer Geschäftsbericht 1966/68

M.Baethge
"Ausbildung und Herrschaft,EVA ff.,1970

H.Becker
"Bildungsforschung und Bildungsplanung",Ffm.,1971

Becker/Jungblut
"Strategien der Bildungsproduktion"Ffm.,1972

Ch.Bettelheim
"Theorie und Praxis sozialistischer Planung",Trikon München,1971

R.Damus
"Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft", Edition Suhrkamp,1973

Esser,Naschhold,Väthn(Herausgeber)
"Gesellschaftsplanung in kapitalistischen und sozialistischen Systemen", Gütersloh,1972

J.Habermas
"Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus" Edition Suhrkamp,1973

J.Habermas und Niklas Luhmann
"Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie" Suhrkamp Verlag,
Ffm.,1971

H.Hamm-Brücher
"Unfähigkeit zur Reform",München,1972

R.Heinrich
"Zur Politischen Ökonomie der Schulreform",EVA Ffm.,1973

H.von Hentig
"Die Wiederherstellung der Politik",Klett,Stuttg.-München,1973

J.Hirsch
"Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals",Edition Suhrkamp,
Ffm.,1974

F.Huisken
"Zur Kritik bürgerlicher Didaktik und Bildungsökonomie",München,1972

K.Hüfner
"Bildungsinvestition und Wirtschaftswachstum",Stuttgart,1970

M.Jaeggi
"Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik",Ffm.,1973

S.Jensen
"Bildungsplanung und Systemtheorie", Bielefeld,1970

H.Kern und M.Schumann
"Der soziale Prozeß bei technischen Umstellungen"EVA Ffm.,1972

J.H.Kirschner
"Arbeitswissenschaftliche Studien zur Berufsbildungsforschung"
Hannover,1973

N.Luhmann
"Politische Planung",Poladen,1971

W.Lempert
"Berufliche Bildung als Beitrag zur gesellschaftlichen Demokratisierung",Edition Suhrkamp,Ffm.,1974

Renate
"Bürokratische Organisation", Köln-Berlin,1968

C.Offe
"Strukturprobleme des Kapitalistischen Staates", Edition Suhrkamp,
Ffm.,1972

D.Otten
"Kapitalentwicklung und Qualifikationsstruktur"
Dissertation,Münster,1972

H.Proß
"Kapitalismus und Demokratie",Ffm.,1972

V.Ronge, G.Schmieg (Herausgeber)
"Politische Planung in Theorie und Praxis",München,1971

E.Schäfers (Herausgeber)
"Gesellschaftliche Planung",Stuttgart,1973

A.O.Scharb (Herausgeber)
"Bildungsplanung und Bildungspolitik",Ffm.,1972

Briese/Büchner/Hage
"Grenzen kapitalistischer Bildungspolitik",Ffm.,1973

M.Kunz
"Zur Soziologie der Akademiker",Stuttgart,1973

"Einführung in die Soziologie der Erziehung",Freiburg/Wien,1970

Zahlen - Daten - Fakten, Fischer Almanach,1974

A.Poller
"Zahlenspiegel zur Politik",Bonn-Stuttgart,1974

Chr.Brinkmann, K.Gottwald, L.Schuster
"Die berufliche Fortbildung männlicher Erwerbspersonen",Nürnberg,197?

J.Peege
"Vorstellungen und Konzeptionen über die berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse der Ausbilder in kaufmännischen Betrieben"
Berlin,1973

P.Bourdieu, J.Passeron
"Die Illusion der Chancengleichheit",Stuttgart,1971

W.Brus
"Wirtschaftsplanung für ein Konzept der politischen Ökonomie"
Ffm.,1972

Lebenslauf

Am 13.9.1940 wurde ich als Sohn des Eisenbahnbeamten Johannes Lessnau in Danzig geboren. Nach Abschluß der Volksschule im Jahre 1954 besuchte ich die höhere Schule in Danzig.

Im November 1958 kam ich als Spätaussiedler in die Bundesrepublik Deutschland. Nach zweijährigem Besuch des Aufbaugymnasiums in Laasphe/Westf. legte ich im Oktober 1961 die Sonderreifeprüfung ab.

Vom Mai 1962 an studierte ich am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main; ab Mai 1965 in Münster/Westf., wo ich die Magisterarbeit: "Die Bedeutung des Leistungsprinzips und der sozialen Chancengleichheit für die Bildungskonzeption in der VR Polen" bei Prof.Schelsky geschrieben und die mündliche Prüfung im Juni 1968 abgelegt habe. Während meines Studiums habe ich mich besonders mit Fragen der Bildungs- und der politischen Soziologie beschäftigt.

Nach dem Studium arbeitete ich zunächst als wissenschaftlicher Angestellter an der Fachschule für Sozialpädagogik in Hamburg, wo ich Soziologie und politische Bildung unterrichtete.

Ab März 1971 arbeitete ich einige Monate im Planungsbüro von Prof.Zlonicki in Essen und seit dem 1.März 1972 bin ich als hauptamtlich Lehrender an der Fachhochschule Dortmund tätig.